

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 12/04-01/05 Jg. 53/54

ver.di

...immer wieder die gleichen Por-
...Deutschland ist auf dem
...ein Jurassic Park“ (Roland
...„Gewerkschaften und Verbände
...zu viel Macht“ (Hans Tietmeyer);
...Niedriglohnsektor zu erreichen“
... (Wend). Ganz besonders einer tut
...sel hervor: Hans Tietmeyer, Aus-
...sicht der IUSAI und ehemaliger
...der Bundesbank.
...er hat regelmäßige Kolumnen in
...und im Handelsblatt. Er versorgt
...die Öffentlichkeit mit immer neuen
...aus dem Hause Entzweiler und
...er angestrebte „gesellschaftliche
...schmel“ ist nur so herbeizuführen.
...Herzen und Köpfe der Besetzung
...schieben, kann nichts dem Zufall
...werden. Profis sind gefragt für
...Botsage des öffentlichen Bewusst-
...in unserem alten Paläo-
...nichts mehr zu tun.

...wante das Image einer Unterneh-
...man-Image nicht ganz abstreifen. Deshalb
...soll es jetzt auch einen Förderverein geben,
...in den interessierte Bürger gegen einen
...Mitgliedschaftsbeitrag beitreten können.
...Das Trommeln der INSM blieb nicht ganz
...ohne Wirkung.
...„Der mentale Wandel ist eingeleitet“
...damit einen Bericht über die Jobmisere in
...Deutschland. Am Bundespressestrand in
...Berlin hatte die Initiative Neue Soziale
...Marktwirtschaft (INSM) ein Plakat halb
...in der Spree versenkt. Die Aufschrift
...„Deutschland“ war nur noch zur Hälfte zu
...lesen. Darüber stand: „höchste Zeit für
...Reformen“ mit dem Logo der INSM
...„Chancen für alle“. Die Installation hatte
...nicht lange Bestand. Nach drei Tagen kon-
...fisierte die Berliner Polizei das Transparent.
...Eine Presseerklärung der INSM folgte
...postwendend. Dann eine Erklärungsur-
...labitation: „Ans steht das Wasser bis zum
...Hals – jetzt müssen endlich umfassende
...Reformen her“
...Die Protestinstallation unweit des Reich-

...brannt auf den Rücken der Strandschibe.
...Das Bier wird in den Brutto-Netto-
...Biergläsern der INSM ausgeschenkt. Die
...große Differenz zwischen den beiden Schil-
...stichen wird gleich mit einem Sinnwort
...der Initiative erklärt: „Das meiste schmeckt
...der Staat.“ Die Initiative ist präsent wo sich
...Abgeordnete zum entspannten Plausch
...treffen, Touristen auf dem Beginn der
...Karibik-Nacht warten und unzählige Boote
...mit Berlinbesuchern vorbeiziehen.
...Bei Eintritt werden die Besucher von der
...INSM mit augenzwinkernder Ironie auf das
...wohlige Leben im Steuerparadies eingest-
...immt. Im Liegestuhl unter dem Bundes-
...adler aus Holz ist zu lesen: „Zoo-Kleinen
...im Steuerparadies. Maximal 28 Prozent
...Steuern. Keine Ausnahmen. Keine Tricks.
...Die reinste Entspannung.“ Was kann
...jemand auf den ersten Blick vermuten: Die
...INSM ist ein Langzeitprojekt von Gesamt-
...metall, dem Zusammenschluss von 16
...regionalen Arbeitgeberverbänden der
...Metall- und Elektroindustrie.
...Erst zu Beginn des Jahres 2004 hat der

PRESENSE

...Mit 10 Mio. Euro
...Lobbyarbeit
...und die
...n. Gesetz
...Anzeigen
...darum, Han-
...sion“ nennt
...ze ein an-
...Medien
...Die INSM
...en Kamp-
...ndig dazu
...eine lang-
...eine Strategie. Ein Glasstück
...die Initiative mit dem Slogan
...nt was Arbeit schafft“.

...der Initiative erklärt: „Das meiste schmeckt
...der Staat.“ Die Initiative ist präsent wo sich
...Abgeordnete zum entspannten Plausch
...treffen, Touristen auf den Beginn der
...Karibik-Nacht warten und unzählige Boote
...mit Berlinbesuchern vorbeiziehen.
...Bei Eintritt werden die Besucher von der
...INSM mit augenzwinkernder Ironie auf das
...wohlige Leben im Steuerparadies eingest-
...immt. Im Liegestuhl unter dem Bundes-
...adler aus Holz ist zu lesen: „Zoo-Kleinen
...im Steuerparadies. Maximal 28 Prozent
...Steuern. Keine Ausnahmen. Keine Tricks.“
...Die Initiative ist präsent wo sich
...Abgeordnete zum entspannten Plausch
...treffen, Touristen auf dem Beginn der
...Karibik-Nacht warten und unzählige Boote
...mit Berlinbesuchern vorbeiziehen.

...Unternehmensverband die Finanzmittel für
...die nächsten 5 Jahre zugesagt. 10 Mio.
...Euro für jedes Jahr. Die INSM wurde 1999
...beauftragt, für einen Wandel im
...Meinungsklima zu sorgen und das Image
...der Wirtschaft zu verbessern. Dazu hat-
...ten in Köln die Agentur berolino pr
...gegründet. Sie bildet das Strategiezentrum
...der Initiative und wird von Tasso Entzweiler
...und Dieter Rath geleitet. Entzweiler war als
...Chefredakteur bei der Finanz-
...Times tätig und Rath war Presschef des Bundesver-
...bandes der Deutschen Industrie. Zwei
...Medienprofis, die die PR der „APD des
...Kapitals“ steuern. Sie entwickeln mit
...Unterstützung der Agentur Scholz &

...diesem Slogan in die Bundestags-
...und der Slogan war die Überschrift
...apptodiers, Bundesminister Wolf-
...frent, beim INSM-Kongress in Ber-
...lin. Die Botschafter ist es ihre
...heit einzusetzen und als Multipli-
...kator zu wirken. Sie gehören inzwischen
...Stammbesetzungen der Talkshows
...Interviews, Shows, etc. Damit schaffen
...Themen auf die politische Tages-
...agenda zu setzen und das Meinungsklima
...zu verändern. Ausge-
...wählt werden die Kampagnen von der
...Agentur Scholz & Friends in Berlin.
...Die INSM eine Erfindung von
...Scholz & Friends. Die Agentur designt nicht
...Anzeigen, sondern ist auch mit
...über Beratung beauftragt. Bis zu 60
...der der Agentur werden am Projekt
...beschäftigt. Scholz & Friends besitzt
...die Redaktion für das Internetauf-
...tritt der INSM. Dort werden Nachrichten
...in und Wirtschaft aufbereitet und
...verbreitet – jetzt sogar mit einem Medi-
...entwurf. Dass dabei die Grenzen

...der Initiative erklärt: „Das meiste schmeckt
...der Staat.“ Die Initiative ist präsent wo sich
...Abgeordnete zum entspannten Plausch
...treffen, Touristen auf den Beginn der
...Karibik-Nacht warten und unzählige Boote
...mit Berlinbesuchern vorbeiziehen.
...Bei Eintritt werden die Besucher von der
...INSM mit augenzwinkernder Ironie auf das
...wohlige Leben im Steuerparadies eingest-
...immt. Im Liegestuhl unter dem Bundes-
...adler aus Holz ist zu lesen: „Zoo-Kleinen
...im Steuerparadies. Maximal 28 Prozent
...Steuern. Keine Ausnahmen. Keine Tricks.“
...Die Initiative ist präsent wo sich
...Abgeordnete zum entspannten Plausch
...treffen, Touristen auf dem Beginn der
...Karibik-Nacht warten und unzählige Boote
...mit Berlinbesuchern vorbeiziehen.
...Bei Eintritt werden die Besucher von der
...INSM mit augenzwinkernder Ironie auf das
...wohlige Leben im Steuerparadies eingest-
...immt. Im Liegestuhl unter dem Bundes-
...adler aus Holz ist zu lesen: „Zoo-Kleinen
...im Steuerparadies. Maximal 28 Prozent
...Steuern. Keine Ausnahmen. Keine Tricks.“
...Die Initiative ist präsent wo sich
...Abgeordnete zum entspannten Plausch
...treffen, Touristen auf dem Beginn der
...Karibik-Nacht warten und unzählige Boote
...mit Berlinbesuchern vorbeiziehen.

...Reform Befürchtungen oder Skepsis ver-
...binden.
...Was aber tun, wenn die Bevölkerung nicht
...will? Im Jahr 1999 hat der Verband Gesamt-
...metall mit seinem Präsidenten
...Kannegiesser den Entschluss gefasst, für
...einen Stimmungsumschwung in der
...Bevölkerung zu sorgen. Dabei wollten sie
...gleichzeitig ein weiteres Problem beheben,
...das damit zusammenhängt, das schlechte
...Image der Unternehmer. Die Bevölkerung
...will nicht so wie die Führung in der
...Wirtschaft. Und die hat längst beschlossen,
...dass radikale Reformen notwendig sind.
...Damit das niedrigste Ziel erreicht wird,
...hat die INSM einen hochkarätigen Kreis
...von Beratern, Politikern und Wissen-
...schaftler versammelt. Sie sollen die Bot-
...schaften der Initiative immer verkörpern.
...Mit Hans Tietmeyer, Ex-Bundesbankprä-
...sident, haben sie ein Schwerpunkt als
...Vorsitzender des Kuratoriums gewonnen.

Licht & Schatten

inhalt



Foto: Petra Dreßler

Titelthema: PR und Journalismus Licht & Schatten

- 8 **Zweifelhafte Botschafter**
Die Bevölkerung steht im Visier der Initiative
Neue soziale Marktwirtschaft
- 10 **Den Verlegern gefällt's**
Der Ökonom Heiner Flassbeck über die Wirtschaftspresse
- 11 **Einspruch gegen Parolen**
Gegenöffentlichkeit kommt von ehemaligen Beratern der alten Sozialdemokratie
- 12 **Raus aus dem Jammertal!**
Ansatzpunkte gegen neoliberale Einflussstrategien

Aktuell

- 4 **Herr Gröger nicht anonym**
junge Welt darf den Namen des Ministerialrats wieder nennen
- 4 **Typografische Monatsblätter**

Intern

- 5 **Journalistentag der dju Baden-Württemberg**

Porträt

- 6 **Geduldig und sachkundig**
Der Gewerkschaftspublizist Hermann Zoller im „Ruhestand“

Kolumne

- 7 **Die Presse, Tochter der Freiheit**
Wieso Friedrich Schiller als Medientheoretiker taugt

Aktuell

- 13 **Rückschritt bei Tarifverhandlungen Zeitschriften**
- 13 **Outsourcing bei Radio Bremen**

Journalismus

- 14 **Hochmut und Niedergang?**
Das Feuilleton in Zeiten von Nivellierung und Einheitssauce
- 15 **Kunsthfreiheit und Grundwerte**
Debatte um Medienkompetenz und Menschenwürde
- 16 **Ist Wissen Macht?**
Erfolgreiche Jugendmedientage in München
- 16 **Buchrezension: Im Dschungel der Gesetze**
- 18 **Aber kostenneutral**
Wie viel Gewerkschaft braucht die Medienbranche?

- 18 **Niederlage für Holtzbrinck**
- 18 **Pressefusionsgesetz noch in diesem Jahr**
- 19 **Schlussakt für Schmuckstück?**
FU Berlin will Journalisten- ausbildung fallen lassen

Print

- 20 **Koblenzer Verlag endgültig zerlegt**
Tariffreie Zonen behindern unabhängigen Journalismus

Rundfunk

- 22 **Lottokönig und Wiedschäj**
Digitalisierung im Fernsehen

Film

- 24 **Filmrezension: El tren blanco**
- 24 **Verjüngt im Aufwind**
Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm
- 25 **Sekt zum Lied vom Tod**
ver.dianer protestieren gegen Minilöhne bei CinemaxX

Alle Macht den Bloggern

pro &

Stefan Krempl | Während des US-Wahlkampfes haben sich gestandene TV-Nachrichtenmoderatoren lauthals darüber beklagt, dass Weblogger regelrechte Hetzkampagnen gegen sie führen würden. Tatsächlich ist es für alte Medienhasen „unerhört“ im Sinne von neu, dass ihnen eine Schar selbsternannter Kritiker plötzlich auf die Finger schaut und dabei so manche bislang unkorrigierte Falschmeldung entdeckt. Beispielsweise, dass der US-Sender CBS getürkte Dokumente präsentierte, um George W. Bush als Faulpelz bei der amerikanischen Nationalgarde darzustellen. Viele alte Medien müssen sich angesichts der kollektiven Faktenprüfung ambitionierter Blogger wie die Katholische Kirche vorkommen, als Gutenberg den Buchdruck erfand: Zuvor konnte der Vatikan immer kontrollieren, was geschrieben wurde, und hatte somit immer Recht.

Weblogs stellen im Prinzip eine weitere enorme Vereinfachung des Publizierens dar. Jeder, der sich berufen fühlt, kann sich im Handumdrehen eine Plattform im Netz schaffen. Darüber wird auch so manche Sau durchs globale Dorf getrieben, es werden Gerüchte gepflanzt und rasant verbreitet. Doch wie in den traditionellen Medien, setzt im zweiten Gang in der Blogosphäre, dem sich rasch vergrößernden Universum der Online-Schreiber, eine Trennung der Spreu vom Weizen ein. Auch ernsthafte Blogger müssen sich erst Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Leser erwerben. Sie setzen daher alles daran, auf Originaldokumente

im Netz oder auf andere Autoritäten zu verweisen, die ihre Thesen belegen. Sie haben sich so zu unentbehrlichen Media-Watchdogs in einer Informationsmaschinerie entwickelt, in der um des „Scoops“ willen in teils kaputt gesparten Redaktionen die Erfordernisse des viel beschworenen „Qualitätsjournalismus“ schon mal ins Hintertreffen geraten. Ihre durchaus subjektive Stimme hat Gewicht und findet manchmal einen treffenderen und ungeschminkteren Blick auf die Wirklichkeit als ein Profijournalist, wie der Gegensatz zwischen den eingebetteten Reportern und dem Bagdad-Blogger Salam Pax im Irak-Krieg zeigte. Die Macht der Blogosphäre haben zahlreiche altherwürdige Medien wie etwa „Die Zeit“ längst anerkannt: sie sind auf den Zug aufgesprungen und betreiben eigene Weblogs. Generell ist der in den Online-Journalen teils zutage tretende Kontrast zwischen alten und neuen Medien gar nicht so groß: beide sind Teil ein und desselben Informationsuniversums und verstärkt aufeinander angewiesen. Jedenfalls hätten die Blogger ja gar nicht viel zu kommentieren, wenn sie nicht auf das ihnen angebotene Futter der Massenmedien verlinken könnten. Und auch mancher erfahrene Journalist findet erst in seinem Blog so richtig zu seiner durch weniger Konventionen eingegengten Form.

Stefan Krempl ist freier Fachjournalist und Medienforscher, Kern seines kleinen Bloggerimperiums ist www.spindoktor.de

editorial

Internationales

- 26 **Kröte geschluckt**
Schweiz: Schwacher Vertrag für Drucker, gar keiner für Journalisten
- 27 **Aktion für Mas'oud Hamid, Syrien**
Haft für Nutzung des Internets
- 28 **Nur noch wenig Glasnost**
Medienrecht in Mittel- und Osteuropa – Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis
- 29 **Willkürliche Auslegung**
Tatjana Melnitschuk über das Mediengesetz Weißrusslands
- 30 **Im Schnellverfahren**
Iran: Verletzung von Menschenrechten auf der Tagesordnung
- 31 **Online-Journalisten im Iran verhaftet**
- 31 **Kameramann von Reuters im Irak getötet**

Rubriken

- 4 Briefe an «M»
- 32 Service / Seminare
- 32 Impressum
- 33 Kontakte
- 36 Leute / Preise

Wissen als Ansporn zur Gestaltung

Zweifelhafte Botschafter ziehen durchs Land und verkünden „Lösungen“ für die Fragen, auf die sonst keiner eine Antwort weiß. Die Prominenten tauchen auf in Talkshows, in Leitartikeln überregionaler Zeitungen, in Podiumsdiskussionen. Initiativreich haben sie die Neue soziale Marktwirtschaft kreiert. Journalisten gehen ihnen auf den Leim und übernehmen die von Designern entwickelten Stoffe, Meinungen, Nachrichten aus Politik und Wirtschaft. „Dass dabei die Grenzen zwischen Journalismus und Werbung verschwinden, stört niemanden“, schreibt Prof. Rudolf Speth in der Titelgeschichte um PR und Journalismus (S. 8/9) – Thema des 18. Journalistentages der dju am 27. November in Berlin. Der ökonomische Querdenker Heiner Flassbeck sieht eine der Ursachen dafür, dass all dies so gut funktioniert, in der eindimensionalen Ausbildung von Journalisten (S. 10/11). Gegenöffentlichkeit gibt es dennoch, dokumentiert in Büchern wie „Die

Reformlüge“ (S. 11). Ideen, wie dem wirtschaftsliberalen Zeitgeist Paroli geboten werden kann, hat Christiane Zerfaß vom DGB (S. 12). Auch in diesem Jahr gab es wieder einen heißen Medienherbst mit großen Meetings in München und Mainz, sowie unzähligen interessanten Veranstaltungen in Stuttgart, Frankfurt, Berlin ... «M» kann nur kleine Einblicke geben in den Diskurs über die Perspektiven des Feuilletons (S. 14) oder über Medienkompetenz und Menschenwürde vor allem mit Blick auf Film und Fernsehen (S. 15). In München stellten sich 650 junge Medienmacher gemeinsam mit alten Hasen der Branche der Problematik: Ist Wissen Macht? (S. 16/17). Diese bereits von Wilhelm Liebknecht (1826–1900) aufgeworfene Frage scheint an Aktualität nichts eingebüßt zu haben. So trafen Details der Verlegerpläne für die Zerlegung des Mittelrhein Verlages den Betriebsrat eher unvorbereitet (S. 20/21). Die Digitalisierung im Fernsehen führt zu

Arbeitsverdichtung. Das Wissen darum sollte für Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen Ansporn sein, mitzugestalten, sich konstruktiv einzumischen (S. 22/23). Nicht zuletzt können die Informationen über die Tarifkämpfe der Kollegen in der Schweiz (S. 26/27) die Sinne schärfen für das Jahr 2005 in Deutschland. Es wird wahrscheinlich beginnen ohne Tarifabschluss für Redakteure an Zeitschriften (S. 18) und für die Beschäftigten der CinemaxX-Kinokette (S. 25). Und es wird das Jahr der harten Auseinandersetzung in der Druckindustrie, in der alle Tarifverträge von Arbeitgeberseite gekündigt wurden. Hier sind die Medienmacher nicht nur als engagierte wissende Berichterstatter gefordert! «M» wünscht allen Leserinnen und Lesern eine gewinnbringende und kritische Lektüre dieser letzten Weihnachtstage 2004, besinnliche Weihnachtstage und einen guten Start 2005.
Karin Wenk, verantwortliche Redakteurin

contra

Blogs sind kein Journalismus

Von Holger Wenk | Plötzlich sind sie in aller Munde: Weblogger. Die Wortneuschöpfung aus Internet und Tagebuchschreiben ist eine zunehmend beliebte Ausdrucksweise der Web-Fangemeinde. Inzwischen nutzen selbst renommierte Medien diese neue Online-Form – zuletzt bei den US-Präsidentschaftswahlen. Doch ausgerechnet da, wo schnelle Information und Trenderkennung obsiegen sollte, versagte der tolle Cyber„journalismus“: Traditionelle Medien sowie Wettbüros und ihre schnöden Mamon-Quoten spiegelten den tatsächlichen Wahlausgang exakter wieder als die Blogger, konstatiert das Online-Portal Cnet. Kein Wunder: Ein subjektiver Blogger ist nur sich selbst verpflichtet, hat nichts zu verlieren – außer seinem Selbstwertgefühl. Ein Zocker dagegen verliert seinen Wetteinsatz, ein Journalist seinen Ruf und sogar seinen Job (seinen Auftrag), wenn er nur seinem Gefühl folgt, nur seine Meinung wiedergibt. Eines der Blogger-Manifeste im www bringt die Attitüde auf den Punkt: „Journalismus ... formatiert nur die Wirklichkeit in Layout-Raster und Auflagen-Optimierungsstrategien ... Wir sind Guerilla-Publizisten!“. Ist also jeder Laie berufen, journalistisch eine Art Gegen-Öffentlichkeit zu schaffen? Mitnichten! Journalisten in einer demokratischen Gesellschaft sind dazu berufen, möglichst objektiv – oder entsprechend nachvollziehbarer Kriterien der Medienbesitzer (Tendenz) – die Realität widerzuspiegeln. Berufung meint auch Beruf. Dessen

Kern besteht aus drei Elementen: Professionelles Handwerk (beim Umgang mit Sprache, Text, Bild), Moral & Ethik (Standards z. B. im Umgang mit Quellen) und Verantwortungsbewusstsein (für die gesellschaftliche Aufgabe von Journalismus). Gelegentliche Enthüllungen (im Wust von Unwahrheiten und Gerüchten) der Online-Schreiber können nicht darüber hinwegtäuschen: Webloggs sind eine legitime Form von Meinungsäußerung, Journalismus sind sie in der Regel nicht! Es fehlen den meisten Hobby-Publizisten wie ihren Produkten die drei erwähnten Kernbestandteile. Dass dieser Mangel auch bei „etablierten“ Medienmachern zu Entgleisungen führt, liegt am Doppelcharakter ihrer Produkte: Presse, Rundfunkprogramme und Online-Medien leben eben als Kulturgut nicht von Luft und Liebe allein, sondern müssen bei Strafe des eigenen Untergangs auch Wirtschaftsgut sein. Unterhaltung verkauft sich in der – bzw. an die – Masse eben besser. Deshalb gibt's in den Medien nicht nur Information und Aufklärung, sondern integriert ein etabliertes Medium schon mal Webloggs, um unterhaltsamer zu wirken. Oder sich einen Anschein von Guerilla-Publizistik zu geben. Meinungsfreiheit und Medienfreiheit sind zwei Seiten einer Medaille – miteinander verwechseln sollte man sie nicht!

Holger Wenk, Medienjournalist und Kommunikationsexperte, ist stellvertretender Beisitzer im dju-Bundesvorstand

**Wir freuen uns über Briefe.
Vor allem über kurze.
Wir wollen möglichst viele
zu möglichst vielen Themen
erhalten und abdrucken.
Manchmal müssen wir
Leserbriefe kürzen.
Wir bitten um Verständnis.**

ver.di Bundesverwaltung
Karin Wenk, «M»-Redaktion
10112 Berlin
Fax: (030) 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Frauen zwischen „gläsernen Decken“

Zum Leserbrief von Leif Allendorf „Gleichberechtigung bewundert“ in «M» 11/2004

Nach ausgiebigem Herumkauen auf dem Leserbrief des Berliner Kollegen Leif Allendorf zum Artikel der Kollegin Düperthal (M 10/2004 „Journalistinnen raus gekickt“) ist mir doch noch eingefallen, warum M der dumpfen Kollegenschelte – „dumm ... unüberlegt ... bräsige Artikel absondern“ etc. – vermutlich nach langwierigen redaktionsinternen Kontroversen – ein Forum gewährt hat: Am Ende fordert Allendorf in seinem Leserbrief eben das, was er in seiner Kritik an Düperthals Bericht vermissen lässt, nämlich „Respekt und Solidarität gegenüber Kollegen gleich welchen Geschlechts“. Tja, Kollege Allendorf, vielleicht hättest Du Dich vor Deinem Wutausbruch über die „Mär von bösen Männern, die durch Redaktionen schleichen und arme Frauen verdrängen“ doch mal mit der einen oder anderen Kollegin unterhalten sollen – etwa über die mangelnde Frauenpräsenz in den Führungsetagen (es beginnt bei der Ressortleitung) von Zeitungen, Sendern und Medienkonzernen. Dann hättest Du vielleicht etwas über „gläserne Decken“ zu hören bekommen, die Du als Mann nicht ohne weiteres sehen kannst, weil Sie nur für Frauen eingezogen werden, um das männliche Mittelmaß nicht beim Spielen zu stören. Möglicherweise hättest Du im Gespräch mit Kolleginnen auch erfahren, wie sie an den Netzwerken der jungen und alten Buben scheitern – sowohl in den Redaktionen als auch „draußen“ ... Aber ich will Dich nicht länger mit „bräsigen“ Verschwörungstheorien nerven – nur eins noch: Wer würde von Dir als Ressortchef die Aufträge bekommen? So nervige Weiber wie ich oder Gitta Düperthal oder der 25-Jährige Breitbeiner (Motto: „Kenn ich, mach ich sofort, kann ich gut!“), der Dir wie ein jüngerer Bruder vorkommt?

Britta Grashorn, Hannover ■

Typografische Monatsblätter

Zeitschrift für Satz, Gestaltung, Sprache, Druck und Weiterverarbeitung, herausgegeben von der schweizerischen Gewerkschaft comedia zur Förderung der Berufsbildung.
Redaktion: Lukas Hartmann, Basel

Die Typografischen Monatsblätter (TM) sind eine der letzten renommierten Fachzeitschriften für Typografie: von internationalem Zuschnitt, mit einer ganz spezifischen Philosophie, ansprechend und richtungweisend. Die TM haben sich als schweizerische Fachzeitschrift etabliert, weil sie seit der Gründung ein ungewöhnliches Konzept verfolgte: die Einbindung der Typografie in „visuelle Kommunikation“ einerseits und „grafische Technik“ andererseits – bei gleichbleibender Berücksichtigung von Praxis und Experiment.

Das Jahresabonnement mit sechs Ausgaben kostet (inkl. Versandkosten) in Deutschland 150 Schweizer Franken (Studierende und Auszubildende – gegen Bescheinigung – 105 Schweizer Franken). Für ver.di-Mitglieder gilt ab 2005 der Super-Vorzugspreis von 85 Franken* (das sind derzeit ca. 60 Euro). Bestellungen über www.comedia.ch oder: Mediengewerkschaft comedia, Zentralsekretariat, Monbijoustrasse 33, 3001 Bern, Schweiz, Telefon 00 41 / 31 / 390 66 11, Fax 00 41 / 31 / 390 66 91

* ver.di-Mitglieder, die bisher schon Abonnenten der TM sind, kommen von 2005 an in den Genuss des Vorzugspreises von 85 Franken, wenn sie bis 3. Januar 2005 unter Angabe der ver.di-Mitgliedsnummer eine entsprechende Nachricht an die DRUCK+PAPIER-Redaktion schicken (E-Mail drupa@verdi.de, oder Fax 030/69 56–30 12 oder per Post: 10112 Berlin).

Herr Gröger nicht anonym

junge Welt darf den Namen des Ministerialrats wieder nennen

Herr Gröger hat wieder einen Namen: Der Besitzer eines Seegrundstücks in Niederlehme bei Berlin, auf dem sich eine Ernst-Thälmann-Gedenkstätte befindet, die er durch Neubebauung beseitigen möchte, muss nicht anonym bleiben. Das Berliner Kammergericht entschied am 5. November, dass die Tageszeitung junge Welt Gerd Grögers Namen wieder nennen darf. Damit revidierte der 9. Zivilsenat ein Urteil des Berliner Landgerichtes vom Juni dieses Jahres, in dem Gröger zugestanden worden war, dass die Namensnennung sein allgemeines Persönlichkeitsrecht verletze.

Gröger hatte im gleichen Zusammenhang vielfach Unterlassungsansprüche geltend gemacht, um „in gewählter Anonymität zu bleiben und die eigene Person nicht in der Öffentlichkeit dargestellt zu sehen“, so auch gegen das Magazin Der Spiegel oder die Märkische Allgemeine Zeitung (siehe M 11/2004). Der Verlag 8. Mai, in dem die junge Welt erscheint, sah das Recht der Berichterstattung beeinträchtigt und legte Widerspruch ein. Das aktuelle Urteil ist die erste Entscheidung in zweiter Instanz.

Gröger hätte von Anfang an bewußt sein müssen, dass es sich beim Kauf des Grundstücks um einen „öffentlichkeitsrelevanten Vorgang“ handele, führte der

Senat aus. Er sah ein begründetes Informationsinteresse, wer die Person sei, die eine „zumindest in der DDR als wichtig angesehene Institution beseitigen“ lassen wolle, woher sie komme und welche Ziele sie verfolge. Da Gröger als Ministerialrat im brandenburgischen Bauministerium zudem beruflich mit baurechtlichen Fragen vertraut sei, begründe auch das ein Berichterstattersinteresse. Der Anwalt Grögers beklagte eine „Prangerwirkung“ der Berichte, sein Mandant sei „durchs Dorf getrieben“, durch Anrufe und Briefe massiv angegangen worden. Rechtsanwalt Johannes Eisenberg machte für die junge Welt geltend, dass ein Recht auf Anonymität dort ende, wo eine Person in einem „kulturellen Konflikt mit starkem wirtschaftlichem Hintergrund aktiv in die Gesellschaft hineinwirke“.

Dietmar Koschmieder, Geschäftsführer des Verlages 8. Mai, begrüßte, dass eine „grundsätzliche Frage, die schwerwiegende Folgen für das Recht der freien Meinungsäußerung habe“ zugunsten freier Berichterstattung entschieden worden sei. Es sei allerdings „bedenklich, dass große, finanziell starke Pressehäuser“ sich mit Gröger ohne Strafbewährung geeinigt hätten und auf dem juristischen Instanzenweg die junge Welt die Kastanien aus dem Feuer holen müsse. *neh* ■

Post von verdi? | Das ver.di-Referat Freie und Selbstständige verschickt in diesen Tagen einen Brief an alle freien Mitglieder. Der Anlass? ver.di will darüber informieren, was sie ihren selbstständigen Mitgliedern bietet, auf Beratungsangebote hinweisen, vernetzen, Lust zum Mitmachen wecken ... und schließlich auch darum bitten, einen Blick auf den Mitgliedsbeitrag zu werfen. Ein wichtiges weiteres Anliegen ist es, die Daten auf Vordermann zu bringen, damit alle Freiberuflerinnen und Freiberufler als solche „verschlüsselt“ sind und so auch mit den richtigen Informationen versorgt werden können. Freie, die keinen Brief von ver.di bekommen haben, bitten wir dringend um eine Rückmeldung unter: freie@verdi.de oder unter Telefon: 030/69 56 – 14 51.

Journalistentag | „Embedded Forever: Verkommt der Journalismus im bequemen Bett von PR und Marketing?“ ist der Titel des diesjährigen Journalistentages von ver.di am 27. November im Berliner ver.di-Haus von 10.30 Uhr bis 17 Uhr. Kurzfristige Rückfragen an E-Mail: dju@verdi.de oder unter Telefon 030/69 56 23 22.

Euro-Betriebsräte | Betriebsratsmitglieder aus der Papierverarbeitung und Medienindustrie trafen sich vom 24. bis 27. Oktober 2004 in Kassel, um ihre Erfahrungen auszutauschen. Mit dabei: Kollegen aus der Bauer Verlagsgruppe und dem Axel Springer Verlag, die noch dabei sind, einen europäischen Betriebsrat zu gründen. Themen waren: Wie unterschiedlich wurde die Euro-BR-Richtlinie in den EU-Ländern umgesetzt, wie sehen die Vereinbarungen aus, die mit dem Arbeitgeber ausgehandelt wurden und wie gestaltet man den Info-Austausch, wenn Kollegen mehrere Sprachen sprechen? Die Teilnehmer wollen jetzt versuchen, sich kontinuierlich auszutauschen – um die internationale Zusammenarbeit zu stärken, auszubauen und künftige Neugründungen von Europäischen Betriebsräten zu unterstützen.

Ratgeber | Mit einem Ratgeber zum Arbeitslosengeld II will der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Erwerbslose über ihre Rechte bei der Jobsuche aufklären. Der DGB-Ratgeber ist u. a. zum Preis von 3,50 Euro erhältlich bei der Büchergilde im Gewerkschaftshaus, Kleiststraße 19–21, 10787 Berlin.

Journalistentag der dju: Qualität für Kommerz geopfert

STUTTGART. „Immer neue Vorgaben aus Brüssel und Straßburg tragen zu einem schleichenden Wandel der Medienwelt bei und führen zu immer neuen Regulierungen für die journalistische Arbeit“, sagte Dr. Wolfgang Mayer, Vorstandsmitglied der Europäischen Journalistenföderation beim Journalistentag der dju Baden-Württemberg am 16. Oktober in Stuttgart. Da die Qualität journalistischer Arbeit die Verleger nicht interessiert, werde sie dem Kommerz geopfert und dies europaweit. Die deutschen Verleger beherrschten inzwischen den Medienmarkt in Mittel- und Osteuropa und verfolgten dort eine Strategie des Sozialdumpings. Als Beispiele für die Eingriffe der Politik führte Mayer die Diskussion um das Anlegerschutzverbesserungsgesetz an, das Journalisten untersagt, ihre Informationen zum eigenen persönlichen Vorteil zu nutzen. Gesetzlichen Vorschriften sei eine neue Richtlinie des Presserats als Selbstregulierungsorgan von Verlegern und Journalisten vorzuziehen. Er sah jedoch auch Chancen in der Empfehlung des europäischen Parlaments zur Offenlegung der Besitzverhältnisse in den Medien und zur Förderung der Aus- und Weiterbildung.

red. ■

Geduldig und sachkundig

Der Gewerkschaftspublizist Hermann Zoller im „Ruhestand“

Von Henrik Müller | Hoch in die Millionen dürfte die Auflage der Gewerkschaftszeitungen, Flugblätter, Pressemitteilungen und Bücher gehen, die er redaktionell verantwortet hat. Die Zahl der Zeilen, die er davon selber schrieb, und die Fülle der Seiten, die er auch visuell gestaltete, sind ebenfalls Legion. Nach fast vier Jahrzehnten als Redakteur und Pressesprecher bei der IG Druck und Papier, der IG Medien und ver.di ist er in diesem Sommer in den Ruhestand getreten: Hermann Zoller (65), gelernter Schriftsetzer, Sohn der Gutenberg-Stadt Mainz und Wahl-Schwabe.

Aber was heißt bei einem wie Hermann Zoller schon Ruhestand? Sein letzter Arbeitstag in hauptamtlichen Gewerkschaftsdiensten verlief genauso dynamisch wie vermutlich sein erster. Das war der 1. Oktober 1965. Damals hieß die jetzige ver.di-Branchenzeitung Druck+Papier im Untertitel noch „Zentralorgan“ der IG Druck und Papier, und Hermann Zoller wurde „zweiter Mann“ in der Redaktion der Mitgliederzeitung, die noch bis in die achtziger Jahre alle 14 Tage herauskam.

Für den Maurer Hermann Zoller sen. und seine Frau Charlotte hatte es in den Nachkriegsjahren eine erhebliche Kraftanstrengung bedeutet, dem Junior Realschulbesuch und Mittlere Reife zu ermöglichen. Der fühlte sich dann magisch angezogen von allem, was mit Büchern und Drucksachen zu tun hatte, und so ging er als Stift in die Druckerei, aus der später der renommierte Verlag Hermann Schmidt Mainz hervorging. Vom ersten Tag an Gewerkschaftsmitglied, avancierte der Schriftsetzer-Eleve bereits im ersten Lehrjahr zum Vertrauensmann der Büchergilde Gutenberg, und nach einigen Monaten hatte er 27 seiner 28 erwachsenen Kollegen als Mitglieder des gewerkschaftlichen Buchclubs geworben. „Wichtig war, dass wir damals das Denken in Zusammenhängen lernen konnten“, erinnert sich Hermann Zoller. Ein „langes Verhör“, wie er es nennt, musste er über sich ergehen lassen, bevor er als einer der ersten Kriegsdienstverweigerer anerkannt war.

Die Universitätsdruckerei war die letzte Mainzer Station, bevor der bildungshungrige Arbeitersohn vom Rhein an die

Spree zog. Bei Springer arbeitete er halbtags als Korrektor in der Produktion von „Bild“ und „Welt am Sonntag“, und weil ihm nicht gefiel, was er dort Tag für Tag von Berufs wegen auch noch „verbessern“ musste, bot er dem Zentralorgan seiner Gewerkschaft eigene Beiträge an, und eines Tages kam von Chefredakteur Egon Lutz die Offerte, in die Redaktion der IG Druck und Papier nach Stuttgart zu wechseln.

„Hermann Zoller ist einer der letzten Aufklärer in unserem Beruf. Er will seine Leserinnen und Leser in die Lage versetzen, in der zunehmenden Nachrichtenflut die Orientierung zu behalten“, schrieb ihm 39 Jahre später sein langjähriger Weggefährte Hans Büttner (SPD-Bundestagsabgeordneter, einst dju-Bundesgeschäftsführer, im September verstorben – M11/2004) ins Stammbuch. Aufklärung – also geduldig, sachkundig und überzeugend Argument an Argument zu reihen – ist in der Tat das Credo des Gewerkschaftspublizisten Zoller, nach seiner Überzeugung der einzige Weg, um der geballten Medienmacht der Kapitaleigner und ihrer politischen und publizistischen Handlanger wirksam etwas entgegenzusetzen. Nach dem Gewerkschaftstag 1983 wurde Hermann Zoller verantwortlicher Redakteur von Druck+Papier und feder und gleichzeitig Pressesprecher der IG Druck und Papier, nach Gründung der IG Medien Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Redaktionen. Mit der ver.di-Gründung wurde er stellvertretender Pressesprecher beim Bundesvorstand.

Vor der Gefährdung des Sozialstaats, vor Sozial- und Demokratieabbau hat Hermann Zoller schon vor Jahrzehnten gewarnt, als Helmut Kohl Anfang der 1980er Jahre die „geistig-moralische Wende“ propagierte, als der Neoliberalismus sich anschickte, die Herrschaft über die Köpfe vieler Menschen zu erobern. „Es ist schon bedrückend, wie sich diese Prognosen heute bewahrheiten.“ War also alles umsonst? „Das ist schwer zu entscheiden“, sagt Zoller: „Es gibt jedenfalls keine Alternative zum demokratischen gesellschaftlichen Engagement. Vielleicht wäre alles noch viel schlimmer, wenn wir uns nicht engagiert hätten.“



Foto: Joe Roetgers / grafity

Hermann Zoller: „Keine Alternative zum demokratischen Engagement.“

Mit Enttäuschung und gewaltigem Zorn beobachtet der überzeugte Anhänger der politisch unabhängigen Einheitsgewerkschaft die zunehmend neoliberale Orientierung der bundesdeutschen Gesellschaft im allgemeinen und seiner Partei, der SPD, im besonderen: Dagegen müssen die Gewerkschaften mehr Gegenöffentlichkeit schaffen im Dialog mit den Medien und mit eigenen Publikationen, fordert er. Dass dafür nicht mehr Geld da sein soll, will er nicht akzeptieren: „Das ist eine Frage der Prioritätensetzung.“

Eine tiefe Zäsur bedeutete für Hermann Zoller im Mai 1992 der plötzliche Tod seiner ersten Ehefrau Helga Zoller, Leiterin des IG-Medien-Archivs, die nicht zuletzt dank ihrer umfangreichen Fremdsprachenkenntnisse eine wichtige Rolle in der internationalen Gewerkschaftsarbeit spielte. Mit seiner zweiten Ehefrau Ursula Zoller-Mugele, die als Mitarbeiterin in Redaktion und Pressestelle bei IG Medien und ver.di Ordnung in den Bürobetrieb und das kreative Chaos ihres Ehemannes brachte, bildete er ein unschlagbares Team. Das ist bis heute so. In ihrer Wahlheimat im württembergischen Schwaikheim haben sich beide ein kleines Büro eingerichtet, von dem aus sie einen Internet-Verlag weiterentwickeln wollen (www.internet-editionen.de). Und Hermann Zoller bleibt Chefredakteur von „werden“, dem renommierten „Jahrbuch für die deutschen Gewerkschaften“, und wird auch ansonsten publizistisch von sich hören lassen. ■



Foto: Christian von Polentz

Gisela Sonnenburg
ist freie Journalistin in Berlin

Von Gisela Sonnenburg | Des Dichters größte Sorge galt dem „guten Geschmack“. Er werde sich gegen ihn sicher nicht versündigen, versprach er, schon gar nicht durch „Missbrauch schulgerechter Formen“. War Friedrich von Schiller – der nur 45 Jahre alt wurde und dessen Todestag sich bald zum 200. Mal jährt – ein Seher, ein Wahrsager, ein Fern-Seher der zeitlichen Wahrnehmung nach? Nachgerade prophetisch muten die Briefe „Über die Ästhetische Erziehung des Menschen“ an – vor allem zum Blick ins Massenmedium Fernsehen. Da trifft der Vorwurf vom „Missbrauch schulgerechter Formen“ den Quiz-Master und Quelle-Millionär Günther Jauch ebenso wie die anderen flimmerbunten Ratespiele mit Pseudo-Lehrern. Etwa die PISA-Pilawa-Katastrophen der ARD. Da geht es eben nicht mehr darum, wirklich was zu wissen, sondern nur noch darum, das Kreuzchen zu machen. Unterschieden wird auch in Wissenschaftssendungen nicht, welches Wissen wichtig ist, welches unerheblich – Distinktionsfähigkeit wurde medialen Verbrauchern dank knalliger „news“ bereits abtrainiert.

Der „gute Geschmack“ bleibt allerorten absichtlich auf der Strecke, ebenso die Kritikfähigkeit. Wo kämen wir auch hin, wäre das Publikumsvolk kritisch, gebildet und sensibel gegen Falschheit? Im Ernst: Die Vielfalt der Medien wäre in Gefahr. Vieles würde einfach nicht mehr akzeptiert. Klatsch und Tratsch würden

Die Presse, Tochter der Freiheit

Wieso Friedrich Schiller als Medientheoretiker taugt

Quoten und Auflagen entbehren, ebenso Schulzen, Soaps, Schmonzetten. Ob von privaten oder öffentlich-rechtlichen Gnaden. Was für eine Utopie: „Bild“ müsste sich was für den kultivierten Massengeschmack überlegen. Vielleicht eine Zusammenfassung der Werke Kants, bebildert mit Grafiken aus dem Zeitalter der Aufklärung?

Auf Kant beruft sich jedenfalls Schiller, wenn er die Kunst „eine Tochter der Freiheit“ nennt. Für „Kunst“ darf getrost „Presse“ eingesetzt werden, sogar „Medienwelt“. Denn alle drei haben zwei Dinge zur Absicht: zu unterhalten und geistig zu ertüchtigen. Das Tragische nur schon zu Schillers Zeiten: Es „herrscht das Bedürfnis“ – und das „beugt die gesunkene Menschheit unter sein tyrannisches Joch.“ Anrufer-Show und Mitmach-TED, Live-Roulette und SMS-Gewinnspiel, ich höre euren diktatorischen Lärm! Das „blinde Recht des Stärkern“, wie es sich auch in Big-Brother-Formaten durchsetzt, gehört endlich vor den von Schiller eronnenen „Richterstühle reiner Vernunft“. Zumal es indirekt „das große Schicksal der Menschheit“ verhandelt.

Barbara Salesch und Kollegen sind ausnahmsweise nicht dran mit urteilen, nicht mal als „Beisitzer jenes Vernunftgerichts“. Die „Schönheit der Freiheit“ soll nämlich „dem Wohl der Menschheit“ dienen – und schädlichen Tendenzen entgegenwirken. Als da sind: „Hier Verwilderung, dort Erschlaffung“. Woher wusste Schiller das nur? Es stimmt ja: Verrohung findet im Yellow-Press-Bereich statt, dösende Langeweile bei Akademiker-Blättchen wie taz und Lettre. Was „desto mehr empört, weil die Kultur selbst ihre Quelle ist.“ Meint Schiller.

Aber wenn der „feurige Trieb nach Verbesserung erstickt“ ist, wie der frühe Medientheoretiker sagt, was bleibt übrig? Vermutlich Gottschalk, „Wetten dass ...?“ Und siehe: „Mitten im Schoße der raffiniertesten Geselligkeit hat der Egoism sein

System gegründet“. Wenn damit kein lustiger Thomas gemeint ist! Seiner „despotischen Meinung“, dem Befehl zu lachen, unterwerfen wir unser „freies Urteil“. Opfern „unser Gefühl“ den „bizarren Gebräuchen“ der Supershow. Geben „unsern Willen“ hin – für „Verführungen“ des Glambours. Was fordert dagegen der wortmächtige Schiller? „Empfindsamkeit“. „Schonung“. Also Zartheit, Feinheit, Maßhalten, Respekt. Als Rettungsanker vor der Diktatur der Dummheit. Als Hausmittel gegen die Idiotie der Ignoranz. Als Flagg-schiffe gegen die fortschreitende Firlefanzisierung von Fernsehen und Presse. Dazu komme ein Hauch von „Poesie“, so rät der Klassiker. Und statt Skandal: „Spekulation“, ein Spielraum für Zukunft, mit „Herz“ und „Fantasie“.

Sind das allzu alte Werte? Längst überholte am megabunten Set, dem Drehort für „gesetzlose Triebe“ und ihre „tierische Befriedigung“? Bremst sich im „Gleichgewicht des Schlimmen“ alles Moralische wie automatisch gegenseitig aus? Schiller erkannte eine Gefahr, eine Entwicklung, die wohl schon damals unvermeidlich schien. Dabei war der Dichter und Denker zeitweise selbst leidenschaftlicher Zeitungsmacher, gab brotlose Lyrik-Blätter wie die „Horen“ heraus, brannte förmlich für „Totalität“ im höheren Sinn, auch im Hinblick auf Aktuelles.

„Einfalt, Wahrheit und Fülle“ hieß dabei sein Ideal, „Strahlen der Wahrheit“ sollten im Namen der Freiheit „das angenehme Blendwerk ihrer Träume“ verjagen. „Der moralisch gebildete Mensch, und nur dieser, ist ganz frei.“ So ergänzt die Schrift „Über das Erhabene“, die zeitgleich mit der „ästhetischen Erziehung“ 1793/94 entstand. Uns stellt sich im Schiller-Jahr 2005 die Frage, ob wir ein auch nur annähernd redliches Journalistencredo haben. Oder ob wir uns im lukrativen Jauchtum üben, etwa so: „Wer war Schiller? A: ein Salami-Fabrikant ...“ ■

Zweifelhafte Botschafter

Die Bevölkerung steht im Visier der Strategen der Initiative mit dem verlockenden Titel Neue Soziale Marktwirtschaft, die angetreten ist, das Land zu verändern. Eine „Massage des öffentlichen Bewusstseins“ ist vonnöten, um die Massen auf neoliberalen Kurs zu halten. Sozialabbau unter Ausschaltung des Störfrieds Gewerkschaft im Gegenzug zu einer erstarkenden Wirtschaft und ihrer Unternehmerverbände verbirgt sich hinter dem Mäntelchen, das Wohlwollen für alle suggeriert. Medien, Politiker und Wissenschaftler werden zu Werkzeugen einer geschickten PR für das Kapital.

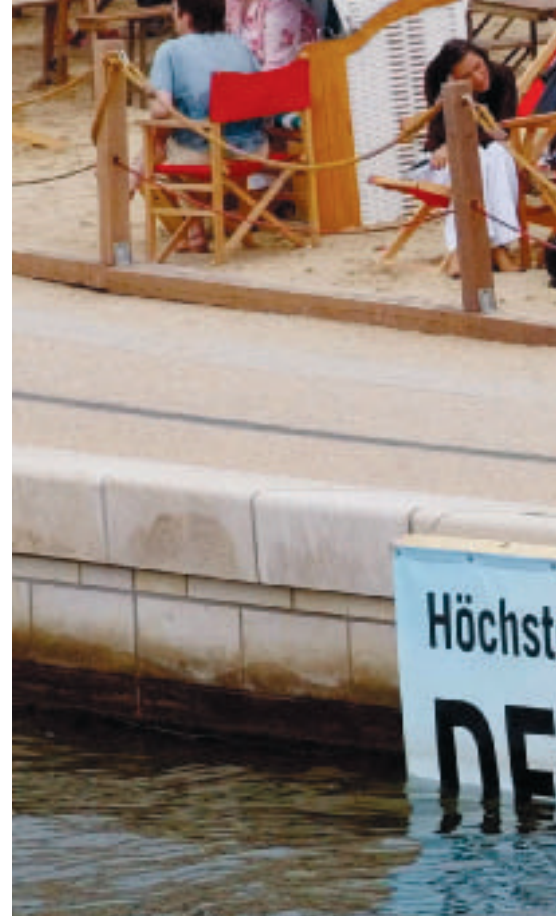
Von Prof. Rudolf Speth

Der Spiegel nutzte es für seinen Aufmacher. Der Focus druckte es in seiner Titelseite mit der Unterzeile „Deutschland versinkt“ ab. Für das Handelsblatt war es schlicht das „Bild des Tages“. Die schweizerische Aargauer Zeitung bebilderte damit einen Bericht über die Jobmisere in Deutschland. Am Bundespressestrand in Berlin hatte die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ein Plakat halb in der Spree versenkt. Die Aufschrift „Deutschland“ war nur noch zur Hälfte zu lesen. Darüber stand: „höchste Zeit für Reformen“ mit dem Logo der INSM „Chancen für alle“. Die Installation hatte nicht lange Bestand. Nach drei Tagen konfiszierte die Berliner Polizei das Transparent. Eine Presseerklärung der INSM folgte postwendend. Darin eine Erklärung zur Installation: „Uns steht das Wasser bis zum Hals – jetzt müssen endlich umfassende Reformen her.“

Die Protestinstallation unweit des Reichstages am Fuße der neuen Bundestagsgebäude war wie bestellt. Endlich konnte der Spiegel seine Story vom Abstieg Deutschlands wirkungsvoll inszenieren. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat die Cocktail-Oase mit dem feinen aufgeschütteten Sand als wirksamen Reklameort entdeckt. „Füße hoch, Abgaben runter“ prangt auf den Rücken der Strandkörbe. Das Bier wird in den Brutto-

Netto-Biergläsern der INSM ausgeschenkt. Die große Differenz zwischen den beiden Eichstrichen wird gleich mit einem Sinnpruch der Initiative erklärt: „Das meiste schluckt der Staat.“ Die Initiative ist präsent, wo sich Abgeordnete zum entspannten Plausch treffen, Touristen auf den Beginn der Karibik-Nacht warten und unzählige Boote mit Berlinbesuchern vorüberziehen. Bei Eintritt werden die Besucher von der INSM mit augenzwinkernder Ironie auf das wohlige Leben im Steuerparadies eingestimmt. Im Liegestuhl unter dem Bundesadler aus Holz ist zu lesen: „Zurücklehnen im Steuerparadies. Maximal 25 Prozent Steuern. Keine Ausnahmen. Keine Tricks. Die reinste Entspannung.“

Was kaum jemand auf den ersten Blick vermutet: Die INSM ist ein Langzeitprojekt von Gesamtmetall, dem Zusammenschluss von 16 regionalen Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Erst zu Beginn des Jahres 2004 hat der Unternehmerverband die Finanzmittel für die nächsten 5 Jahre zugesagt. 10 Mio. Euro für jedes Jahr. Die INSM wurde 1999 beauftragt, für einen Wandel im Meinungsklima zu sorgen und das Image der Wirtschaft zu verbessern. Dazu hatte man in Köln die Agentur berolino.pr gegründet. Sie bildet das Strategiezentrum der Initiative und wird von Tasso Enzweiler



und Dieter Rath geleitet. Enzweiler war als Chefreporter bei der Financial Times tätig und Rath war Pressechef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Zwei Medienprofis, die die PR der „APO des Kapitals“ steuern. Sie entwickeln mit Unterstützung der Agentur Scholz & Friends immer wieder neue Kampagnen, mit dem Ziel, die Bedingungen für die Wirtschaft zu verbessern. Eng verbunden ist berolino.pr mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW), das von Wirtschaftsverbänden finanziert wird. Das IW liefert ökonomische Expertisen als Basis für die Kampagnen.

■ Unternehmensimage aufpolieren

Die Bevölkerung steht im Visier der Strategen der Initiative. Denn Umfragen zeigen, dass 67 Prozent mit dem Wort Reform Befürchtungen oder Skepsis verbinden. Was aber tun, wenn die Bevölkerung nicht will? Im Jahr 1999 hat der Verband Gesamtmetall mit seinem Präsidenten Kanneißer den Entschluss gefasst, für einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zu sorgen. Dabei wollten sie gleichzeitig ein weiteres Problem beheben, das damit zusammenhängt, das schlechte Image der Unternehmer. Die Bevölkerung will nicht so wie die Führung in der Wirtschaft. Und die hat längst beschlossen, dass radikale Reformen notwendig sind.

Damit das hochgesteckte Ziel erreicht wird, hat die INSM einen hochkarätigen Kreis von Beratern, Politikern und Wissenschaftlern versammelt. Sie sollen die Bot-



Studie des Autors

Die Studie, die Prof. Rudolf Speth im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstellt hat, ist zu finden unter: www.boeckler.de

Foto: AP Photo / Fritz Reis; obs / INSM

schaften der Initiative unters Volk bringen. Mit Hans Tietmeyer, Ex-Bundesbankpräsident, haben sie ein Schwergewicht als Vorsitzenden des Kuratoriums gewonnen. Zum 12-köpfigen Kuratorium gehören u. a. Martin Kannegiesser, Unternehmer und Gesamtmetallpräsident, Randolph Rodenstock, Aufsichtsratsvorsitzender der Rodenstock AG und Hans-Dietrich Winkhaus, Präsident des arbeitgebernahen Institutes der Deutschen Wirtschaft in Köln. Im Kreis der Kuratoren findet sich auch Oswald Metzger, der früher bei den Grünen für Wirtschaftspolitik zuständig war.

Flankiert wird diese Truppe, die angerechnet ist, das Land zu verändern, von „Botschaftern“. Dort finden sich Roland Berger, Paul Kirchhof, die Grünenpolitikerin Christine Scheel, Arnulf Baring, Dominique Döttling, Ex-Vorsitzende der Wirtschaftsunioren, Arend Oetker, BDI-Vizepräsident, Peter Glotz, Sigmar Mosdorf, Ex-Staatssekretär, Karl-Heinz Paqué, stellvertretender Landesvorsitzender der FDP in Sachsen-Anhalt und Nikolaus Schweikart, Vorstandsvorsitzender der ALTANA AG. Sie sollen die Botschaften der INSM in die Herzen und Köpfe der Bürger bringen und für eine positive Reformstimmung sorgen. Ihnen wird mehr Vertrauen entgegengebracht als dem Unternehmerverband Gesamtmetall. Der bleibt lieber im Hintergrund und besorgt das Geld. Denn das Image der Unternehmer ist beinahe so schlecht wie das der Parteien.

Die Initiative ist als eine parteiübergreifende angetreten. Zu Beginn waren auch noch mehr SPD-Politiker dabei. Wolfgang Clement, Wirtschaftsminister,

Rainer Wend, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Arbeit, Florian Gerster. Heute will sich kaum mehr jemand aus der SPD zur Initiative bekennen.

Die Botschafter ziehen durchs Land und verkünden immer wieder die gleichen Parolen: „Deutschland ist auf dem Arbeitsmarkt ein Jurassic Park“ (Roland Berger); „Gewerkschaften und Verbände haben zu viel Macht“ (Hans Tietmeyer); „Wir brauchen Reformen, um Verbesserungen im Niedriglohnsektor zu erreichen“ (Rainer Wend). Ganz besonders einer tut sich dabei hervor: Hans Tietmeyer, Aushängeschild der INSM und ehemaliger Präsident der Bundesbank. Tietmeyer hat regelmäßige Kolumnen in der Welt und im Handelsblatt. Er versorgt damit die Öffentlichkeit mit immer neuen Parolen aus dem Hause Enzweiler und Rath. Der angestrebte „gesellschaftliche Klimawechsel“ ist nur so herbeizuführen.

Um die Herzen und Köpfe der Bevölkerung zu erreichen, kann nichts dem Zufall überlassen werden. Profis sind gefragt für die „Massage des öffentlichen Bewusstseins“. Mit unserem alten Politikverständnis hat das nichts mehr zu tun. Politik wird bei der INSM von Werbeprofis gemacht. Mit 10 Mio. Euro im Rücken lässt sich die Lobbyarbeit für den Arbeitgeberverband und die Wirtschaft leichter machen. Genutzt werden dabei alle Medien: Anzeigen in Zeitungen, Interviews, Filme, Internet, Hörfunk. „Integrierte Kommunikation“ nennen Kommunikationsfachleute ein solches Vorgehen. Die eingesetzten Medien werden aufeinander

abgestimmt. Die INSM macht sich die Mittel der modernen Kampagnenführung zunutze. Notwendig dazu sind Geld, ein langer Atem und eine Strategie. Ein Glanzstück lieferte die Initiative mit dem Slogan „Sozial ist was Arbeit schafft“. Er wurde Schritt für Schritt in den öffentlichen Diskurs lanciert. Bereits im Jahr 2000 benutzte ihn Dagmar Schipanski, Botschafterin der Initiative und 1999 Kandidatin um das Bundespräsidentenamt. Im Mai 2002 wurde die INSM-Kampagne „Sozial ist ...“ eröffnet. Edmund Stoiber zog mit diesem Slogan in die Bundestagswahl. Und der Slogan war die Überschrift des Hauptredners, Bundesminister Wolfgang Clement, beim INSM-Kongress in Berlin.

Aufgabe der Botschafter ist es ihre Bekanntheit einzusetzen und als Multiplikatoren zu wirken. Sie gehören inzwischen zu den Stammbesetzungen der Talkshows von Christiansen, Illner, etc. Damit schaffen sie es, Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen und das Meinungsklima zu prägen.

Grenzen verschwinden

Ausgearbeitet werden die Kampagnen von der Werbeagentur Scholz & Friends in Berlin. Im Grunde ist die INSM eine Erfindung von Scholz & Friends. Die Agentur designt nicht nur die Anzeigen, sondern ist auch mit strategischer Beratung behilflich. Bis zu 60 Mitarbeiter der Agentur werden am Projekt INSM beschäftigt. Scholz & Friends betreibt sogar eine Redaktion für den Internetauftritt der INSM. Dort werden Nachrichten aus Politik und Wirtschaft aufbereitet und kommentiert – jetzt sogar mit einem Nachrichtenticker.

Dass dabei die Grenzen zwischen Journalismus und Werbung verschwinden, stört niemanden. Aus den Meinungsbeiträgen von Tietmeyer, die in verschiedenen Tageszeitungen erscheinen, zitieren Nachrichtenagenturen und andere Zeitungen ohne auf den Entstehungskontext hinzuweisen. Durchlässig werden die Grenzen auch durch Medienpartnerschaften. Mit der Wirtschaftswoche betreibt die INSM zusammen ein Reformbarometer. Wissenschaftler bewerten dort monatlich ▶

die Umsetzung der angekündigten Reformen. Mit dem Wirtschaftsmagazin impulse zusammen hat die INSM einen Journalistenpreis ausgelobt. Journalisten bekommen Preise für ihre Darstellung der Verkrustungen des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems, für ihre Berichte über den Meisterzwang im Handwerk und für die Serie „Bremsklotz Bürokratie“ im Handelsblatt. Weitere Partnerschaften gibt es mit dem Focus, mit der Hörzu, mit zahlreichen Lokalzeitungen und mit

der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS).

Jüngstes Produkt der Zusammenarbeit mit der Wirtschaftswoche ist ein Städteranking. München ist Deutschlands Wirtschaftsmetropole No. 1. Die Daten und den wissenschaftlichen Sachverstand hat das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln beige-steuert.

Die INSM rekrutiert auch eine stattliche Riege professoralen Sachverständs. Stapel von Gutachten sind produziert

worden. Die Professoren sorgen nicht nur für Wissen, sondern versorgen die INSM auch mit wissenschaftlicher Reputation. Aber die INSM konnte das Image einer Unternehmerinitiative nicht ganz abstreifen. Deshalb soll es jetzt einen Förderverein geben, in den interessierte Bürger gegen einen Mitgliedschaftsbeitrag beitreten können. Das Trommeln der INSM blieb nicht ganz ohne Wirkung. „Der mentale Wandel ist eingeleitet“ frohlockte Oswald Metzger im Handelsblatt. ■

Den Verlegern gefällt's

Der Ökonom Heiner Flassbeck über die Eindimensionalität des neoliberalen Mainstreams in der Wirtschaftspresse

M | *Herr Flassbeck, teilen sie die Ansicht von Albrecht Müller, der Spiegel sei Hauptorgan des neoliberalen Mainstreams geworden?*

HEINER FLASSBECK | Da ist etwas dran. Der Spiegel propagiert seit etwa fünfzehn Jahren die „moderne“ Wirtschaftspolitik: Es wird nachgeplappert, was Politik und Wissenschaft vorgeben. Der Spiegel ist inzwischen das Leitmedium der Neoliberalen und leider auch ein Symptom dafür, wie dem wirtschaftspolitischen Geschehen die kritische Begleitung weggebrochen ist.

M | *Haben sie dafür eine Erklärung?*

FLASSBECK | Journalisten kommen aus Universitäten und dort werden sie in den ökonomischen Disziplinen nur noch in der Eindimensionalität des neoliberalen Mainstreams ausgebildet. Das ist in Deutschland als einzigem Land auf der ganzen Welt so. Da muss man sich nicht wundern, wenn sich das in den Medien so niederschlägt. Journalisten greifen das auf, was ihren eigenen, simplen einzelwirtschaftlichen Vorurteilen am ehesten entspricht. Und den Verlegern gefällt das, was sie in ihren Zeitschriften und Zeitungen lesen.

M | *Wie beurteilen sie die Wirtschaftsteile der Tagespresse?*

FLASSBECK | Financial Times Deutschland und Frankfurter Rundschau sind die großen Ausnahmen. Die sind offen und

diskussionsfreudig. Das sage ich nicht, weil ich in diesen Blättern schreibe, ich werde überall abgedruckt – selbst in der FAZ. Doch die große Masse und besonders die beiden herausragenden Blätter Süddeutsche Zeitung und FAZ vertreten in wirtschaftspolitischen Zusammenhängen einhellig die Spiegelposition.

M | *Liegt das vielleicht auch daran, dass Journalisten gerne zu den Siegern gehören möchten – immerhin hat der Neoliberalismus zumindest vorläufig gesiegt?*

FLASSBECK | Am Ende wird er allerdings nicht siegen, weil er nicht siegen kann. Unlogische und unvollständige Positionen können niemals zu erfolgreicher Politik führen. Wenn Journalisten das glauben, dann irren sie sich. Prinzipiell aber schreibt der Großteil das nach und mit, was ohnehin in der Wissenschaft und der Politik angelegt ist. Die Medien an sich machen im Grunde keine Bewegung, sie be- und verstärken, was ohnehin schon da ist. In einem Land, in dem die Ökonomen zu 99 Prozent einer Meinung sind, ist es für die Medien unmöglich, eine Gegenposition einzunehmen. Die Medien sind nicht in der Lage, eigenständige Positionen zu schaffen. Sie sollten jedoch viel stärker unterschiedliche Positionen im In- und Ausland aufgreifen und darstellen!

M | *Wenn also den fast gleichgeschalteten Medien die fast gleichgeschalteten Hochschu-*

len vorgeschaltet sind – an was liegt das? Sieht man von der Bremer Memorandum-Gruppe ab, gibt es überhaupt noch Marxisten oder Keynesianer?

FLASSBECK | Es gibt so gut wie keine mehr! Woran das im einzelnen liegt, ist schwer zu ergründen. Zum Teil hat das etwas mit dem strengen deutschen Kooperationsystem (Anmerkung der Redaktion: Wahl oder Berufung neuer Mitglieder durch die alten) zu tun. Ab Mitte der sechziger Jahre hat man an den Universitäten kaum noch jemand von außen zugelassen, außer denen, die an deutschen Unis ausgebildet wurden und brave Assistenten ihrer Professoren waren. In den Fünfziger Jahren und bis in die Sechziger hinein wurden viele Lehrkräfte von außen eingestellt, auch solche, die keine klassische Akademiker-Laufbahn vorweisen konnten, dadurch war die Diskussion viel offener.

M | *Mal flapsig gefragt: Sie sind ökonomischer Querdenker und sie werden von vielen Blättern gedruckt. Sind sie da eher der Hofnarr oder ist das gewollter Disput?*

FLASSBECK | In den Redaktionen langweilen sie sich auch über den fortwährenden Gleichklang. Da brauchen sie hin und wieder andere Stimmen. Das geht ja



Foto: www.flassbeck.de

auch den Leserinnen und Lesern auf den Geist, wenn immer das gleiche in der Zeitung steht. Insofern dürfen ein paar Leute alles schreiben, was sie auch denken und wir sind scheinbar so wenig, dass wir die Stimmung nicht kippen können. Übrigens: Ich gelte in den meisten Ländern als Mainstream-Ökonom, und nur in Deutschland bin ich „linksradikal“. Es ist schon erstaunlich, wie einseitig das Land geworden ist.

M | „Sie haben mir leid getan, mit einer solch inkompetenten Person über Wirtschaftspolitik und Volkswirtschaft diskutieren zu müssen“, schrieb ein Besucher ihrer Website. Er meinte die grüne Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt bei Sandra Maischberger auf n-tv. War es wirklich so schlimm?

FLASSBECK | Ich möchte Frau Göring-Eckardt wirklich nicht zu nahe treten

und weiß auch gar nicht, welchen Beruf sie gelernt hat. Doch ich würde mich niemals hinstellen und über etwas reden, von dem ich keine Ahnung habe. Unsere Politiker können das! Ich würde nie über komplizierte medizinische Zusammenhänge reden. Aber jeder Jurist in Deutschland sagt ihnen, wo und wie es in der Wirtschaft lang zu gehen hat.

Interview: Günter Frech ■

Einspruch gegen Parolen

Gegenöffentlichkeit kommt von ehemaligen Beratern der alten Sozialdemokratie

Das Wirken der PR-Strategen ist die eine Seite der Medaille im täglichen Kampf um die Köpfe. Gravierender ist der Meinungs-terrorismus der Apologeten des Reformwahnsinns. Fachleute sprechen inzwischen vom Mainstream des Neoliberalismus.

Lesenswert

Albrecht Müller „Die Reformlüge – 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren“, 416 Seiten, Droemer-Verlag 2004 – 19,90 Euro.

Frank Böckelmann / Hersch Fischler

„Bertelsmann – Hinter der Fassade des Medienimperiums“, 352 Seiten, Eichborn-Verlag 2004 – 19,90 Euro

Walter van Rossum „Meine Sonntage mit ‚Sabine Christiansen‘ – Wie das Palaver uns regiert“, 185 Seiten, KiWi-Verlag 2004 – 8,90 Euro

Ulrich Müller / Sven Gigold / Malte Arhelger (Hrsg.) „Gesteuerte Demokratie – Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen“, 182 Seiten, VSA-Verlag 2004 – 12,80 Euro

Werner Rügemeier (Hrsg.) „Die Berater – Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft“, 246 Seiten, transcript-Verlag 2004 – 21,80 Euro

Internetseiten: www.flassbeck.de – die Homepage des Ökonomen Heiner Flassbeck; www.gesteuerte-demokratie.de – vgl. Buchtitel; www.buena-vista-neoliberal.de – eine Gruppe Wissenschaftler, die zu neoliberalen Netzwerken arbeitet; www.wirtschaftsverbrechen.de – Website der Initiative Business Crime Control; www.transparency.de – Website der Initiative gegen Korruption in Staat, Gesellschaft und Unternehmen, Transparency International; www.staack.de – Website des Heidelberger Grafikers mit seinen vielfältigen politischen Aktivitäten.

Seit Februar sind Nachdenkseiten.de im Netz. Die Macher Albrecht Müller und Wolfgang Lieb berichten, dass die Adresse häufig von Mitarbeitern der Gewerkschaftszentralen, vielen Juso- und SPD-Gruppen, Journalisten und Aktivisten aus Nichtregierungsorganisationen (NGOs) angewählt wird. Aus dem Bundestag und aus den Länderparlamenten melden sich Abgeordnete oder ihre Mitarbeiter. „Wir erreichen neben politisch interessierten Menschen vor allem Multiplikatoren oder Zuarbeiter von Multiplikatoren. Und das ist eigentlich auch unsere gewünschte Zielgruppe.“

Müller und Lieb haben sich beruflich mit politischer Kommunikation und öffentlichen Meinungsbildungsprozessen beschäftigt. Müller, von Beruf Nationalökonom, war unter anderem Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt unter Willy Brandt und Helmut Schmidt. Für den nordrhein-westfälischen Ministerpräsident Johannes Rau erledigte der Jurist Lieb die Öffentlichkeitsarbeit.

Nach dem Willen der beiden Politprofis sollen die Nachdenkseiten eine gebündelte Informationsquelle für jene Bürgerinnen und Bürger werden, die am Mainstream der öffentlichen Meinungsmacher zweifeln und gegen die gängigen Parolen Einspruch anmelden. Ökonomische Themen stehen im Vordergrund. Werte wie soziale Gerechtigkeit und wirtschaftspolitische Vernunft werden hochgehalten. Das „kritische Tagebuch“ begleitet das politische Tagesgeschehen, und die „Manipulation des Monats“ nimmt eine besonders signifikante Verlautbarung aufs Korn.

In seinem Buch „Die Reformlüge – 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren“ seziert Müller die seit 20 Jahren herrschende neoliberale Politik. Ob Lohn-

nebenkosten, Rentenpolitik, Schuldenfalle oder Globalisierung – Müller widerlegt die Reformbegründungen. Er fragt, wie es kommen konnte, dass sich „eine so irrationale politische Bewegung“ durchsetzen konnte und nennt die Strippenzieher vor und hinter den Kulissen. Diese nennt er „Koalition der Willigen“ und zählt auf: als „Propagandist der privaten Vorsorge“ betätigte sich José Piñera, chilenischer Arbeitsminister unter dem Diktator Pinochet. „Ihn als Ghostwriter einer rotgrünen Koalition in Deutschland, das hätte ich mir noch vor zehn Jahren nicht einmal als schlechten Traum vorstellen können“, so Müller.

■ Bedenkenswerte Details

Die „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ wurde vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall mit einem Zehnjahresetat von 100 Millionen Euro ausgestattet, um dem Volk die Staatsgläubigkeit auszu-treiben; die Bertelsmann-Stiftung wird genannt und eine Gruppe junger Bundestagsabgeordneter, die sich vom Chemie-konzern Altana AG sponsern lässt.

Einige Details von Müllers ökonomischer Argumentation sind durchaus hinterfragenswert: etwa ob eine staats-interventionistische Wirtschaftspolitik tatsächlich zu mehr Wachstum und damit auch zu mehr Nachfrage und mehr Arbeitsplätzen führt. Die Konzeption von J. M. Keynes mag in Brasilien noch gut funktionieren – ob sie für ein hochentwickeltes Land noch taugt, wäre einen Versuch wert. Zumindest wagt Müller den Generalangriff auf die unsägliche deutsche Reformpolitik. Es ist eines der wenigen Reformbücher, die gebraucht werden. Zudem ist es verständlich und kurzweilig geschrieben.

Günter Frech ■

Raus aus dem Jammertal!

Ansatzpunkte gegen neoliberale Einflussstrategien

Über zwei Jahrzehnte hinweg ist es wirtschaftsliberalen Kräften gelungen, das gesellschaftliche Klima entscheidend zu beeinflussen: Die sozialen Folgen der Globalisierung gelten weithin als alternativlos, die Politik als hilflos – und die Verbände und Organisationen, die Alternativen entwickeln und einklagen, als verknöcherte Gralshüter des ewig Gestrigen.

Dieser langfristige Prozess wurde auch dadurch gestützt, dass die Folgen der Globalisierung aufgrund der Wiedervereinigung in Deutschland mit mehr als einer Dekade Verzögerung anrollten. Die wirtschaftlichen Eliten – also Unternehmen und Arbeitgeberverbände samt ihrem Netzwerk aus Lobbyisten, Think Tanks, Parteien, Medien und Wissenschaft – haben diesen Zeitraum strategisch genutzt. Die arbeitgeberfinanzierte PR-Maschinerie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist da nur das aktuell in der Öffentlichkeit am breitesten diskutierte Werkzeug der Einflussnahme. Die Wirkung der weniger prominenten und finanzkräftigen Konvente, Think Tanks und Wissenschaftsnetzwerke darf darüber nicht unterschätzt werden. Erfolgreiche Einflussstrategien sind nicht allein vom Budget abhängig. Das straff koordinierte und konsequente Vorgehen zeigt im Zusammenspiel aller Akteure eindeutige Wirkung: im Bewusstsein wie im Portemonnaie breiter Bevölkerungsschichten.

Das Unbehagen an dieser Entwicklung findet plötzlich erstaunliche Resonanz in den Medien: Ob Albrecht Müllers Buch „Die Reformlüge“, ob Walter van Rossums „Meine Sonntage mit ‚Sabine Christiansen‘“ – die Debatte über neoliberale Einflussstrategien gewinnt an Fahrt. Gute Zeiten, um ohne Larmoyanz über grundsätzliche Ansatzpunkte zu diskutieren, wie dem wirtschaftsliberalen Zeitgeist Paroli geboten werden kann. Im Folgenden einige Wege aus dem Jammertal:

1. Langer Atem statt PR-Strohfeuer

Eine so tiefgreifende und langfristige Veränderung des gesellschaftlichen Klimas lässt sich nicht auf kurze Sicht korrigieren.

Dazu braucht es langen Atem. Erfolge können sich erst mittel- und langfristig einstellen. Schnelle PR-Erfolge sind Strohfeuer.

2. Wertedebatte intensivieren

Neben einer realistischen Einschätzung der Zeithorizonte muss der Kampf um die Köpfe intensiviert werden: Notwendig ist eine Wertedebatte, die angekoppelt ist an die aktuellen Debatten – was also ist zu verstehen unter Gerechtigkeit und Solidarität im Zeitalter von Hartz IV, Kopfpause und einer alternden Gesellschaft? Wie konkretisiert sich die Idee von der Würde der Arbeit, wenn z. B. für immer mehr Menschen prekäre Arbeitsverhältnisse Normalität sind?

3. „EuroVision“ formulieren

Entscheidende arbeits- und wirtschaftspolitische Fragen lassen sich bereits jetzt nicht mehr im nationalen Rahmen regeln. Die Integration der europäischen Märkte schreitet weiter voran. Auch hier hat die Wirtschaftslobby ihren Einfluss frühzeitig geltend gemacht. Wenn Europa jedoch mehr als ein Wirtschaftsraum sein soll, dann müssen Gewerkschaften ihr Bild vom Europäischen Sozialmodell, ihre EuroVision, formulieren – und sich z. B. auf den beschwerlichen Weg zu europäischen Mindeststandards machen.

4. Netzwerke knüpfen

Vom konzertierten Vorgehen der Wirtschaftselite kann man durchaus lernen. Höchste Zeit, die eigenen Kräfte zu bündeln und zum einen bestehende Verbindungen, wie etwa zu Intellektuellen, Kirchen und Sozialverbänden, zu beleben und neue Kontakte, z. B. mit Attac, aufzubauen. Gerade die jüngere Generation in den Gewerkschaften sieht sich als Teil eines Netzwerks – und ist neugierig darauf, auch jenseits der bekannten Bündnisse zu agieren.



Foto: Petra Dreßler, Graffiti am Berliner Teufelsberg

5. Aufklärung tut not

Schärfer hingucken und schneller agieren: Gewerkschaften müssen ihre Gegnerbeobachtung professionalisieren. Dabei geht es nicht allein um das Monitoring der Parteienlandschaft. In den Fokus gehören auch die anderen Akteure – also Unternehmen, Wissenschaft, Lobbyisten, Arbeitgeberverbände und ihre Think Tanks.

6. Alle Einflussmöglichkeiten nutzen

Die Gewerkschaften werden alle Einflusskanäle nutzen müssen, um für mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Land zu sorgen – in Parteien und Parlamenten, in Verbänden, Kirchen, NGOs etc. Die Flucht aus den Organisationen und Parteien beraubt Gewerkschaften lediglich einer Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und für Veränderung zu sorgen.

7. Professionelle Medienarbeit

Die Mediendemokratie gehorcht eigenen Regeln: Es gilt das Gesetz des Personalisierens, des Dramatisierens und des Skandalisierens. Sich darüber zu wundern und zu ärgern ist das eine – das andere, kreativ damit umzugehen: Gewerkschaften müssen offensiver werden, mit Gestaltungsvorschlägen punkten, sich nicht vom politischen Gegner auseinanderdividieren lassen, ihre Kampagnen mit mittel- und langfristiger Perspektive entwickeln und dann konsequent und stetig umsetzen. Und auch auf die Tonlage der Kommunikation kommt es an: es geht um mehr Nachdenklichkeit, mehr Argumentation und Dialog – und um weniger Schlagabtausch, um weniger reflexhafte Kommunikation.

Christiane Zerfaß, DGB ■

Rückschritt bei Tarifverhandlungen

HAMBURG. Für die 7.000 Redakteurinnen und Redakteure in Zeitschriften wird es offenbar in diesem Jahr keinen Tarifabschluss mehr geben. Auch in der dritten Verhandlungsrunde Ende Oktober in Hamburg haben die Verleger kein konstruktives Angebot gemacht. Vielmehr wird vom VDZ überraschend eine weitere Frontlinie aufgemacht. Sie erklärten, über eine prozentuale Gehaltserhöhung nur in Verbindung mit einer Kappung der Berufsjahresstaffel sprechen zu wollen. Dieser Vorstoß geschah ohne das Gehaltsangebot vom zweiten Verhandlungstermin zu modifizieren (10 Nullmonate und 1,3% ab dem 1. April für weitere 14 Monate). Außerdem hatten die Verleger in der ersten Verhandlungsrunde erklärt, dass sie die Berufsjahresstaffel nicht verändern wollen.

„Für die Verhandlungen bedeutet das einen Rückschritt und insgesamt eine Verschärfung der Tarifrunde. Auf dieser Basis kommen wir nicht voran. Es führt uns einer Tariflösung nicht näher, wenn die Verleger einmal getroffene Aussagen revidieren“, erklärte ver.di-Verhandlungsführer

Matthias von Fintel. Damit drohe, das reale Einkommen der Redakteure über zwei Jahre zu sinken. Außerdem würde künftig das Lebenseinkommen durch die Streichung der Berufsjahresstufe ab dem 15. Jahr zusätzlich verringert werden. Als weiterer Verhandlungstermin wurde der 2. Dezember in Berlin vereinbart.

Unabhängig von der Gehaltsrunde konnte ein Teilerfolg erzielt werden. Der bereits länger diskutierte Tarifvertrag zur Förderung der freiwilligen Altersvorsorge für Redakteure in Zeitschriften konnte analog zu den mit den Zeitungsverlegern getroffenen Regelungen vereinbart werden. Die Entgeltumwandlung für die Bildung einer steuerlich begünstigten Altersvorsorge wird damit noch in diesem Jahr ermöglicht. *red.* ■

Massives Outsourcing bei Radio Bremen

BREMEN. Radio Bremen (RB) will die Fernseh- und Hörfunkproduktion auslagern und damit etwa ein Drittel seiner Stellen abbauen. Ein so weit gehendes Outsourcing wäre „einsamer ARD-Rekord“, rügte

der RB-Personalrat auf einer Pressekonferenz. Inez Kühn von ver.di sprach von „Zerschlagung und Demontage“ des Senders. Im Gespräch ist die bayerische „Bavaria Film“ als Mehrheitseignerin der künftigen Gesellschaft. Radio Bremen würde sich mit nur 49 Prozent beteiligen. Laut Personalrat sollen bis zu 140 RB-Beschäftigte zur neuen Tochter wechseln. Die Mitarbeiter bekämen dort zwar das gleiche Gehalt wie bisher, doch würde ihr Kündigungsschutz reduziert.

Personalratschef Bernd Graul fürchtet, dass der Sender durch die Auslagerung seine „Eigenproduktionsfähigkeit“ verliert – „einen der Grundpfeiler der Unabhängigkeit“. Inez Kühn hält die Pläne deshalb sogar für „verfassungsrechtlich bedenklich“. Falls sich die Ausgliederung nicht verhindern lasse, so Kühn, dann müsste der Sender zumindest Alleineigentümer sein, wie es der MDR beim Outsourcing praktiziere.

RB-Intendant Heinz Glässgen wettete anschließend gegen die „Querschläge“ und drohte dem Personalrat dafür „massive negative Auswirkungen auf die Zusammenarbeit“ an. Zuvor hatten bereits leitende RB-Angestellte die Pressekonferenz des Personalrats überwacht. *stg.* ■



Foto: Petra Dreßler

Hochmut und Niedergang?

Das Feuilleton in Zeiten von Nivellierung und Einheitsauce

Ist das Feuilleton am Ende? Auf einer Tagung des DeutschlandRadios zur Kulturberichterstattung in den Medien wurde kontrovers über die Perspektiven des Genres debattiert.

Franziska Augstein, Redakteurin der Süddeutschen Zeitung, sieht das Zeitungsfeuilleton als „Einrichtung, die sich auf dem Wege zu ihrer Abschaffung befindet“. In nicht so ferner Zukunft werde man Gegenstände wie Buchrezensionen „in Spezialzeitschriften suchen müssen“, sagte Augstein am 15. Oktober auf einer Tagung des Deutschlandradios Berlin zur Situation des deutschen Kulturjournalismus.

Die Hauptschuld an dieser Entwicklung trage das Feuilleton selbst. Es werde „Opfer seiner größten Erfindung der vergangenen 20 Jahre, des Politischen Feuilletons“, sagte Augstein. Die Kulturseiten hechelten dem politischen Tagesgeschehen zunehmend hinterher. Dagegen werde der eigentliche Gegenstand, die Künste, sträflich vernachlässigt: „Warum sollen angehende Journalisten sich mit den Feinheiten von Theater, Musik oder Bildender Kunst näher bekannt machen, wo es für den Kulturjournalisten doch offenbar ausreicht, zu wissen, wer Harry Potter, Christoph Schlingensiefel und Guido Westerwelle sind?“ Wo Nivellierung und Einheitsauce

um sich griffen, würden Kulturjournalisten sich selbst überflüssig machen.

Auch Jens Jessen, Feuilletonchef der Wochenzeitung Die Zeit, begreift das Feuilleton in einer „Phase des Hochmuts oder des Niedergangs“. Der Siegeszug des Politischen Feuilletons sei ursprünglich ein „Sieg der literarischen Sprache über das formelhafte Abrakadabra der Politiker und politischen Journalisten“ gewesen.

■ Kulturteil für alles

Die „Inflation der neuen journalistischen Ware“ habe es jedoch in ein „Allzuständigkeitsfeuilleton“ verwandelt. Die Gefahr dieser „wuchernden Ausdehnung“ sei der Dilettantismus: „die Feuilletonisten sollen immer kühner und spektakulärer über Dinge schreiben, von denen sie nichts verstehen“. Kritik übte Jessen an der Unterwerfung vieler Medienschaffender unter die vermeintlichen Marktwänge. Die Quotenfixierung laufe auf eine „Selbstenthauptung der Programmacher“ hinaus. Unter dem „Dauerfeuer neoliberaler Agitation“ werde in den Medien „die Demokratie mit der Marktwirtschaft verwechselt“. Nichts sei mehr vor dem Feuilleton sicher, befand Peter von Becker, Feuilleton-Chef des Tagesspiegel. Von Hil-

mar Hoffmanns emanzipatorisch gedachtem Kampftruf „Kultur für alle“ sei man inzwischen beim „Kulturteil für alles“ gelandet: Vom Zahnersatz zu ökologisch bedenklichen Bremsbelägen, vom Schmelzen der Polkappen bis zu Geschlechtskrankheiten der Sänger im 17. Jahrhundert – kein Gegenstand bleibe von irgendwie kulturkritischer Betrachtung verschont.

Avanti Dilettanti: Weitgehend unbelligt von kollegialen Einwänden, in der Regel sogar unterstützt von den Chefredaktionen („Warum haben wir das nicht im Blatt?“) trieben die Totengräber des Feuilletons ihr frevelhaftes Spiel. Relativierend Peter Korfmachers (Leipziger Volkszeitung) Einwand, in der Regionalpresse finde eher zu wenig Politisches Feuilleton statt. Grund: Dort sitze den Kollegen der „Terminjournalismus mit eiserner Faust im Nacken“. Die Krise des Feuilletons: Nur ein Luxusproblem der kulturjournalistischen Champions League?

Monika Griefahn, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, bekannte gelegentliche „Schwierigkeiten, einzelne Texte und Debatten in den Feuilletons nachzuvollziehen“. Ihr fehle manchmal die „Leitfunktion“ des Feuilletons: „Anregungen, Lust auf etwas Neues oder auch nur der Genuss des Lesens kommen zuweilen zu kurz.“ Die „hochkulturelle Beschäftigung mit Themen“ sei manchmal für ihren Geschmack „zu weit vom Subjekt weg“. Die „kleinliche Diskussion“ um die Rechtschreibreform, die monatelang die Feuilletonseiten bestimmt habe, erscheine ihr wie ein „verzweifelter Versuch, Bildungsbürgertum zu beweisen“. Demgegenüber komme der kulturelle Alltag zu kurz. Im Fernsehen greife immer mehr eine Häppchen-, „Fast-

food-Kultur“ um sich, bei der das Einbetten in Zusammenhänge auf der Strecke bleibe. „Muss uns eigentlich wirklich Michael Moore zeigen, wie man Zuschauer bringende Dokumentarfilme macht?“ fragte die SPD-Politikerin.

Angesichts der beklagten Misere fehlte es in Berlin nicht an Therapeuten, die in der Rückbesinnung aufs feuilletonistische „Kerngeschäft“ das Heil sahen. Rezensionen, die Lust auf ein Konzert, ein Buch, einen Film machten, seien doch nicht schlecht, postulierte Griefahn. Auch Gast-

geber und Deutschland-Radio-Intendant Ernst Elitz bekannte sich zum „Nutzwert“ des Feuilletons, der wichtiger sei als die „Befindlichkeiten“ von Autoren. Das blieb unwidersprochen.

Journalistik-Professor Michael Haller warnte vor voreiligen Totenreden auf das Feuilleton. Das Feuilleton der Zukunft werde „kein Podium für eitle Selbstdarsteller“ mehr sein, sondern „Service im besten Sinne“. „Die Qualitätsblätter würden wieder „auf ihre Kernkompetenzen setzen“, auf ihr klassisches Zuständigkeitsfeld, die

Veranstaltungskultur, „allerdings unter Einschluss der Pop- und Hochkultur ebenso wie der Medienwelt“. Künftige Feuilletonjournalisten sollten für ihr Publikum schreiben, „auf der Augenhöhe nicht der Kollegen und Kulturmacher, sondern derjenigen, die die potentiellen Nutznießer der Kulturproduktionen sind“. Wem das zur Befriedigung seiner Eitelkeit nicht reiche, tröstete Haller, der könne sich doch auch anders entfalten: durch „Bücher schreiben zum Beispiel“.

Günter Herkel ■

Kunsthfreiheit und Grundwerte

Sichtwechsel: Debatte um Medienkompetenz und Menschenwürde heute brisanter denn je

In einem „Wellental“ befinde sich die wissenschaftliche Debatte um Medienethik und Medienkompetenz gegenwärtig. Damit das nicht für die gesellschaftliche Debatte gleichermaßen gilt, lud der Verein Sichtwechsel e.V. für gewaltfreie Medien am 29. Oktober ins Berliner Kino „Arsenal“.

Das Thema „Medienkompetenz und Menschenwürde – Diskurs zur Filmästhetik in der Medienerziehung“ scheint vor dem Hintergrund neuer „Sendeformate“ im Fernsehen, diverser Talkshow-, Big-Brother- und Dschungelcamperfahrungen brisanter denn je.

Zur Frage, ob der unantastbare Wert Menschenwürde der Kunstfreiheit Grenzen setzen könne, referierte zunächst der Verfassungsrechtler Prof. Dr. Dieter Dörr. Es drohe die Gefahr, dass Menschen in und durch solche Sendungen, aber auch durch Computerspiele, „zum bloßen Objekt“ von Geldgier, Voyeurismus und niedrigen Instinkten degradiert würden. Dennoch, so konstatierte er, komme es praktisch nur sehr selten zu einer medialen Verletzung von Menschenrechten. Sofern es sich bei den Teilnehmern solcher Sendeformate nicht um Minderjährige handle, die vor Bloßstellung geschützt werden müssten, stehe das Selbstbestimmungsrecht des Individuums einem Verstoß entgegen. Anderes gelte hinsichtlich der Zuschauer – wo das bloße Argument des Jederzeit-Ausschalten-Könnens nicht überzeugte. Menschenwürde müsse zudem als

objektiver Wert beachtet werden. Vorstellungen, wann „Menschenwürde verletzt wird, entwickeln und ändern sich“ in der Gesellschaft, führte Dörr aus. Klare Grenzen zu finden, erfordere die Würdigung der „Gesamtumstände“. Zweifellos sei es auch Aufgabe von Film und Medien – speziell der öffentlich-rechtlichen Anstalten – „Grundwerte positiv zu transportieren“ und zur Konsensbildung beizutragen. Die Gefahr, dass die Gesellschaft den Konsens über die Grundwerte verliere, sei allerdings real.

Sich in einer „komplexen, zunehmend medial vermittelten Welt zurechtzufinden“, erfordere die entsprechende Kompetenz, bekräftigte Heinrich Bleicher-Nagelsmann, ver.di-Medienpolitiker, in seiner Funktion als Vizepräsident des Deutschen Kulturrates. Er betrachtete die Wechselbeziehungen von Filmkunst und Wirklichkeit. Von der Aussage des tschechischen Philosophen Karel Kosik, dass jedes künstlerische Werk sowohl Ausdruck der Wirklichkeit sei als auch die Wirklichkeit bilde, leitete Bleicher-Nagelsmann zu der These über, dass der Künstler nicht nur das Werk selbst planen müsse, sondern auch die Wirkung, die es auf andere habe. Ob diese Wirkung tatsächlich einsetze, hänge davon ab, wie die Zuschauer das Gesehene „in ihrem Wertesystem verorten“. Jede „Aneignung“ sei abhängig von Wissen und Erfahrungen der Rezipienten und den spezifischen sozialen Bedingungen. Darauf, „welche Lesarten des Films

dominant werden“, nähmen viele Faktoren Einfluss, von der Ethik der Filmschaffenden über ihr handwerklich-technisches Können, die Filmkritik bis hin zu Kenntnissen der Zuschauer, wie Filme produziert, finanziert und verbreitet werden, und ihrer Fähigkeit, Aussagen des Films zum eigenen und gesellschaftlichen Wertesystem in Bezug zu setzen sowie autonom und kreativ zu handeln.

In einem Diskurs hatte Bleicher-Nagelsmann zur Unzulänglichkeit der Quote als Programmbewertungskriterium Stellung bezogen. Teilnehmer der Diskussion bezeichneten die Quotenmessungen gar als „unmoralisch und verfassungswidrig“. Sie beschere „keine Vielfalt, sondern Einfalt“. Gegen die „subtilen, nachhaltigen und unterschwelligten Einflüsse der Medien auf die Seele von Kindern“ machte eine Elternvertreterin mobil. Mängel in der Medienerziehung räumte der Medienreferent des Berliner Schulsenators ein. Um Selbstbestimmung bei Kindern und Jugendlichen auszubilden, müsse man zunächst „richtig Geld anfassen – von der Lehrerausbildung bis zur Bereitstellung von Hardware in der Schulpraxis“.

Helma Nehrlich ■

♦ Sichtwechsel e.V.

Der Verein Sichtwechsel sitzt in Berlin und arbeitet seit 1995 mit Mitgliedern und Interessenten daran, die Öffentlichkeit für eine Veränderung des Medienangebots zu sensibilisieren. Er tritt vehement gegen die gehäufte Darstellung von Gewalt in den Medien auf. Gemeinsam mit anderen ehrenamtlichen Initiativen will Sichtwechsel erreichen, dass die Etablierung gewaltfreier Fernsehprogramme diskutiert und gefördert sowie ein bewußterer Umgang mit visuellen Medien alltäglich wird. Die anonyme Einschaltquotenmessung soll in eine autorisierte umgewandelt werden. www.sichtwechsel.de

Ist Wissen Macht?

Erfolgreiche Jugendmedientage in München

Junge Medienmacher aus ganz Deutschland trafen sich vom 22. bis 24. Oktober in München, um der Frage nach dem Wissen, der Macht und dem Journalismus gemeinsam mit Profis aus der Branche auf den Grund zu gehen.

Die Jugendpresse Deutschland, Dachverband von 10.000 jungen Medienmachern, hatte zu den Jugendmedientagen nach München eingeladen. Über 650 junge Leute aus Schüler- und Jugendzeitungen, TV-, Radio- und Internetprojekten sowie zahlreiche Volontäre und Studenten waren dieser Einladung gefolgt. „Mehr als

1.000 Anmeldungen und die große Unterstützung durch Medienprofis zeigen den Bedarf kompetenter Aus- und Weiterbildung im Medienbereich“, kommentiert Robert Rückel (20), Projektleiter und Mitglied im Bundesvorstand der Jugendpresse Deutschland die enorme Nachfrage. Mit Teilnehmern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz waren die Jugendmedientage damit der größte Kongress für junge Journalisten in ganz Europa.

„Wir wollen jungen Journalisten helfen sich in einer immer komplexer wer-



Foto: Jona Höflerle

denden Welt, die immer neue Fragen aufwirft, zu orientieren. Gute Journalistinnen und Journalisten sind Aufklärer. Wissen ist dabei das Fundament, auf das sie ihre Geschichten und Berichte bauen“, begründet Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, sein Engagement für diese Veranstaltung. Während der Auftaktveranstaltung wies Manfred ▶

► Buchrezension: Im Dschungel der Gesetze

Solider praktischer Kompass für juristische Klippen im PR-Bereich, günstige Wege und richtige Ausrüstung

Dschungelbücher haben Konjunktur. Nicht nur das legendäre von Rudyard Kipling, sondern moderne Ratgeber, die es erleichtern sollen, sich in komplizierten Strukturen oder unbekannter Materie zurechtzufinden. So auch hier. „Im Dschungel der Gesetze“ hilft der „Leitfaden Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“. Von einigen unglücklich gewählten Sprachbildern abgesehen – der Schutz der Privatsphäre in Abwägung zur Meinungs- und Informationsfreiheit etwa sei kein Kieselstein, „der sich aus philosophischen Elementen zusammensetzt und zur Seite gekickt werden kann“ – tut er das tatsächlich. Die Autorin, die auch als Beraterin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einschlägige Erfahrung gesammelt hat, will den Leser vor Irrwegen schützen und ihm Umwege ersparen. Dafür sorgt schon der Aufbau. Potenzielle Herausgeber von Faltblättern, Kundenzeitschriften oder Presseerklärungen könne sich direkt im entsprechenden Abschnitt kundig machen, erhalten Warnhinweise und eine Checkliste darüber, was vor, bei und nach der Veröffentlichung zu beachten ist. Für den möglichst „schnellsten Weg von A nach B“ sorgt auch die Diktion, die Wesentliches ohne Umschweife auf den Punkt bringt: „Werbe-mails sind immer verboten, wenn Empfänger aktiv werden müssen, um weitere Zusendungen zu verhindern“. Dem wachsenden Online-Bereich wird ein eigenes Kapitel gewidmet. Praktisch ist auch, dass auf die speziellen gesetzlichen Grundlagen exakt hingewiesen wird, dass im Anhang eine tabellarische Übersicht über verschiedene Arten von Urheber- und Nutzungsrechten, weitere Infos und Adressen geliefert werden. Nutzer, deren Wissensdurst nicht so eng umrissen und unter einer

der Zwischenüberschriften zu fassen ist, befinden sich jedoch eher in der Lage von Puzzle-Spielern, denen das Motiv nicht mitgeliefert wurde. Eine zusammenfassende Übersicht über das, was aus juristischer Sicht in die PR-Arbeit hineinspielt, müsste sich der Leser aus den Einzelteilen selbst zusammensuchen – vom Grundrecht der Pressefreiheit über Urheberrechtsgesetz, Recht am eigenen Bild, Landespressegesetze, Rundfunkstaatsverträge bis zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb oder selbst gesetzte Regeln wie ZAW-Richtlinien oder Pressekodex. Das karge Stichwortverzeichnis hilft da so wenig wie die punktuelle Gliederung. Hinzu kommt: Ein Leitfaden durch die rechtlichen Grundlagen von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sollte im Kommunikations-Dreieck: Medien/Öffentlichkeit – Unternehmen/Instituten – Politik die Unternehmensinteressen zum Fixpunkt haben, resp. die Person des Pressesprechers. Das Vorwort verstärkt diese Erwartung. Tatsächlich verschwimmen in der Darstellung die Grenzen zur journalistischen und redaktionellen Praxis. Zahlreiche Beispiele aus dem Medienbereich, etwa in den Abschnitten zur Auskunftspflicht, zu Nutzungsrechten, zur Gegendarstellung vermitteln mitunter den Eindruck, als seien unterschiedliche Betrachtungsweisen hier nicht gegeben und nicht nötig. Das mag dazu beitragen, dass auch Redakteure und Journalistinnen das Buch mit Gewinn lesen. Zur klaren Abgrenzung zwischen Journalismus und PR hilft es weniger. Vielleicht wäre der Leitfaden damit auch überfordert. Er will ein Wanderführer für „die günstigsten Wege und die richtige Ausrüstung“ sein. Die allgemeine Geographie überlässt er anderen.

neh ■



Viola Falkenberg:

Im Dschungel der Gesetze. Leitfaden Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Viola Falkenberg Verlag Bremen 2004, 212 Seiten, 22,90 Euro

ISBN 3-937822-59-3

Protze, dju-Bundesvorstandssprecher, zudem auf die Notwendigkeit sorgfältiger Ausbildung hin. Seiner Meinung nach ist eine fundierte Ausbildung die Grundlage für einen qualitativ hochwertigen Journalismus.

In acht Diskussionsforen und 20 Workshops wurde mit 60 Referenten aus der gesamten Medienwelt rund um das Thema „Wissen ist Macht“ diskutiert. So im „Forum am Deutschen Museum“: Vom Erlernen der Journalistischen Darstellungsformen, über die Produktion einer Radiosendung bis hin zum Schnitt von Fernsehbeiträgen reichte die Palette. Etwas kopflastiger, aber nicht minder spannend waren die Symposien in denen sich Redakteure wie Bascha Mika (Chefredakteurin taz), Kathrin Tsainis (Chefredakteurin Brigitte Young Miss), Ulrike Maercks-Franzen (langjährige «M» - Chefredakteurin und heutige dju-Bundesgeschäftsführerin) oder Stephan Weichert (Chefredakteur Cover) kritischen Fragen stellten. Heiß diskutierte Themen waren etwa der Konflikt zwischen PR und Journalismus, die Mediennutzung Jugendlicher oder Jobchancen in den neuen EU-Ländern.

Mit der großen Abschlussveranstaltung in der Muffathalle gingen die Jugendmedientage zu Ende. Die Ergebnisse der Workshops, die eigens produzierte Eventzeitung „politikorange“, die JMT-Sonderseite der Onlinecommunity jetzt.de oder der TV-Workshop von fluter.de wurden dort präsentiert. Daneben gab es einen spannenden Ausblick auf Aktionen in den nächsten Jahren. So stellte Ex-Profitorwart Jürgen Rollmann, Mitglied der „Taskforce WM 2006“ der Bundesregierung, Möglichkeiten vor, wie junge Medienmacher die Fussball-WM im eigenen Land journalistisch begleiten können.

Jeder Teilnehmer der Jugendmedientage 2004, die von der Jugendpresse Deutschland in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Münchner Verlag clash Jugendkommunikation veranstaltet wurden, wird eine CD-ROM bekommen, auf die alle auf dem Kongress erarbeiteten journalistischen Produkte gebrannt sind.

Und bereits jetzt steht fest, dass die achten Jugendmedientage nicht die letzten gewesen sind! Thomas Krüger und Susanne Kastner, Vizepräsidentin des Deutschen

Bundestages, sicherten die weitere Zusammenarbeit zu. Auch die dju in ver.di, die in diesem Jahr bereits mit mehreren Referenten und zahlreichen Informationsmaterialien dabei war, wird im kommenden Jahr gern wieder mit von der Partie sein, versicherte die Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen.

Für den bayerischen Jugendpresseverband, die Junge Presse Bayerns, waren die Jugendmedientage ebenfalls ein Erfolg. Während der Auftaktveranstaltung zeichnete der bayerische Kultusstaatssekretär Karl Freller die Siegerinnen und Sieger des 27. bayerischen Schülerzeitungswettbewerbs aus. „Ihr blickt mit wachen Augen und spitzer Feder auf die Welt, die euch umgibt. Damit tragt ihr wesentlich zur Meinungsbildung eurer Mitschülerinnen und Mitschüler bei“, lobte Freller die Nachwuchsredakteure. Zudem äußerte er sich optimistisch, dass die Schülerzeitungszensur in Bayern bald Vergangenheit sein könnte. Eine entsprechende Initiative der Staatsregierung liege bereits vor. Damit würde auch im letzten deutschen Bundesland die Zensur von Schülerzeitungen endlich passé sein. *Björn Richter* ■

Anzeige

Niederlage für Holtzbrinck

DÜSSELDORF. Die Verlagsgruppe Holtzbrinck darf die Berliner Zeitung nicht erwerben. Das Düsseldorfer Oberlandesgericht bestätigte in seiner Entscheidung vom 27. Oktober (Az.: IV Kart 7/04) ein entsprechendes Verbot des Bundeskartellamtes. Das Kartellamt hatte den Zeitungskauf wegen einer drohenden marktbeherrschenden Stellung des Verlags auf dem Berliner Zeitungsmarkt verboten. Diese Ansicht teilte das Oberlandesgericht in seinem 42seitigen Beschluss. Mit der Fusion würde Holtzbrinck auf dem Berliner Lesermarkt für regionale Abonnementszeitungen einen Marktanteil von mehr als 60 Prozent erreichen. Dies sei weit oberhalb der Schwelle von 33 Prozent, von der an das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen von einer marktbeherrschenden Position ausgehe.

Daran ändere auch der Verkauf der Zeitung an den Ex-Manager des Tagespiegel Pierre Gerckens nichts. Die Kartellwächter sahen in ihm einen „Strohmann“ der Verlagsgruppe. Bundeskartellamt wie auch das Gericht rechnen Gerckens weiterhin der Holtzbrinck-Gruppe zu. Holtzbrinck kann nun noch beim Bundesgerichtshof Beschwerde einlegen. *red. ■*

Pressefusionsgesetz noch in diesem Jahr

BERLIN. Der Wille ist da: Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) will das neue Pressefusionsgesetz noch in diesem Jahr im Bundesrat verabschieden lassen. Einige kritisierte Regelungen seien geändert worden. Danach sollen Verlage in einer ökonomischen Notlage in den Bereichen Druck, Anzeigenakquisition, Vertrieb und Verwaltung eng zusammenarbeiten und so genannte Pressehilfsunternehmen gründen können. Die Redaktionen dürften allerdings nicht miteinander verschmolzen werden. Die Grünen fordern dagegen eine Mittelstandsklausel und wollen Anzeigenkooperationen dieser Art nur für kleine und mittlere Verlage zulassen. Vom Tisch scheint die heftig umstrittene „Altverlegerklausel“ zu sein, wonach Fusionen erlaubt werden, falls die Altbesitzer oder Dritte mit 25 Prozent beteiligt blieben. ver.di und andere Kritiker sehen dagegen in der neuen Clementschen Version den selben positiven Effekt für die Großverlage wie er schon mit der vorherigen sogenannten Altverlegerklausel erzielt worden wäre. *wen ■*

Aber kostenneutral

München: Wie viel Gewerkschaft braucht die Medienbranche?

Die schwierige Lage der Medienbranche stand im Zentrum der Podiumsdiskussion auf den Münchener Medientagen, zu der connexx.av am 22. Oktober eingeladen hatte. Thema der Runde „Wie viel Gewerkschaft braucht die Medienbranche?“.

„Überlange Arbeitszeiten ohne finanziellen Ausgleich, befristete Arbeitsverhältnisse und Einsatz von Praktikanten als vollwertige Arbeitnehmer gehören inzwischen zum Medienalltag“, so Sandra Goldschmidt von connexx.av. Kaum jemand traue sich gesetzliche oder tarifliche Mindestbestimmungen einzufordern aus Angst um den Arbeitsplatz. „Der große Konkurrenzdruck ist längst von Unternehmensebene auf den einzelnen Medienschaffenden übergegangen. Freie werden gegen Feste ausgespielt, kleinere Produktionsfirmen kämpfen um ihre Existenz, große Medienunternehmen betreiben Outsourcing im großen Stil.“

Sandra Goldschmidt diskutierte mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden von ver.di, Frank Werneke, mit Bavaria Film-Personalchef Erhard Arbogast, Prof. Dr. Johannes Kreile vom Bundesverband Deutscher Fernsehproduzenten, Medienwissenschaftlerin Prof. Dr. Barbara Thomaß und dem ZDF-Journalisten Uli Röhmer, der die Runde moderierte.

Frank Werneke sprach beim Thema Hartz-Gesetzgebung von einer „krassen Fehlentwicklung“. Die Filmschaffenden sind besonders betroffen. Er forderte vom Gesetzgeber konkrete Nachbesserungen und mahnte gleichzeitig die Unternehmen an, sich nicht aus den Arbeitgeberverbänden zurückzuziehen, denn eine Aufrechterhaltung der hohen Qualifikation der Medienschaffenden sei auch in ihrem Interesse. Erhard Arbogast und Prof.

Dr. Johannes Kreile bestätigten den Trend. Erhöhter Kostendruck und ein weniger leistungsfähiger Markt erfordere nach ihrer Ansicht allerdings die Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen und Beschäftigungsverhältnissen. Entsprechend „mehr Verständnis für die Arbeitgeberseite und weniger Sozialromantik“ verlangte Kreile auf den Medientagen von den Gewerkschaften. Zur Absicherung stabiler Tarifverträge benötige man einen starken gewerkschaftlichen Partner – allerdings müssten die Forderungen dabei kostenneutral bleiben. „Ein Spagat, der wohl nicht im Interesse der Medienschaffenden sein kann“, so Goldschmidt. Und weiter: „Wir sind überzeugt, dass maximale Gerechtigkeit auch mit minimaler Regulierung verbunden sein kann – wenn alle Parteien sich bewegen.“ Dazu zähle die Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Mindestbestimmungen, die Nachprüfbarkeit von Arbeitszeit und die Qualifizierung und Ausbildung von Medienschaffenden.

Die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, wie sie in der Medienbranche zu beobachten sei, habe nach Ansicht von Prof. Dr. Barbara Thomaß für andere Branchen Signalwirkung und Vorbildcharakter. Sie warnte in diesem Zusammenhang vor einer „Maskulinisierung“ der Arbeitswelt, in der durch den Anspruch ständiger Verfügbarkeit die Verbindung von Beruf und Familie zunehmend schwieriger werde. Die Frage sei daher nicht „wie viel“, sondern „welche Art“ Gewerkschaft brauche die Medienbranche. Hier sei die Lernfähigkeit der Gewerkschaften gefordert, die auch für die veränderten gesellschaftlichen Probleme Antworten finden müssten. Einen ersten Schritt hierzu hat ver.di mit dem Projekt connexx.av bereits getan.

Petra Winheller ■



Foto: Werner Bachmeier

Schlussakt für Schmuckstück?

Freie Universität Berlin will renommierte Journalistenweiterbildung (JWB) fallen lassen

Für den letzten Absolventenjahrgang der Journalistenweiterbildung (JWB) an der Berliner FU ist der Schlusspurt eingeläutet. Die vor einem Viertel Jahrhundert als Modellversuch gestartete und 1987 in einen Regelstudiengang überführte berufsbegleitende Weiterbildung für Journalisten soll aufgegeben werden. Pro forma ist noch eine Journalistik-Professorenstelle für die Nachfolge des vor drei Jahren ins schweizerische Lugano berufenen JWB-Leiters Stefan Ruß-Mohl ausgeschrieben, tatsächlich aber hat die Uni die zuletzt 80.000 Euro Sachmittel, die Stellen und die Infrastruktur für die JWB im neuen Haushaltsplan gestrichen. „Zwar ist Hochschulpolitik und -planung angesichts leerer Staatskassen ein schwieriges Geschäft,“ räumt der bis Oktober amtierende kommissarische JWB-Leiter Prof. Hans-Jürgen Weiß ein, „doch das ist paradox.“ Er hofft auf Einsicht und einen „Kraftakt“ der Uni.

„Journalismus ist nicht das, womit sich heute ein Blumentopf gewinnen lässt,“ vertritt jedoch Prof. Gernot Wersig, Geschäftsführender Direktor des Institutes für Publizistik und Kommunikationswissenschaft die Meinung des FU-Präsidiums. „Medien sind interessant.“ Ist die einst als „Schmuckstück“ in ihrer für die Bundesrepublik einzigartigen Ausrichtung auf berufstätige Journalisten ohne Abschluss hoch gelobte JWB, für die sogar ein Licen-

tiat (lic.rer.publ.) kreiert wurde, ein Auslaufmodell? Gehört Journalismus nicht mehr zu den Medien?

„Wie ein Tinnitus,“ habe die JWB während seiner Auslandseinsätze im Ohr geklingelt, berichtet Werner Nowak von der Deutschen Welle, Student des letzten Jahrgangs. Der Druck, neben dem Job ein dreijähriges Regelstudium mit Präsenzphasen zum Abschluss zu bringen, sei größer, als nur Weiterbildungsseminare zu besuchen. Der Studienstoff mit seinem Querschnitt durch Sozial- und Kommunikationswissenschaften böte hervorragende Grundlage für Qualitätsjournalismus – unbeeinflusst von Werbung und PR.

■ Nachweisbarer Erfolg

Das zu finanzieren, sei auch eine Verantwortung für die öffentliche Hand. Und für die immer mehr freiberuflich arbeitenden Journalisten seien die 1997 eingeführten 330 Euro Studiengebühr pro Semester gerade noch zu schultern. „Der Bedarf ist da.“ Und der Erfolg nachweisbar. Bis Juli 2005 werden – bei jährlich ca. 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, nach 1990 zu einem Viertel aus den neuen Bundesländern – 350 Abschlüsse erreicht sein.

Was Wersig als nicht refinanzierbar und in seiner Zielrichtung als überholt darstellt, soll offensichtlich zu einem Gut-

teil Opfer Uni-internen Gerangels und unausgesprochener Animositäten werden. „Warum,“ fragt Holger Wenk, für die dju in verdi im JWB-Beirat, „wird von Seiten der Unileitung nicht ernsthaft Anlauf für eine Neustrukturierung genommen? Das hätte schon vor Jahren beginnen können.“ Eine Justierung mit E-Learning sei machbar, Kooperationen mit Berlin-Brandenburger Hochschulpartnern, privaten Journalistenschulen und Radio-Netzwerken wie Eurocast / Regiocast denkbar. Eine modernisierte Ausbildung müsste auch auf gebrochene Biografien zielen und nicht vorrangig auf das Ideal des lebenslang fest angestellten Redakteurs bei großen Medienunternehmen, meint Wenk. Zwar seien Journalisten ohne Abitur und Ausbildung als Zielgruppe überholt. „Doch die meisten, vor allem die Freien, wechseln mehrfach die Seiten des Schreibischen, arbeiten heute im klassischen Journalismus, morgen als PR-Berater oder übermorgen als Redenschreiber.“

ver.di sei gern bereit, an der Modernisierung nach Kräften mitzuwirken und fordere als erstes, die vakante Professorenstelle auch wirklich zu besetzen. Und wenn, schlug Wenk vor, die Unileitung auf Medien fixiert sei, könne man eine Neuaufgabe der JWB ja auch „Ausbildung zum Contentmanager“ nennen.

Bettina Erdmann ■

Koblenzer Verlag endgültig zerlegt

Tariffreie Zonen behindern unabhängigen Journalismus

Der Mittelrhein Verlag zerlegt sich endgültig: Nach den Lokalredaktionen wird jetzt auch die Zentrale ausgegliedert. Für die Redakteurinnen und Redakteure bedeutet das die Wahl zwischen neuen, schlechter dotierten Verträgen oder Kündigung. So will der Verlag bis zu 40 Prozent der Personalkosten sparen.

Der Herausgeber und Geschäftsführer der Rhein-Zeitung in Koblenz Walterpeter Twer sieht sich gern in der Rolle des Vorreiters. So war die Rhein-Zeitung das erste Unternehmen, das ein e-paper ins Internet stellte, aber auch der erste Verlag, der die Lokalredaktionen und Geschäftsstellen

seiner Heimatausgaben in eigenständige Gesellschaften umstrukturierte. Neben dem Traditionsbetrieb Mittelrhein Verlag GmbH wurden bereits vor Jahren die rz in forma für das Anzeigengeschäft und die rz Markt & Medien als Vertriebs- und Marketinggesellschaft gegründet. 2001 wurden Geschäftsstelle und Außen-Redaktion der Rhein-Lahn-Zeitung in Bad Ems als eigene Gesellschaft ausgegliedert. Es folgten die Redaktionen in Neuwied, Koblenz und Mainz. Gleichzeitig trat Twer aus dem Unternehmerverein aus und kündigte infolge alle Tarifverträge.

Twers letztes Husarenstück ist nun das Herauslösen der Zentralredaktion und da-

mit die endgültige Zerschlagung des Mittelrhein Verlages in eigenständige Gesellschaften. Bis Ende des Jahres soll dieser Umwandlungsprozess vollzogen sein.

Als Gründe für die Umstrukturierung nennt Herausgeber Twer die Notwendigkeit, am Markt flexibel reagieren zu können und dadurch ein anzeigenkundenfreundliches Umfeld zu schaffen. Hierzu müsse sich der Redakteur vom traditionellen Journalismus verabschieden. Ein Verlag müsse einen Rundumservice erbringen und dazu sei eine Geschäftsfelderweiterung unumgänglich, die auch journalistische Dienstleistungen im Sinne des Anzeigenkunden beinhalte.

■ Niedrigere Gehälter

Betriebsratsvorsitzender Werner Färber sieht in der Neuorientierung der Rhein-Zeitung den Versuch des Herausgebers, die Personalkosten um 30 bis 40 Prozent abzusenken, denn mit den Ausgliederungen „ging bisher immer erheblicher Tarifabbau“ einher. Alteingesessene Redakteure wurden vor die Alternative gestellt, entweder gekündigt zu werden oder einen neuen Vertrag mit einem Einheits-



Foto: Peter H. Ziemons

richtssaal und in den Einigungsstellen vor, sagt Betriebsrat Färber und bedauert gleichzeitig, dass es somit dem Betriebsrat unmöglich ist, die sogenannte Sozialpart-

sieht der Betriebsrat auch die Gefahr des Gefälligkeitsjournalismus. Tariffreie Zonen behindern unabhängigen Journalismus. Das führt zwangsläufig zum Quali-

tätsabbau. Wenn der Redakteur der Großzügigkeit des Arbeitgebers ausgeliefert ist, könnte das häre Prinzip der unabhängigen politischen und wirtschaftlichen Berichterstattung im Interesse der Demokratie großen Schaden nehmen. Das bestätigt auch Oberbürgermeister Achim Hütten aus Andernach, in dessen Stadt die Lokalredaktion im letzten Jahr geschlossen wurde. Wenn wirtschaftliche Aspekte bei der Berichterstattung der Redaktionen dominieren, wird das geflügelte Wort „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ sehr schnell Wirklichkeit werden.

Peter H. Ziemons ■

Lottokönig und Wiedschäj

Digitalisierung im Fernsehen: veränderte Arbeitsteilung und Berufsbilder

Seit etwa fünfzehn Jahren hat die Digitalisierung auch im Fernsehen Einzug gehalten. Sorge sie zunächst nur für fliegende Bilder, führt sie heute zu einer Veränderung von Arbeitsteilung und Berufsbildern. Fragen nach Programmqualität und Arbeitsplätzen müssen erlaubt sein.

Erinnern Sie sich noch an den Lottokönig? Ja genau – Loriots Filmteam überfällt den armen Lottogewinner und verwirrt ihn mit geplatzten Scheinwerfern, Mikros im Bild, leeren Filmkassetten und verpatzten Schärfereinstellungen so lange, bis er mit dem Papst eine Bierboutique eröffnen will. Beleuchter, Kameraassistent, Tonmann, Realisator – vier Mann nehmen dem Lottokönig die Bude auseinander und zeigen, was Fernsehen ist.

Loriot hätte heute ein neues Opfer: Bepackt mit DV-Kamera, Leichtstativ und Hobby-Lampe betritt eine junge Dame die Wohnung des Lottokönigs, sucht nach Steckdosen für ihre drei Steckernetzteile und fummelt verwegen an den Miniklinkensteckern ihres Mikrophons herum. Während sie dem Lottokönig sinnlose Fragen stellt, schielt sie auf die Leuchtdioden der Tonaussteuerung und wackelt verkrampft mit der Amateurleuchte. Schließlich muss sie ja das Ganze nachher auch noch schneiden – als Video-Journalistin, oder VJ – gesprochen: Wiedschäj (Modellprojekt beim Hessischen Rundfunk M6-7/2004).

■ Alte Arbeitsteilung löst sich auf

Das Beispiel zeigt, wo die Haupteffekte der auch im Fernsehen fast abgeschlossenen Digitalisierung der Produktionsgrundlage zu suchen sind: Die herkömmliche, noch in der Filmproduktion verwurzelte Arbeitsteilung im Fernsehbetrieb löst sich auf und an ihre Stelle tritt – häufig noch sehr zögerlich – eine neue.

Die typische Produktionskette für die Fernsehproduktion gliedert sich in Akquisition (Drehen, Mitschneiden), Montage und Tonbearbeitung, Studioproduktion und Sendung. Sie gilt so für alle originären

Fernsehformen wie Magazinsendungen, Nachrichtensendungen, Sportübertragungen, Dokumentationen sowie Talk- und Unterhaltungsshow. Alle fiktionalen Produktionen, also Spielfilme, Serien usw. folgen anderen Gesetzmäßigkeiten.

Die Grenzen dieser Produktionsschritte, die sich häufig bis heute in den Abteilungsgrenzen der Produktionsbereiche von Rundfunkanstalten widerspiegeln, waren ursprünglich aufgrund der verwendeten Technik scharf markiert: Die Akquisition erfolgte auf 16mm Film, kein Filmkameramann konnte im Studio eine elektronische Kamera auf dem Pumpenstativ bedienen – und ebenso wenig ein „Schwenker“ eine Filmkamera. Mittlerweile arbeiten beide am gleichen Gerät, auch wenn die Arbeitsmethoden sich nach wie vor unterscheiden. Ein Cutter konnte auch im aktuellen Bereich früher den Ton lediglich bildsynchron montieren. Heute schließt jedes nonlineare Schnittsystem eine vollständige Tonbearbeitung ein. Schließlich war früher zur Sendeabwicklung ein besonderes Studio mit Regiezone, Zuspieldbereich (MAZ), technischer Kontrolle und separater Tonregie notwendig – heute sind diese Funktionen vielerorts integriert, eine starre Trennung von Ton- und Bildaufgaben ist überholt und viele nonlineare Schnittsysteme können in Verbindung mit einem Sendespeicher durchaus auch als Sendeablaufsteuerung dienen.

Bei alledem schälen sich die gestalterischen Fähigkeiten der einzelnen Berufe als das eigentlich entscheidende Kriterium heraus: Bildkomposition, Montagegesetze, graphische Fähigkeiten, Kenntnisse der Tongestaltung, aber auch ablauforganisatorische Anforderungen sind prägend für die Anmutung und Gestaltung einer Sendung und damit auch für ihre tatsächliche

Wirkung. Diese Anforderungen unterscheiden sich zu einem Teil von dem Genre der produzierten Sendung: So ist im Bereich der News-Produktion durchaus eine Kombination Kamera-Schnitt-Ton-Sendeabwicklung denkbar, während z. B. die Dokumentation weiter eine spezialisierte Kamera und eine besondere Montage und Tonbearbeitung verlangt. Spezialisten für die Sportübertragung und die damit verbundenen speziellen gestalterischen Anforderungen sind ebenso denkbar wie spezielle Teams für Sendungen im virtuellen Umfeld. Die deutlichste Veränderung von Arbeitsteilung haben moderne Newsroom-Integrationen und Redaktionssysteme gebracht. Sie lösen vor allem die Grenze zwischen Redaktion und Produktion auf und betreffen massiv die Beschäftigten, die sich mit der Organisation der Redaktionsarbeit beschäftigen: Aufnahmeleiter und so genannte Producer.

Selbstverständlich wird eine wie immer sich verändernde Arbeitsteilung und damit das Wegfallen von technischen Grenzen der Arbeitsleistung genutzt, um die Arbeit zu verdichten. Wo der Kameramann früher seine Kamera in den Schrank gestellt hat, eilt er jetzt zum Schneidetisch oder betreut die Sendeabwicklung ...

Die Abwehr dieser Arbeitsverdichtung gehört zu den wichtigsten Handlungsfeldern für Gewerkschaften sowie die betrieblichen Interessenvertretungen. Die Versuchung liegt nahe, die technischen Schranken, die bisher der Arbeitsverdichtung entgegenstanden, zu hegen und zu



Foto: Herrmann J. Haubrich

pflegen, um damit quasi eine natürliche und unumstößliche Grenze für diese Entwicklung zu haben. Leider führt das zu einer grundlegend gegen technische Veränderungen gerichtete Strategie, die erfahrungsgemäß (siehe den berühmten Heizer auf der E-Lok) nicht von dauerhaftem Erfolg gekrönt ist – und überdies den Gewerkschaften bei jüngeren Kollegen ein katastrophal rückwärtsgewandtes Image beschert.

Erfolgversprechender erscheint die Strategie, die Grenzen der Arbeitsverdichtung aus dem Gesundheitsschutz abzuleiten. So sollte schon aus Gründen des Unfallschutzes ein Kameramann niemals alleine von der Schulter drehen dürfen. Er kann – da er auch noch als lebendes Stativ dient – nicht sehen, welche Gefahren z. B. in einer Menschenmenge auf ihn zu kommen. Und selbst auf dem freien Feld hat er kein Auge für Stolperfallen.

An den modernen Schnittsystemen entsteht für die meist weiblichen Beschäftigten eine enorme Belastung durch die praktisch ununterbrochene Bildschirm-tätigkeit. Auch hier können Obergrenzen aus den Vorschriften für die Bildschirmarbeit abgeleitet werden. Dabei sollten die Gewerkschaften auf der Erkenntnis bestehen, dass die Montage von Bildmaterial einen erheblich intensiveren Blickkontakt mit den Bildschirmen erfordert, als etwa das Schreiben von Briefen...

■ Breites Qualifikationsniveau?

Am stärksten jedoch sind von den neuen Entwicklungen gar nicht die Produktionsmitarbeiter betroffen. Die Redakteure und Realisatoren bleiben am Ende auf allen Arbeiten sitzen, die man „erfolgreich“ bei den Produktionsberufen wegrationalisiert hat. Es liegt auf der Hand, dass wesentliche Kernaufgaben der Programmmitarbeiter davon betroffen sein werden. Zeit, die für die Verwaltung von Metadaten und das Einpflegen von Beiträgen in Sendeabläufe benötigt wird, stehen für Recherche, Hintergrundstudium oder einfach kritische Reflexion nicht mehr zur Verfügung. Auch hier könnten Schranken definiert werden, die sich am journalistischen Handwerk orientieren. Beispielsweise sollte es verpönt sein, ein Interview zu führen und gleichzeitig für technische Aufgaben verantwortlich zu sein.

Wichtigstes Handlungsfeld für die Gewerkschaften ist in diesem Zusammenhang die Ausbildung. Mit dem Ausbildungsberuf „Mediengestalter Bild und Ton“, der entscheidend von den gewerkschaftlichen Vertretern in den Sachverständigenkommissionen geprägt wurde, hat sich die Forderung nach einer berufsweiten Grundbildung, die auch zu-

künftigen, veränderten Arbeitsteilungen und Produktionstechniken gerecht wird, durchgesetzt. Dieser Ausbildungsgang wurde zunächst misstrauisch beäugt, die Absolventen als „eierlegende Wollmilch-säue“ abqualifiziert. Mittlerweile arbeiten hunderte Mediengestalter mit großem Erfolg in den unterschiedlichsten Berufen bei Fernsehen und Hörfunk. Aus gutem Grund wurde für diesen Beruf der Begriff „Mediengestalter“ gewählt, denn es handelt sich nicht um eine technik-abhängige Ausbildung. Im Mittelpunkt steht vielmehr die Anforderung, programmliche Anforderungen auf die unterschiedlichste Art zu realisieren – Technik ist also nicht der Arbeitsgegenstand, sondern eines der Werkzeuge zur Gestaltung von Programm.

Noch steht die Integration des neuen Berufsbildes in die Rahmenvorschriften der Vergütungstarifverträge bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus. Hierzu ist es notwendig, die Qualifikationsanforderungen auf dem Niveau verschiedener Vergütungsgruppen neu zu definieren. In vielen technischen Bereichen ist es noch üblich, die Vergütungsgruppe an der Anzahl der Knöpfchen am Arbeitsplatz fest zu machen. Qualifikationsprofile, die quer zur herkömmlichen Arbeitsteilung verlaufen, werden häufig aus dem begrenzten Blick jedes einzelnen Arbeitsschrittes begutachtet – also mittlere Anforderungen bei der Kamera, beim Schnitt und bei der Sendeabwicklung ergeben zusammen auch wieder mittlere Anforderungen – das erheblich breitere Qualifikationsniveau und die Spezialisierung z. B. auf Nachrichten- oder Sportsendungen bleiben außer Betracht. Solche Qualifikationsprofile werden häufig fälschlicherweise als „Funktionskoppelungen“ bezeichnet – obwohl sie beim näheren Hinsehen einfach eine andere, veränderte Arbeitsteilung abbilden.

■ Kein Jodeldiplom

Entscheidend wird es sein, auch für die oberhalb der dualen Ausbildung – nämlich dem Mediengestalter Bild und Ton – angesiedelten Qualifikationen allgemeingültige Beschreibungen zu erhalten. Dazu sind Fortbildungsregelungen der geeignete Weg.

Da schließt sich der Kreis – und wir sind wieder bei Lorient. Denn berufliche Aus- und Fortbildung darf nicht zum Jodeldiplom führen, also zu mehr oder minder nutzlosen theoretischen Fortbildungsgängen, bei denen die Urkunde mehr wert ist als die darauf bescheinigte Qualifikation. Das geht nur, wenn die Beschäftigten selbst durch ihre Gewerkschaften an den entsprechenden Berufsbeschreibungen beteiligt sind. *Werner Donat* ■



Foto: www.eltrenblanco.com.ar

► **Filmrezension: Keine ferne Fantasie, sondern bittere Realität**

El tren blanco

El tren blanco

**Arg / E 2003,
R: Nahuel und Ra-
miro García, Sheila
Pérez Giménez.
80 Min.
Kinostart: 28.10.**

In jeder Nacht pendelt ein seltsamer weißer Zug zwischen den Armenvierteln und dem Zentrum von Buenos Aires. In vielen Abteilen sind die Sitze herausmontiert, Menschen schieben Karren in die Waggons. Es sind die Cartoñeros, Papier- und Müllsammler, die für ein paar Pesos an Mülldeponien verkaufen, was zu finden ist. Geld, von dem sie ihre Familie ernähren können.

Die Filmemacher Nahuel und Ramiro García und Sheila Pérez Giménez zeichnen in ihrer Dokumentation das trostlose Leben von Arbeitslosen nach, für die die Fledderei die einzige Chance bietet, über die Runden zu kommen. Wie ein Chirurg im Bauch eines Patienten herumstochert, schlitzen diese „Kartonmenschen“ Müllsäcke auf, wühlen darin herum und holen Verwertbares heraus. Früher haben sich die Passagiere der Abendzüge durch die sperrigen Karren und den üblen Gestank belästigt gefühlt, bis die städtische Eisenbahngesellschaft auf die Idee kam, einen eigenen „Müllzug“ mit geringen Fahrpreisen auf die Strecke zu schicken. Im Lauf der Zeit ist die Zahl der Züge noch gestiegen, weil immer mehr Bewohner der Hauptstadt in der Armut versinken.

Die Arbeitslosigkeit, eine Folge der Globalisierung und der Wirtschaftskrise, liegt Statistiken nach bei 45 Prozent. Die Regierung lässt die Betroffenen im Stich. „Zum Glück gibt es den Zug“, sa-

gen sie, denn für die meisten von ihnen gibt es keine Alternative. Unweigerlich führt so eine dreckige Arbeit zur Frage nach Würde. Die steht auf dem Spiel, wenn man von Sachen lebt, die andere wegwerfen und obendrein noch als Lumpensammler gilt. Dennoch lassen sich diese Tagelöhner nicht unterkriegen: „Ich schäme mich nicht“, sagt eine Frau, „Papiersammeln ist immerhin eine Arbeit, die mich davor bewahrt, stehlen zu müssen.“

Monatelang haben die argentinischen Filmemacher die Cartoñeros begleitet und mit minimalen technischen Mitteln auf Video gebannt. Ihre engagierte Reportage zeigt repräsentative Einzelschicksale eines Landes, das am Ende ist, Menschen mit schlechten Zähnen, die sich keine Medikamente leisten können, und immer wieder die gleichen Bilder von nächtlichen Gespenstern, die Karren in den Zug schieben und durch die Hauptstadt ziehen.

„El tren blanco“ ist ein aufwühlender Film, weil die Armut hier keine schlimme, ferne Fantasie mehr ist, sondern bittere Realität. „Die Armut ist so, als hätten wir alle einen Strick um den Hals“, sagt ein älterer Mann, „und das macht einen fertig“. Eigentlich sollte so ein Film Pflicht sein für alle Reichen und Politiker, vor allem für jene, die auch bei uns mit rigiden sozialen Kürzungen eine wachsende Armut verantworten.

Kirsten Liese ■

Verjüngt im Aufwind

Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm

Die 47. Auflage war ein echtes Fest – nicht nur für die Branche, sondern auch und vor allem für das Publikum: 24.000 Menschen strömten vom 19. bis 24. Oktober in die zwei Leipziger Festivalkinos, ein Drittel mehr als im Jahr zuvor und neuer Nachwende-Rekord.

Das Programm bot 354 Dokumentar- und Animationsfilme aus rund 60 Ländern. Neben den internationalen Wettbewerben Dokumentarfilm (18 Beiträge) und Animation (46) gab es erstmals einen deutschen Wettbewerb, in dem 23 Filme um die goldenen und silbernen Tauben konkurrierten. Dazu die entsprechenden Programme außerhalb der Wettbewerbe, eine Humorreihe, Retrospektiven, Streifen von loka-

len Nachwuchsfilmern ... Aber nicht nur die nie gewesene Quantität – auch die Qualität des Festivalprogramms bestach Fachwelt und Laien. „Es war ein sehr guter Jahrgang“, so das einhellige Resümee.

Das ist mehr als ein Kompliment für den neuen Festivaldirektor Claas Danielsen. Waren doch die Fußstapfen riesig, in die er treten musste: Zehn Jahre lang hatte Fred Gehler, in der Branche liebevoll „die graue Eminenz des Dokumentarfilms“ genannt, dem Festival sein Profil gegeben, es nach der Wende trotz aller finanziellen Probleme stabilisiert und mit Mut, Eigensinn und Erfahrung zu dem gemacht, was es heute ist. Der erst 38jährige Danielsen, ebenfalls Cineast und Filmemacher aus Leidenschaft, nahm die Herausforderung an. Und es gelang ihm mehr, als seine Premiere pan-



Foto: dokfestival leipzig

nenfrei über die Bühne zu bringen: Mit emotionalem, fachlichem und künstlerischem Gespür drückte er dem 47. Jahrgang seinen Stempel auf. Und der lässt sich am einfachsten mit dem neuen Untertitel des Festivals umreißen: „the (he)art of documentary“. Die überwältigende Resonanz eines interessierten Publikums, die lockere Atmosphäre, die Mischung der Filme ließen die Herzen der Dokumentarfilmmacher und -freunde höher schlagen.

► Informationen

Das 48. Leipziger Festival findet vom 17. bis 23. Oktober 2005 statt. Alle Preisträger des 47. Jahrgangs in der Rubrik PREISE (Seite 38). www.dokfestival-leipzig.de

Schwerer als nie zuvor hatte es die fünfköpfige ver.di-Jury, die ihren Preisträger aus dem internationalen Wettbewerb zu küren hatte. Am Ende blieben vier Streifen: „The Ritchie-Boys“ – ein Film über die nie erzählte Geschichte junger deutscher Juden, die aus Nazideutschland fliehen mussten und als Soldaten in US-Uniform nach Europa zurückkehrten; „Blue Collar White Christmas“, in dem Arbeiter in einer

dänischen Fabrik um ihre Arbeitsplätze fürchten; „And Thereafter“, die bewegende Geschichte einer Koreanerin, die einen amerikanischen GI geheiratet und in den USA nie heimisch geworden ist. Am Ende entschied sich die Jury jedoch für „Bei Tempi“ (Good Times, Foto). Im Fokus der italienischen Regisseure Alessandro Cassigoli und Dalia Castel stehen die Menschen auf beiden Seiten einer von der israeli-

schen Regierung errichteten Mauer im arabischen Dorf Abu Dis nahe Jerusalem. „Hinter den verkürzenden Schlagzeilen über einen Welt bewegenden Brennpunkt ist es den Autoren gelungen, die menschliche Dimension in ihrer Absurdität beeindruckend und mit starker emotionaler Wirkung in eine überzeugende filmische Sprache zu bringen“, so die Begründung.

Gundula Lasch ■

Sekt zum Lied vom Tod

ver.dianer protestieren gegen Minilöhne bei CinemaxX

Die Aktionäre, die zur CinemaxX-Hauptversammlung nach Hamburg gekommen waren, wurden von ver.di-Kolleginnen und Kollegen mit einer filmreifen Kulisse empfangen: „CinemaxX spielt uns das Lied vom Hungerlohn“, stand auf den Transparenten und aus den Lautsprechern tönte die Melodie von Spiel mir das Lied vom Tod. Mit der Aktion unterstrichen die Beschäftigten der Kinokette ihre Forderung vor allem nach Abschaffung der seit Februar 2004 einseitig festgelegten Minusstundenlöhne von 6,50 Euro. Ich finde, es ist ein Unding, dass die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen neben mir für die gleiche Arbeit rund zwei Euro weniger verdienen als ich“, sagt Tim Golke, der bis vor kurzem im CinemaxX Hamburg-Harburg an der Kasse saß und noch nach dem alten Tarif von bezahlt wurde. Und schon der sichert kaum den Lebensunterhalt. Der stellvertretende GBR-Vorsitzende André Delor fürchtet, dass die Absenkung der Einstiegsgehälter auch bei den seit längerem

Beschäftigten auf Dauer zu einem Einfrieren der Einkommen führen wird. „Außerdem wollen wir den Aktionären heute deutlich machen, dass Bewegung in die Tarifverhandlungen kommen muss, denn Streiks und Warnstreiks können sicher nicht im Interesse von Vorstand und Aktionären sein.“

Das sollte man annehmen! Dennoch beharrten die CinemaxX-Vertreter einen Tag zuvor bei den Verhandlungen mit ver.di auf ihren unakzeptablen Forderungen. „Mit einer zweigleisigen Lohnstruktur, dauerhaften Reallohnverlusten und Einschnitten in die Manteltarifbestimmungen treiben sie die Auseinandersetzung weiter auf die Spitze“, ist sich Tarifsekretär Matthias von Fintel sicher. Mit Blick auf die Sanierung und die expansive Neuausrichtung des Unternehmens, die Vorstandschef Hans-Joachim Flebbe auf der Hauptversammlung freudig verkündete, sind diese finanziellen Einschnitte zu Lasten der über 2000 Beschäftigten nicht nachvollziehbar. Denn schließlich haben nicht zuletzt sie in den zurückliegenden Jahren ihre Beiträge zur Sanierung des Unternehmens geleistet. Streiks vor dem Verhandlungstermin in

Bielefeld, Krefeld, Freiburg und Berlin sowie zahlreiche Flugblattaktionen zeigten erneut, dass die Kinobeschäftigten sich nicht alles gefallen lassen wollen. Kündigungen gegen drei Kollegen aus Freiburg und Bremen wurden inzwischen gerichtlich als unbegründet erklärt und mussten zurück genommen werden.

Nachdem am 27. Oktober erneut keine Annäherung und Bewegung zu einem fairen Tarifkompromiss von Arbeitgeberseite zu erkennen war, hat die ver.di-Verhandlungskommission dem Unternehmen ein Schlichtungsverfahren vorgeschlagen. „Durch Vermittlung eines neutralen Schlichters müsste eine Lösung zu finden sein, die sicherlich auch nicht alle Erwartungen der Kinobeschäftigten und ihre Tarifforderungen erfüllt. Aber ein vernünftiges Schlichtungsergebnis würde zu einem Tarifvertrag mit verbindlichen Mindestbedingungen und damit zur Beendigung der Auseinandersetzung führen“, so Fintel. Aber auch zu diesem Vorschlag hat die Arbeitgeberseite keinerlei positive Signale gegeben.

Statt dessen knallten nach der Hauptversammlung die Sektorken. Zuvor hatte der ausgeschiedene Aufsichtsratsvorsitzende Paul Morzynski verkündet, dass die zwei Vorstandsmitglieder für ihre Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2003 einen einmaligen Bonus von je 75.000 Euro erhalten. Eine Begründung, die nicht im Geschäftsergebnis liegen dürfte, blieb er schuldig. Welch ein Hohn für die Beschäftigten! Wenn M erscheint, ist bereits die siebente Verhandlungsrunde am 11. November vorüber. Gibt's dann Sekt für alle?

mt/wen ■



Foto: Christian von Polentz / transit



Foto: Matthias Thurm / transit

„Begrüßung“ der Aktionäre in Hamburg, Informationsaustausch mit Kinobesuchern in Berlin (Foto oben).

Kröte geschluckt

Schweiz: Schwacher Vertrag für Drucker, gar keiner für Journalisten

Die Schweizer Druckereibesitzer und Verleger fahren einen harten Konfrontationskurs. Beide Arbeitgeberverbände, in denen weitgehend die gleichen Betriebe organisiert sind, haben die Gesamtarbeitsverträge gekündigt. Jetzt stehen die Drucker mit teils schlechteren Bedingungen da – die Journalisten haben gar keinen Gesamtarbeitsvertrag mehr.

Sicher, ein Mindestlohn von umgerechnet fast 2.900 Euro für einen Druckfachmann klingt auf den ersten Blick nicht schlecht. Nur: die angeblich guten Schweizer Löhne täuschen. Das völlig anders organisierte Steuer- und Krankenversicherungssystem lässt das Geld wie Butter in der Sonne schmelzen: Die Schweiz kennt bei der Krankenversicherung Kopfprämien, unabhängig von der Höhe des Einkommens. Und die machen rasch einmal 190 Euro im Monat aus und sie steigen jedes Jahr um 5 Prozent. Dabei deckt die Versicherung nicht einmal den Zahnarzt, den müssen die Schweizer aus der eigenen Tasche berappen. Und die Steuern, die ebenfalls persönlich bezahlt werden müssen und nicht direkt vom Lohn weg gehen, sind nicht etwa tiefer als in Deutschland.

Kein Streikverzicht

Immerhin: Den Arbeitgebern der Druckindustrie konnten die Mediengewerkschaft »comedia« und der christliche Arbeitnehmerverband »syna« wenigstens noch einen Vertrag abringen. Monate lang war verhandelt worden und schon zum Auftakt kam es zum ersten Eclat: Die Arbeitgeber wollten anfänglich nur dann am Tisch sitzen bleiben, wenn die Gewerkschaftsseite einen Streikverzicht unterschreibe. Kommt nicht in Frage, war die Reaktion, und die Gewerkschaften setzten sich durch. Kraftvolle Kundgebungen brachten die Bosse zum Einlenken.

Doch in der Sache blieben die Unternehmer hart. Schließlich war man Mitte

September bei einem eher schlechten Kompromiss angelangt: Die geforderte allgemeine Lohnerhöhung von 200 Franken (= 133 Euro) pro Monat für alle gibt es nicht, auch nicht den automatischen Teuerungsausgleich für die kommenden Jahre. Die Mindestlöhne werden aber in drei Stufen bis 2008 leicht erhöht. Die schlecht bezahlten Un- und Angelernten werden dabei erst im Jahr 2008 die in der Schweiz von den Gewerkschaften als Minimallohn bezeichneten 3300 Franken (= 2200 Euro) erreichen. Ursprünglich hatte die Gewerkschaft 3500 Franken als Mindestlohn gefordert. Die Fachkräfte ab dem 5. Berufsjahr kommen ab 2008 auf ein Minimum von 4375 Franken (= 2916 Euro). Doch den bescheidenen Lohnerhöhungen stehen höhere Abzüge gegenüber. Während bisher die Vertragsbetriebe für die Rückversicherung kranker Mitarbeiter die Taggeldversicherung selbst finanzierten, müssen sich nun die Mitarbeiter daran zur Hälfte beteiligen. Das frisst die Lohnerhöhungen gleich wieder auf. Auch das schwer durchschaubare System der Nacht-, Feiertags- und Schichtzuschläge wurde verschlechtert. Der von den Gewerkschaften geforderte Kündigungsschutz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über 60 lehnten die Arbeitgeber ebenso ab, wie die vollständige Lohngleichheit für Frauen und Männer. Und noch eine Kröte musste die Gewerkschaft schlucken: Der Vertrag wird vorerst nicht – wie der alte – allgemein verbindlich erklärt. Betriebe außerhalb des Arbeitgeberverbandes sind damit nicht an die Vertragsbestimmungen gebunden.

Zähneknirsch stimmten die Gewerkschaftsmitglieder diesem Vertrag zu. Allerdings hatte es zuvor harte Diskussionen gegeben. Während die Mehrheit lieber diesen Spatz in der Hand als die berühmte Taube auf dem Dach – sprich gar keinen Vertrag – wollte, kam vor allem aus dem französisch sprechenden Teil der Schweiz zuerst ein Nein. Das schlechte Resultat hinterlasse doch einfach nur den Eindruck, die Gewerkschaft sei unnütz. Diesen Eindruck müsse man korrigieren, nötigenfalls mit Streiks. Doch die Befürworter der Vertragsrevision setzten sich dann doch durch: Wenigstens sei die vollständige Deregulierung der Arbeitszeit mit der von den Unternehmern geforderten Einführung der Jahresarbeitszeit abgeblockt worden und die Mitfinanzierung der Krankentaggeldversicherung sei zwar



Fotos: Margareta Sommer

ein Rückschritt, dafür werde aber das Taggeld auf den vollen Lohn aufgestockt. Dazu komme, dass mächtige Streiks kaum zu organisieren seien, weil die Mobilisierung nach der seit Jahren anhaltenden Druckereikrise schwierig geworden sei. Manch ein Mitarbeiter behält lieber zu schlechten Bedingungen seinen Arbeitsplatz, statt beim Arbeitsamt anstehen zu müssen. Und der Blick auf die noch viel radikaleren Verleger-Forderungen aus der Deutschen Nachbarschaft mit längeren Arbeitszeiten bei gleichem Lohn und der Versuch, Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu streichen, zeigten, dass der Schweizer Vertrag noch vergleichsweise gut sei.

Trotzdem sind nun »comedia« und »syna« gefordert: Die Gewerkschaften wollen vor allem verhindern, dass die nicht dem Arbeitgeberverband angehörenden Betriebe ausscheren und Personal zu Dumpinglöhnen beschäftigten. Außerdem ist noch nicht sicher, ob die Arbeitgeberseite dem Vertrag zustimmt. Die Frist läuft am 24. November ab.

Journalisten gucken in die Röhre

Während für die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen in den Druckereien der Manteltarifvertrag zwar nicht verbessert, aber wenigstens aufrecht erhalten werden konnte, stehen die Journalistinnen und Journalisten und das technische Redaktionspersonal in der Schweiz seit

► <http://>

Im Internet gibts herunterladbare Signete zu den Aktionen:
www.comedia.ch/gav/downloads.php3
www.comedia.ch/gavpresse/downloads.php

dem 1. August ganz ohne Vertrag da. Die Arbeitgeberseite hatte den Journalistenvertrag schon im Frühjahr 2003 gekündigt und dann die Verhandlungen um Monate herausgezögert. Als man sich endlich traf, erlebten die Journalisten die gleiche Situation wie die Kollegen vom Druck: Auch hier wollten die Bosse nur verhandeln, wenn zuerst ein Streikverzicht unterschrieben werde. Diese Verhandlungseröffnung – aber auch in den folgenden Runden – machte klar: Obwohl es sich formell um zwei verschiedene Arbeitgeberverbände der Druckindustrie und der Verleger handelt, wird hinter den Kulissen

alles abgesprochen. Die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger wollten vor allem eines nicht: weiterhin Mindestlöhne im neuen Branchenvertrag. Diese Weigerung führte bei den Journalisten zwar zu verschiedenen Protestaktionen, aber nie zum Streik.

■ **Verhandlungen geplatzt**

Und so hatte es die Arbeitgeberseite relativ leicht, die Verhandlungen letztlich platzen zu lassen. Und alle inzwischen durchgeführten Flugblattaktionen, Petitionen und Unterschriftensammlungen waren erfolglos. Der bürgerliche Berufsverband der Journalistinnen und Journalisten, »impressum«, und die Medien-gewerkschaft »comedia« haben die Mobilisierung in den Redaktionen nicht wirklich geschafft, eine Wirkung bleibt bisher aus. Die Schweizer Kollegen haben bisher noch nicht jenen Aktionsgrad erreicht, wie ihn die deutschen Kollegen anfangs des Jahres zustande brachten.

Die Verbände rufen die Journalistinnen und Journalisten auf, wachsam zu sein, denn nun drohen Änderungskündigungen und verschlechterte Anstellungs-

bedingungen. Der frühere Gesamtarbeitsvertrag hatte – im Vergleich zu den Mindestbestimmungen im Arbeitsrecht – eine großzügigere Urlaubsregelung, längere Kündigungsfristen und vor allem Mindestlöhne festgeschrieben. Nicht zuletzt droht nun ein Lohn- und Honorarabbau. So schnell wird es in der Schweiz auch keinen neuen Branchenvertrag mit den Verlegern mehr geben – mindestens so lange nicht, wie die Arbeitgeberseite nicht ihren Verhandlungsleiter auswechselt. Der Verbandspräsident persönlich, ein Druckereibesitzer mit regionalem Monopol aus Chur im Kanton Graubünden, hat seinen Verband fest im Griff. Am letzten Kongress ließ er handstreichartig über die Einführung eines verbandseigenen »Sozialdepartements« abstimmen, eine Einrichtung, die sich der Vertragsfragen annehmen soll. Damit hatte der Präsident verhindert, dass auf dem Kongress über einen neuen Vertrag mit den Journalisten diskutiert werden konnte. Ein paar Verleger räumten post festum ein, sie hätten das Manöver erst im Nachhinein durchschaut.

René Hornung, Freier Journalist, Pressebüro St. Gallen, Mitarbeiter von m, der Zeitung von comedia ■

Schweizer Redakteure beim Warnstreik – Verleger bleiben stur



▶ **Aktion für Mas'oud Hamid, Syrien**



amnesty
international
Postfach
53108 Bonn
Tel.: 0228/98 37 30
www.amnesty.de

ver.di
Bundesverwaltung
Paula-Thiede-
Ufer 10
10179 Berlin
www.verdi.de

Menschen Machen
Medien-Redaktion
karin.wenk@
verdi.de

Fünf Jahre Haft für Nutzung des Internets

Das Oberste Staatssicherheitsgericht in Damaskus kannte keine Gnade: Die Richter verurteilten den Journalistikstudenten Mas'oud Hamid am 10. Oktober zu fünf Jahren Haft. Sie befanden den Angeklagten der „Mitgliedschaft in einer geheimen Organisation“ sowie des Versuchs, „Teile des syrischen Staatsgebiets abzuspalten und einer ausländischen Macht zu übergeben“ für schuldig. Anklagen dieser Art werden häufig gegen politisch aktive Kurden vorgebracht, um sie mundtot zu machen.

So offenbar auch im Fall Mas'oud Hamids, der an der Universität Damaskus Journalismus studiert. Er wurde bereits am 24. Juli vergangenen Jahres festgenommen, nachdem er Fotos auf mehreren Internetseiten verbreitet hatte, darunter auf der von Deutschland aus betriebenen Adresse www.amude.com. Es handelte sich dabei um Fotos einer Demonstration vom 25. Juni 2003, auf der Menschenrechte für die kurdischen Syrer gefordert worden waren. Neben Hamid sind in diesem Jahr bereits mehrere Personen in Syrien im Zusammenhang mit der Nutzung des Internets vor Gericht gestellt und verurteilt worden. amnesty international betrachtet sie als gewaltlose politische Gefangene, die lediglich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch genommen haben.

Die Menschenrechtsorganisation hat bereits mehrfach die Gerichtsverfahren kritisiert, die vor dem Obersten Staatssicherheitsgericht Syriens stattfinden. Angeklagte haben nur sehr eingeschränkt Zugang zu einem Rechtsbeistand, gegen Urteile können keine Rechtsmittel eingelegt werden. Die Prozesse sind weder als unabhängig noch als unparteiisch zu bezeichnen. Mas'oud Hamid

wird zur Zeit ohne Kontakt zur Außenwelt im Gefängnis 'Adra bei Damaskus inhaftiert. Er ist in Gefahr, gefoltert zu werden.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie auf Arabisch, Englisch oder Deutsch an Syriens Staatschef und fordern sie die sofortige und bedingungslose Freilassung des Journalistikstudenten Mas'oud Hamid. Dringen Sie zudem darauf, dass in Syrien künftig das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit geachtet werden.

Schreiben Sie an:

His Excellency Bashar al-Assad
President of the Republic
Presidential Palace
Abu Rummaneh
al-Rashid Street
Damascus
SYRIEN
Telefax: 009 63 – 11 – 332 34 10

Senden Sie eine Kopie an:

Kanzlei der Botschaft
der Arabischen Republik Syrien
Herrn Mhd. Najdat Shaheed
Rauchstraße 25
10787 Berlin
Telefax: (030) 50 17 73 11

Mas'oud Hamid



Nur noch wenig Glasnost

Medienrecht in Mittel- und Osteuropa – Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis

Journalisten aus dem In- und Ausland, Vertreter von Berufsorganisationen, Medienwissenschaftler und Juristen diskutierten am 21. und 22. Oktober an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder über die Verwirklichung der freien Meinungsäußerung entsprechend Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und den freien Zugang zu Informationen in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

Ein Schwerpunkt der Medienrechtstage, die von der Universität zum dritten Mal gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) organisiert wurden – waren Situations- und Erfahrungsberichte zu den Möglichkeiten der Einflussnahme durch unabhängige Journalistenorganisationen auf die Presse- und Meinungsfreiheit in ihren Ländern.

Zurzeit befindet sich Russland in einer Situation, wo sich auf dem Sektor Information zwei Tendenzen abzeichnen, legte Alexej Simonow vom Fonds zur Verteidigung der Medienfreiheit aus Moskau dar. Zum einen seien noch Initiativen der Regierung zu mehr Offenheit spürbar, fixiert im Gesetzesentwurf „Zur Gewährleistung des Zugangs zu Informationen, über die Tätigkeit der staatlichen Organe und der Organe der örtlichen Selbstverwaltung“. Wobei der Entwurf noch immer auf seine Verabschiedung durch die Duma wartet. Eine andere Tendenz zeigt Autokratie und einen Informationstotalitarismus auf, mit dem in den letzten vier Jahren ein machtvolles staatliches Propagandainstrument geschaffen wurde. Die sechs wichtigsten Fernseh-Kanäle sind unter Kontrolle des Staates oder von Strukturen, die eng mit ihm verflochten sind. In einem solchen System ist der Zugang zu Informationen schon von innen heraus begrenzt, da genüge es, nur die Liste von Verboten zu lesen, die den Korrespondenten auferlegt werden. Überreste von Glasnost, so Simo-

now, ließen sich nur noch in einigen Printmedien wiederfinden, die sich auf eine Größenordnung von insgesamt höchstens 800.000 Exemplaren beschränken, darunter fünf bis sechs für die gesamte Föderation erscheinende Zeitungen und Zeitschriften und einige Dutzend Provinzzeitungen mit geringer Auflage.

Trotz eines gültigen Schengen-Visums nicht zur Konferenz anreisen durfte Dinko Gruhonjic von der Beta News Agency Belgrad, der den Teilnehmern jedoch sein Referat zur Verfügung stellte. Darin stellt er fest, dass sich die Erwartung von politischen Veränderungen in Serbien nach dem Sturz von Milosevic im Oktober 2000 und die Hoffnungen auf eine Anpassung der Mediengesetzgebung an internationale Standards nicht erfüllt haben. Neben Mazedonien sei Serbien das einzige südosteuropäische Land ohne ein Gesetz über den freien Informationszugang. Gewiss, so Gruhonjic, würde die Verabschiedung eines solchen Gesetzes in Serbien von Bedeutung sein, doch müsse es sich in der Praxis bewähren. Auch in diesem Fall treffe der alte Slogan zu, dass Freiheit erobert sein wolle. Denn, selbst wenn alle modernen Mediengesetze verabschiedet würden, bedeute dies noch nicht automatisch eine Veränderung der Mediensituation, zumindest nicht so lange, wie Journalisten den Druck der Politiker fürchten anstatt umgekehrt.

In fast allen Verfassungen der Transformationsstaaten Ost- und Südosteuropas würden Meinungs- und Medienfreiheit „garantiert“ ohne, dass in diesen Staaten von durchgängiger freier und unabhängiger Berichterstattung die Rede sein kann,

so Dietrich Schlegel, Vorstandssprecher von Reporter ohne Grenzen. In mindestens sieben Staaten Südosteuropas: Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Moldowa, Rumänien und Slowenien, auch in Albanien und Kroatien gibt es entsprechende Gesetze. Doch wie steht es in der Praxis mit der Medienfreiheit? Schlegel führt das Beispiel Kroatien an, aussichtsreicher Anwärter auf eine baldige Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Das kroatische Rechtssystem schütze zwar die Rechte der Journalisten weitestgehend. Bei ihrer täglichen Arbeit stoßen die kroatischen Journalisten jedoch auf zahlreiche Schwierigkeiten, wenn sie zum Beispiel bei Regierungsstellen Informationen erhalten wollen.

Alexej Lasarow von der Redaktion „Capital“ aus Sofia hatte eine gegen das Pressebüro des Ministerrats gerichtete Klage auf Herausgabe von Informationen eingereicht. Eine nicht erwartete Folge war die Verschärfung der Ausführungsgesetze zum „Public Information Act“, nämlich der Gesetze zum Schutz klassifizierter, also geheimer Informationen und zum Schutz persönlicher Daten. Auch für Bulgarien sei hier eine große Lücke und die Tendenz der Exekutive und Legislative von der nationalen bis zur lokalen Ebene, besonders auch aus dem Justizapparat, zur Missachtung der gesetzlichen Informationspflicht zu vermelden. Nur öffentlicher Druck könne Verbesserungen bewirken. In Bulgarien befasst sich damit eine spezielle Nichtregierungsorganisation mit dem programmatischen Namen „Access to Information Programme“. Eine positive Initiative auch für andere, da sich in Ost- und Südosteuropa trotz lokaler und nationaler

Foto v.l.n.r.: Michael Klehm, Deutscher Journalistenverband; RA Dr. Johannes Weberling, Lehrbeauftragter der Viadrina;

Prof. Michail Fedotow, Sekretär des Russischen Journalistenverbandes; Mircea Toma, Direktor Agentur für Medienbeobachtung, Bukarest.



Unterschiede, diese Probleme gleichen. Außerdem sehen sich investigativ arbeitende Journalisten in allen Ländern der Region massiven Bedrohungen für Leib und Leben ausgesetzt, wenn sie versuchen in mafiöse Strukturen einzudringen, vor allem wenn die, wie so häufig, mit politischen Strukturen verfilzt sind. Polizei und Ermittlungsbehörden fassen die Täter und ihre Auftraggeber selten und falls doch, verlaufen die Gerichtsverfahren im Sand.

Wiederholt angesprochen wurde auch die Pervertierung der Gesetze über Verleumdung und Diffamierung von insbesondere staatlichen Funktionsträgern. Ein großer oder kleinerer Funktionär, aber

auch ein Gangsterboss kann sich mit Hilfe dieser Gesetze gegen journalistische Enthüllung und Kritik zur Wehr setzen und bekommt in der Regel Recht. Journalisten und Verleger dagegen werden zu hohen Geldstrafen, in einigen Ländern sogar zu Haft oder Arbeitslager, verurteilt. In einigen Staaten, wie Prof. Fedotow, Sekretär des Russischen Journalistenverbandes berichtete, üben die Journalistenorganisationen Druck aus, damit solche Gesetze wenigstens aus dem Strafgesetzbuch in das Zivilrecht übernommen werden und somit investigative Berichterstattung nicht mehr als kriminelles Delikt verfolgt werden kann. Die verhängten Geldstrafen

sind enorm hoch und existenzbedrohend für die einzelnen betroffenen Kollegen, ganze Redaktionen und Verlage. Das aktuelle Beispiel: Am 20. Oktober wurde das Verlagshaus von „Kommersant“ gerichtlich zu einer Zahlung in Höhe von umgerechnet 11 Millionen Dollar als Schadensersatz an die „Alpha-Bank“ für einen Beitrag über die russische Bankenkrise im Sommer dieses Jahres verurteilt. „In unserem politischen Regime kann man machen was man will und mit wem man es will,“ so Michail Fedotow zu diesem in der Größenordnung bisher beispiellosen Urteil, das die Vernichtung der Zeitung zur Folge haben könnte. *Monika Struckow-Hamel* ■

Fotos: Monika Struckow-Hamel



Tatjana Melnitschuk hat beim staatlichen Rundfunk ihrer Heimat Belarus seit ihrer Entlassung 1994 Berufsverbot. Acht Jahre lang gab sie eine kleine, unabhängige Jugendzeitung heraus. Sie ist stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Unabhängigen Journalisten Belarusslands.

M | Die belorussische Verfassung garantiert jedem Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung. Auch der ungehinderte Zugang zu Informationen ist gesetzlich geregelt. Wie sieht die journalistische Praxis aus?

Das Gesetz „Über die Presse und die anderen Massenmedien“ behindert mich als Journalistin bei der Berufsausübung eher. So wird den Medien im Artikel 5 untersagt, zu nationaler und sozialer Intoleranz oder Feindschaft aufzustacheln. Das heißt, ich schreibe zum Beispiel über eine Demonstration und auch wie die Polizei auf Demonstranten einschlug. Dafür werde ich der Stiftung von sozialem Unfrieden beschuldigt. Einige unserer Zeitungen haben sich für das Recht der polnischen Minderheit im Westen des Landes auf ei-

Willkürliche Auslegung

Tatjana Melnitschuk, vom Verband der Unabhängigen Journalisten Weißrusslands über den Umgang mit dem Mediengesetz

gene Schulen und gesellschaftliche Organisationen eingesetzt. Sie wurden dafür der Anstiftung zu nationaler Feindschaft bezichtigt. Die Gesetzgebung untersagt den Medien außerdem, Informationen zu verbreiten, die die Ehre und Würde des Präsidenten sowie der Leiter von Staatsorganen verletzen. Auch hier muss dieser Paragraph erhalten, nach dem in der jüngsten Zeit eine Reihe von Journalisten zu Strafarbeit bzw. Haft verurteilt worden sind. Das Gesetz wird willkürlich angewandt und die Gerichte sind nicht unabhängig von denen, die die Macht haben.

M | Und wie sieht es mit dem freien Zugang zu Informationen aus?

Der wird mit diesem Mediengesetz eingeschränkt. So gibt es eine vom Ministerium für Justiz herausgegebene Liste mit politischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen gesellschaftlichen Vereinigungen. Ausschließlich bei diesen dürfen Journalisten Informationen einholen. Doch wer ist dort registriert? Zum Beispiel nur diejenige kommunistische Partei Belarusslands, die Lukaschenko unterstützt. Nicht zu finden ist zum Beispiel eine sehr aktive Jugendbewegung „Subr“, die unter anderem vor kurzem die großen Demonstrationen organisiert hat, oder die Bewegung „Junge

Front“ und ebenso eine Reihe von Menschenrechtsorganisationen, denen die Registrierung aberkannt wurde. Wenn der Name einer dieser Organisationen dann in einer unabhängigen Zeitung genannt wird, kann die Zeitung dafür belangt werden.

M | Was tut unter solchen Bedingungen der Journalistenverband?

Unser unabhängiger Verband besteht jetzt seit fast zehn Jahren und ist vor allem auf juristischem Gebiet sehr aktiv und hat ein Zentrum zum Schutz der Journalisten. Dieses Zentrum beauftragt Rechtsanwälte bei Prozessen gegen einzelne Kollegen oder Medien, publiziert einschlägige juristische Fachliteratur und unterrichtet Kollegen, wie sie im Rahmen der vorhandenen Gesetze und Verordnungen agieren können. Wie auch sonst bei uns existieren parallel zwei Organisationen: ein Journalistenverband als Überbleibsel der Sowjetzeit, der die Machthaber stets unterstützt und nie mit ihnen in Konflikt gerät, und unser unabhängiger Verband. Dieser war ursprünglich für die Kollegen in den unabhängigen Medien gedacht. Heute gehören ihm aber auch fast die Hälfte aller Journalisten der staatlichen Medien an.

Interview: Monika Struckow-Hamel ■

Im Schnellverfahren

Iran: Verletzung von Menschenrechten auf der Tagesordnung



Der Journalist Emadeddin Baghi (links) im Gespräch mit dem Autoren.

Der Staat Iran ist ängstlich, weil er sich schwach fühlt. Iran kehrt nach der Niederlage von Staatspräsident Chatami zurück zu massiver Einschüchterung und Verhaftung von Journalisten, zu Repressalien von Bürgern, die ihre Meinung frei äußern. 90 Zeitungen wurden verboten.

Das Europäische Parlament in Straßburg forderte Ende Oktober die UNO auf, die zunehmende Verletzung der Menschenrechte einschließlich der Medien- und Meinungsfreiheit im Iran zum Thema einer ihrer Vollversammlungen zu machen. In der Resolution prangerten die Abgeordneten die Vollstreckung der Todesstrafe an Minderjährigen und den „kriminellen Umgang mit freien Meinungsäußerungen“ an. Sie forderten, verhaftete Journalisten freizulassen und die Verfahren gegen sie umgehend einzustellen. Unter anderem wurde das Reiseverbot gegen verschiedene Bürger wie den Reformjournalisten Emadeddin Baghi verurteilt. Das Militär hatte Baghi am Einsteigen in ein Flugzeug gehindert. Er war von Menschenrechts- und Journalistenverbänden in den USA, Kanada und Deutschland eingeladen worden.

■ Mafiastrukturen und Willkür

Baghi ist inoffizieller Chefredakteur der iranischen Tageszeitung Jomhuriat (Republikaner), deren Erscheinen in der Hauptstadt Teheran seit Monaten verhindert wird. Und auch für das neue Jahr zeichnet sich noch keine Veränderung ab. Jomhuriats Leitartikel prangern die Mafiastrukturen und Willkür das System der Walayat-e Faghi (Herrschaft der Geistlichen) an.

Es war Sommer als das Telefon der Tageszeitung Jomhuriat klingelte, nachdem das Blatt erst seit 14 Tagen erschienen war. Eine nicht unbekannt Stimme am anderen Ende der Leitung forderte vom Herausgeber Jawad Khorami Moghadam den unverzüglichen Stopp des Erscheinens seines Blattes. Es gab kein offizielles Verbot und es lag auch kein gerichtliches Urteil vor. Nein, der Anrufer war Generalstaatsanwalt Said Mortazawi, bekannt als „Pressekiller“. Seine Methode ist: Die Behinderung der journalistischen Arbeit im Schnellverfahren. Die Zeitung darf auf seine persönliche Anweisung hin bis heute nicht erscheinen. Die siebzigköpfige Redaktion arbeitet wie auf Abruf, es werden aktuelle Artikel geschrieben, die sofort gedruckt werden könnten. Trotz des inoffiziellen Verbots wurde jedoch bisher keiner der Journalisten entlassen.

Auch in anderen iranischen Medien wissen die Journalisten bei ihrer täglichen Arbeit niemals, ob es ein Morgen gibt oder ob sie ihrer Artikel wegen verhaftet werden! Viele Zeitungen beschäftigen Juristen, die die Artikel vor ihrer Veröffentlichung daraufhin durchforsten, ob Klage gegen die Autoren erhoben werden kann.

Generalstaatsanwalt Mortazawi weiß, dass Emadeddin Baghi hinter Jomhuriat steht. Der 44jährige Baghi, ehemals begeisterter Anhänger Ajatollah Chomeinis, zur Zeit Freund des abtrünnigen Ajatollah Montazeri, ist heute einer der „gefährlichsten“ Reformjournalisten des Iran. Baghi studierte nach der Islamischen Revolution 12 Jahre lang islamische Theologie. Er hat seine journalistische Tätigkeit im Jahre 1993 bei der Zeitung Salam begonnen und war

Herausgeber und Redakteur von sieben, inzwischen verbotenen, Zeitungen (Yad, Jamee, Toos, Khordad, Neshat, Asreazadegan und Fath). Derzeit läuft gegen ihn ein Prozess, weil er in seinem Buch „Die Tragödie der Demokratie im Iran“ die Hintergründe der Mordserie an Dissidenten und Schriftstellern und die Machenschaften der Geheimdienste enthüllt hat.

Er betrachte sich nicht als Politiker, sondern sehe die Politik als Gegenstand seiner Arbeit, so Baghi. Mit seinem Artikel gegen die Todesstrafe in der iranischen Gesellschaft machte er sich „schuldig“. Das Revolutionsgericht verurteilte ihn zu 7,5 Jahren Gefängnis. Dieses wurde später auf drei Jahre durch das Revisionsgericht verringert. Im Gefängnis kam er mit den Folterpraktiken des islamischen Regimes in Berührung. Das führte zur Gründung eines Komitees zur Verteidigung der Gefangenen im Iran, das von 63 namhaften Persönlichkeiten unterstützt wird. Viele der Mitinitiatoren waren selbst lange Zeit inhaftiert und haben noch Folterspuren.

■ Engagement gegen Folter

Der Umgang mit allen Gefangenen sei ausnahmslos inhuman. „Man sollte sich nicht nur für politische Gefangene einsetzen,“ sagt er. Außerdem bestreite die iranische Regierung, dass es politische Gefangene gebe. Doch dies liegt hauptsächlich daran, dass es per Gesetz keine eindeutige Definition gibt. Die mehr als 140.000 Gefangenen im Lande werden generell zusammengelagert. Die Justiz verpflichtet niemanden, die Verhaftungen zu begründen. Manche Häftlinge sitzen monatelang im Gefängnis, ohne dass es zu einem Prozess kommt. Baghi arbeitet daran, den Gefangenen und ihre Familienangehörigen über deren Rechte zu informieren, ihnen finanziell beizustehen und die Anwaltskosten zu übernehmen. Dies geschieht mit Hilfe von Spenden und durch die Unterstützung prominenter Mitglieder seines Komitees.

Im Iran herrscht ein Staat im Staat. Einerseits besetzt genau jenes Lager die Machtposten, welches gegen eine Ausprägung der Zivilgesellschaft ist. Stets stehen den Reformen konservative Traditionalis-

ten gegenüber, die eine Demokratisierung blockieren. Besonders die Judikative gilt derzeit als eindeutig regimeabhängig, welches die Demokratisierung des Systems immer wieder untergräbt. Baghi weiß auch, dass Staatspräsident Chatami mit seinem Vorhaben, eine Zivilgesellschaft aufzubauen, gescheitert ist und, dass dies auch zu einer starken Enttäuschung innerhalb der Bevölkerung führte. Dennoch seien Reformgedanken zum festen Bestandteil der iranischen Gesellschaft geworden ist. Er ist überzeugt, dass sie in den Köpfen und Gefühlen der iranischen Bürger trotz aller Repressalien Platz gefunden haben. *Kambiz Behbahani* ■

Online-Journalisten im Iran verhaftet

TEHERAN. Am 18. Oktober wurde im Iran der fünfte Online-Journalist innerhalb von zwei Monaten verhaftet. Aus Protest gegen diese Welle der Unterdrückung haben sich große Internet-Nachrichtenseiten Europas mit Reporter ohne Grenzen zusammengeschlossen, um ihre iranischen Kollegen zu unterstützen. Sie fordern die Freilassung von Shahram Rafihzadeh, Hanif Mazori, Rozebeh Mir Ebrahimi, Omid Memarian und Javad Gholam Tamayomi. „Wir erklären uns mit unseren iranischen Kollegen solidarisch. Sie wurden verhaftet, nur weil sie ihren Beruf ausgeübt haben“, erklärten die europäischen Medien. „Da das Internet eine grundlegende Informationsquelle ist, gehört der bedingungslose Schutz der Internet-Journalisten und Online-Publikationen zur Verteidigung der Meinungsfreiheit.“

Alle fünf betroffenen Journalisten arbeiten für reformorientierte Internetzeitungen. Die iranische Regierung wirft ihnen vor, Propaganda gegen das Regime verbreitet und die nationale Sicherheit bedroht zu haben. Rechtsbeistand wurde ihnen verweigert; ebenso wie der Kontakt zu ihren Familien. Neben den Journalisten wurden rund 20 weitere Internetaktive verhaftet. Zudem ist der Zugang zu dutzenden Internetzeitungen und politischen Diskussionsforen blockiert. *rog* ■
Bericht „Surveillance of the Internet“ von Reporter ohne Grenzen unter http://www.rsf.org/article.php3?id_article=10733

Kameramann von Reuters im Irak getötet

BERLIN/PARIS. Reporter ohne Grenzen und Reuters fordern die US Armee im Irak auf, die Todesumstände des irakischen Journalisten Dhia Najim genau zu untersuchen. Najim, der als freier Kameramann für die Nachrichtenagentur Reuters arbeitete, wurde am 3. November unter bisher ungeklärten Umständen in Ramadi, westlich von Bagdad, erschossen. Damit steigt die Zahl der seit Kriegsbeginn im März 2003 im Irak getöteten Journalisten und Medienmitarbeiter auf mindestens 46.

Laut US Armee filmte der 47-jährige Najim in Ramadi Kämpfe zwischen US Marines und irakischen Rebellen, als er von einem Schuss am Hals tödlich getroffen wurde. Die US Armee teilte mit, dass sie Filmmaterial in Najims Kamera fand, auf dem Rebellen einen Angriff auf die Koalitionskräfte vorbereiten. Reuters hingegen erklärte, sie habe Aufnahmen, die Najims Tod durch einen Heckenschützen zeigten. Es gäbe auf den Bildern keine Anzeichen dafür, dass Najim sich inmitten eines bewaffneten Kampfes befand. Reuters weist zudem auf Pressebilder vom 31. Oktober hin. Sie zeigen, wie Heckenschützen der US Marines in Ramadi Stellung nehmen. Die Nachrichtenagentur schließt aus, dass Najim Verbindungen zu Rebellen gehabt haben könnte. Najims Kollegen und seine Familie gehen davon aus, dass der Kameramann von US Soldaten getötet wurde. *rog* ■

Journalismus aktuell

ABP, München. 15./16. Februar: Presserecht. 14. Februar: Presserecht im Internet.

ABZV, Bonn. 11. Februar in Berlin: Datenschutz in Redaktionen – freiwillige Selbstkontrolle.

AFP, Hamburg. 10. Januar: CAR – Recherche intensiv & investigativ. 31. Januar: Themen finden.

MAK, Köln. 25./26. Januar: Online-Recherche.

Journalistische Themen

ABP, München. 9. bis 11. Februar: Wissenschaftsjournalismus.

ABZV, Bonn. 24./25. Januar in Blaubeuren: Der Haushalt der Gemeinde. 26. Januar in Stuttgart: Nutzwertjournalismus.

Journalistische Formen

ABP, München. 24. bis 28. Januar: Sportjournalismus. 2. bis 4. Februar: Kommentar. 9. bis 11. Februar: Glosse. 14. bis 18. Februar: Interview.

BZ, Nürnberg. ab 13. Januar (6 Ter-

mine), ab 27. Januar (6 Termine): Journalismus-Führerschein – Meldung, Reportage, Kritik, Glosse.

CMA, Wetzlar. 4. bis 5. Februar: Workshop Nachricht und Bericht.

FAZ, Frankfurt/Main. 25. bis 27. Januar: Grundlagen des journalistischen Schreibens.

PFA, Frankfurt/Main. 22. Januar: Textwerkstatt für Print und Radio.

Journalismus online

MAK, Köln. 9./10. Februar: Online Konzeption II.

MFG, Stuttgart. 12. Januar: Erfolgskontrolle im Web – Logfiles verstehen und auswerten.

WOMAN, Frankfurt/Main. 13. Januar: Schreiben für Online-Medien 3. 14. Februar: Newsletter im Internet. 16. Februar: Schreiben für Online-Medien 2.

Volontäre

ABP, München. 10. bis 21. Januar: Grundkurs I Zeitung. 24. Januar bis 4. Februar: Grundkurs II Zeitung. 17. bis 28. Januar: Grundkurs I Zeitschrift.

14. bis 25. Februar: Grundkurs II Zeitschrift.

ABZV, Bonn. 10. bis 21. Januar: Aufbaukurs AK I. 24. Januar bis 4. Februar: Grundlagen journalistischer Arbeit A 1. 14. bis 25. Februar in Stuttgart: Grundlagenseminar 1.

AFP, Hamburg. 3. bis 28. Januar und 31. Januar bis 25. Februar: Kompaktkurs für Print-Volontäre.

APB, Tutzing. 24. bis 28. Januar: Die Kunst des Fragens – Interviewtraining für Volontäre.

IFP, München. 27. Februar bis 11. März in Ludwigshafen: Grundkursus II für Volontäre an Tageszeitungen.

JHB, Hagen. 17. Januar bis 11. Februar: Volontärsseminar. 17. bis 28. Januar: Pressestellen-Journalismus (Volontärsseminar).

RTL, Köln. 15./16. Januar und am 12./13. Februar: Praktikums-TV-Workshop – Auf dem Weg zum Volontariat.

Fotografie

JA, München. 11. bis 13. Februar: Digitale Bildbearbeitung.

Hörfunk

DHA, Dortmund. 17./18. Januar: Sprech-Training. 24. bis 26. Januar:

Crash-Kurs Moderation für Anfänger/-innen. 27./28. Januar: Crash-Kurs Moderation für Anfänger/-innen II. 27./28. Januar: Live Kick – Moderation vor Publikum Teil I.

NPR, Berlin. 27. Januar und 3./10./17./24. Februar: Praxisseminar Hörfunk.

PFA, Frankfurt/Main. 15. Januar: Sprechen und präsentieren vor dem Mikrofon. 12. Februar: Das Kollegengespräch – Trainingsworkshop.

NPR, Berlin. 27. Januar und 3./10./17./24. Februar: Praxisseminar Hörfunk.

Film & TV

ABP, München. 11. bis 14. Januar: Fernsehbeiträge texten.

AFP, Hamburg. 3. Februar: Berufsfeld Moderation.

CMA, Wetzlar. 11. bis 13. Februar: Crashkurs TV.

DHA, Dortmund. 11./12. Februar: Grundlagen des Fernsehjournalismus.

DWH, Hamburg. 14. bis 16. Januar: Dialoge – wie transformiert man die gesetzten Fakten einer Szene in Handlungen und Dialoge. 28. bis 31. Januar: Arbeit mit Schauspielern.

11. bis 13. Februar: Arbeit mit Schauspielern.

FHF, Frankfurt/Main. 15./16. Januar: Producing. 20. Januar: Kontakte – Westend Film & TV Produktion GmbH. 21. bis 23. Januar: Regieassistenten.

MUK, Hamburg. 8./9. Januar in Berlin: Exposéberatung. 14. bis 16. Januar: Einführung in das Drehbuchschreiben. 29./30. Januar: Dogma Film. 3. bis 6. und 17. bis 20. Februar und 3. bis 6. März und 1. bis 3. April in Berlin und 17. bis 20. März in Hamburg: Fortbildung Regieassistenten in 8 Modulen.

Film- & TV-Technik

CMA, Wetzlar. 28. bis 30. Januar: Basiskurs Videoschnitt.

FHF, Frankfurt/Main. 29. Januar: Digitaler Bildschnitt mit AVID Media-composer. 4. bis 6. Februar: Lichtgestaltung in der Praxis.

MAK, Köln. 25./26. Januar: Kamera-training.

MUK, Hamburg. 8./9. Januar: Kameraeinführung. 22./23. Januar: Licht für Film/Video.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 20. bis 22. Dezember: Gesprächsführung und Diskussions-

Impressum

«M – Menschen Machen Medien» Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint monatlich (2004 ausnahmsweise mit vier Doppelnummern)

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) / Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26

Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76

E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien“, ver.di e.V., Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.

Anzeigenleitung: Bernd Heußinger Kornweg 21, 21445 Wulfsen Telefon 041 73/509 92-0 E-Mail: heussinger@verdi-anzeigen.de

Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 9a gültig ab 1.1.2004

Anzeigenschluss: Bitte Terminliste anfordern.

Anzeigenverkauf: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH Ansprechpartner: Michael Blum Tel: 030/255 94-150 Fax: 030/255 94-190 E-mail: blum@vorwaerts.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin Tel. 030/322 18 57

Titelbild: Hermann J. Haubrich, Stuttgart Tel. 0711/96 69 76-5

Druck und Vertrieb: alpha print medien AG (apm) Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

M im Internet ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. Archiv seit 03.1996): www.verdi.de/m

Jahresabonnement: 36,- € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711/700 15 30. Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk/Film/Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen: „Kunst & Kultur“ verantwortlich: Burkhard Baltzer „Druck + Papier“ verantwortlich: Henrik Müller 030/69 56 – 10 76

Redaktionsschluss: M 12/01.2005: 22.10.2004 M 02.2005: 22.12.2004

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

► Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: www.verdi.de/m

ABP Fon 089/49 99 92 – 0,
www.akademie-bayerische-presse.de

ABZV Fon 02 28/259 00 – 0,
www.abzv.de

AFP Fon 040/41 47 96 – 0,
www.akademie-fuer-publizistik.de

APB Fon 081 58/256 – 0,
www.apb-tutzing.de

BZ Fon 09 11/231 58 41,
www.bz.nuernberg.de

CMA Fon 063 31/745 95,
www.cma-medienakademie.de

DHA Fon 02 31/98 89 00,
www.hoerfunkakademie.de

DWH Fon 040/390 37 22,
www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de

FAZ Fon 069/75 91 – 20 76,
www.seminare-faz-institut.de

FHF Fon 063/13 37 99 94,
www.filmhaus-frankfurt.de

IFP Fon 089/54 91 03 – 0,
www.ifp-kma.de

JA Fon 089/167 51 – 06,
www.journalistenakademie.de

JHB Fon 023 31/365 – 600,
www.hausbusch.de

MAK Fon 02 21/57 43 72 00,
www.medienakademie-koeln.de

MFG Fon 0711/907 15 – 300,
www.mfg.de

MKZ Fon 022 24/955 – 129,
www.ksi.de

MUK Fon 040/39 90 99 31,
www.medienundkultur.hamburg.de

NPR Fon 030/68 30 20 90,
www.radiokurse.de

PFA Fon 069/92 10 72 22,
www.privatfunkagentur.de

RTL Fon 02 21/820 20,
www.rtl-journalistenschule.de

WOMAN Fon 069/74 30 98 63,
www.womanticker.net

leitung für Führungskräfte. 20. bis 22. Dezember: Erstellen einer virtuellen Bewerbungsmappe. 1. bis 3. Februar: Gesprächsführung und Moderation.

9. bis 11. Februar: Rhetorik.

ABZV, Bonn. 19. bis 21. Januar: Coaching: Neue Wege gehen – müssen.

DHA, Dortmund. 12. bis 14. Januar: Seminare leiten III – Special. 25. bis 27. Januar: Männliche Führungsrollen in den Medien – Coaching.

FAZ, Frankfurt/Main. 14./15. Überzeugend präsentieren. 15./16. Februar: Crashkurs Rhetorik.

MAK, Köln. 27. Januar: Kommunikation mit kleinem Budget. 14./15. Februar: Projektmanagement-by-experiences.

MFG, Stuttgart. 25. Januar: Dialektik und Körpersprache im Berufsleben. 26. Januar: Erfolgsbeteiligung von Mitarbeitern.

Public Relations

ABP, München. 10. bis 14. Januar: Public Relations. 17. bis 21. Januar: Sprache und redigieren für Pressestellen.

BZ, Nürnberg. 22. Januar: Vereinszeitungen, Jahresberichte, Festschriften. 4. Februar: Pressearbeit im Internet – Online Öffentlichkeit herstellen.

FAZ, Frankfurt/Main. 15. bis 18. Dezember: Texte für Folder und Broschüren. 25. bis 27. Januar: Grundlagen des journalistischen Schreibens. 1./2. Februar: Vertriebsunterstützende PR.

JA, München. 24./25. Januar: So bekommen Sie eine gute Presse.

MFG, Stuttgart. 18. Januar: Einsatz und Erstellung von Styleguides. 27. Januar: Kommunikationstraining für Öffentlichkeitsarbeiter. 3. Februar: Professioneller Bildeinsatz in der Unternehmenskommunikation. 8. Februar: Maggi, AEG und Co. –

Werbefilme der 20er bis 60er Jahre. **MKZ, Bad Honnef.**

10./11. Januar: Krisen-PR. 23./24. Januar: Non-Profi-PR – Modul 5.

26. Januar: Non-Profit-PR – Modul 4. 30. Januar: Non-Profit-PR – Modul 2.

Etcetera

Gütersloh. 9. bis 14. April: Einwöchiges Seminar für Wissenschaftsjournalisten der Bertelsmann-Stiftung in Berlin. Interessenten können sich bis 31. Dezember schriftlich bewerben. Details: www.bertelsmann-stiftung.de/medien/pdf/Infoblatt_Weiterbildungseminare_2005_het_04-09-22.pdf.

Brüssel. January 20, May 19, October 20, Dezember 15: A one-day seminar to understand EU Public Affairs. This one-day seminar is intended for professional associations, NGOs, companies, local and regional authority officials, students, and civil society wanting to get acquainted with the EU Institutions and their working system. To know more about the EIS Training Centre, its Faculty, and full range of Public and Customised programmes, visit the website at www.eustraining.be 66, Av. Adolphe Lacomblé B-1030 Brussels – Belgium, Fon +32 (0)2 737 77 46, Fax: +32 (0)2 732 75 25, E-Mail: info@eustraining.be.

Neu im Netz

Newsletter unter www.vgwort.de
Die VG Wort hat ihr Online-Angebot erweitert und bietet ab sofort kostenlos einen zweimonatlich erscheinenden Newsletter an. Abonnenten erhalten Mitteilungen und Berichte rund um das Thema Urheberrecht.

Interessenten können sich auf der Internetseite www.vgwort.de unter der Rubrik aktuell anmelden.

www.verdi-zentrale-seminare.de
Unter www.verdi-zentrale-seminare.de ist das zentrale Bildungsprogramm mit allen Hinweisen für 2005 abrufbar. Damit die vielfältigen Bildungsangebote von ver.di insgesamt besser zu finden sind, wurde www.verdi-bildungsportal.de eingerichtet. Hier werden nach und nach die Bildungsveranstaltungen aller ver.di-Gliederungen in die Seminaratenbank eingestellt oder zumindest im Portal verlinkt.

<http://idw-online.de>
Die Homepage des Informationsdienst Wissenschaft (idw) <http://idw->

online.de bekam nicht nur ein neues Design, sondern auch der Service hat sich verbessert. Jede Anmeldung ist nun verbunden mit einem kostenlosen Nachrichten-Abonnement, das nach Postleitzahl-Bereichen abgestimmt werden kann. Akkreditierte Journalisten erhalten idw-Meldungen mit Sperrfrist vorab. Bilder zu den Nachrichten können in ihrer ursprünglichen Auflösung herunter geladen werden.

termine

Journalismus

Auf gleicher Augenhöhe
BERLIN. „Auf gleicher Augenhöhe – Interkulturelle Öffnung als Zukunftsaufgabe“ lautet der Titel des erstmals ausgeschriebenen Medienpreises der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Landesverband Berlin. Kooperationspartner des AWO-Medienpreises ist die Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) in ver.di, Landesbezirk Berlin. Ausgezeichnet werden Beiträge, die sich in überzeugender Weise – am besten mit außergewöhnlichen Ideen – des Themas Interkultureller Öffnung annehmen. Die eingereichten Arbeiten sollen zur Offenheit und zum Austausch zwischen den Kulturen anregen. Der erste Preis ist mit 2.500 Euro, der zweite Preis mit 1.500 und der dritte Preis mit 1.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 31. März 2005. Die

vollständigen Ausschreibungsunterlagen sind im Internet unter www.awo-berlin.de und www.verdi.de/berlin-brandenburg/lbz abrufbar.

Kontakt: Arbeiterwohlfahrt, Medienpreis, Ute Wiepel, Blücherstraße 62, 10961 Berlin, E-Mail: ute.wiepel@awo-berlin.de.

Bewerbungsfrist verlängert

BERLIN. Die EU-Kommission hat die Frist für die Einsendung von Artikeln für den JournalistInnenpreis 2004:

„Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung.“ bis 31. Dezember 2004 verlängert.

Journalistinnen und Journalisten sind aufgerufen, Beiträge zum Thema Bekämpfung von Diskriminierung und Förderung von Vielfalt in der Arbeitswelt einzureichen. Den Gewinnern winken Reisestipendien. Weitere Info: www.stop-discrimination.info.

USA-Stipendien

BOCHUM. Aus Mitteln des John J. McCloy Fund des American Council on Germany stehen im Jahr 2005 wieder mehrere Reisestipendien für deutsche und amerikanische Journalistinnen und Journalisten zur Verfügung. Sie sollen die Gelegenheit erhalten, ihren Gesichtskreis zu erweitern, durch vorübergehende journalistische Arbeit für ihr Heimatmedium im anderen Land. Gleichzeitig sollen fruchtbare Kontakte mit dem Partner jenseits des Atlantiks geknüpft werden. Deutsche Kandidaten, die sich im Sommer/Herbst 2005 in den USA mit einem konkreten Rechercheprojekt näher journalistisch befassen und anschließend in ihrem Heimatmedium darüber berichten wollen, können sich um ein Stipendium bewerben. Das Reisestipendium umfasst drei Wochen. Es werden die Flugkosten, sowie Tages-Pauschalen für Unterkunft und Verpflegung übernommen. Vergeben werden vier Plätze. Die Bewerber sollen zwischen 25 und 35 Jahre alt sein. Bewerbungsschluss: 15. Januar 2005. Bewerbungen nur schriftlich: Ruhr-Universität Bochum, Institut für Medienwissenschaften, z.H. Prof. Dr. H.-D. Fischer, 44780 Bochum.

Gesunde Lunge

HANNOVER. Die Deutsche Lungenstiftung vergibt den Wilhelm und Ingeborg Roloff-Preis für vorbildliche journalistische Beiträge zur Lungenheilkunde, die zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 31. Dezember 2004 in deutscher Sprache veröffentlicht wurden. Der erste Preis ist mit 2.500

Euro und der zweite mit 1.500 Euro dotiert. Der Preis wird an Journalisten vergeben, die sich durch einen oder mehrere Beiträge in Presse, Büchern, Hörfunk und Fernsehen in hervorragender Weise mit aktuellen Entwicklungen der Lungenheilkunde beschäftigen. Bewerbungsschluss: 15. Januar 2005. Kontakt: Deutsche Lungenstiftung e.V., Herrenhäuser Kirchweg 5, 30167 Hannover, Fon 0511/215 51 10, Fax 0511/215 51 13, E-Mail: Deutsche.Lungenstiftung@t-online.de, Internet: www.lungenstiftung.de

Alternativer Medienpreis 2005

NÜRNBERG. Für den Alternativen Medienpreis 2005 können sich Journalisten bewerben, die für nichtkommerzielle Medien arbeiten oder für Medien, die sich aus den neuen sozialen Bewegungen entwickelt haben oder die mit ihrer Arbeit einen emanzipatorischen Beitrag geleistet haben. Ausgeschrieben ist der Preis in den Sparten Print, Radio, Online, Hörfunk. Insgesamt ist der Alternative Medienpreis 2005 mit 3.600 Euro dotiert. Einsendeschluss: 13. Februar 2005. Kontakt: Radio Z, Alternativer Medienpreis, Kopernikusplatz 12, 90459 Nürnberg, Internet: www.journalistenakademie.de/lesepr/amp2001.htm.

Hoffentlich Gesund

KIEL. Die Stiftung Gesundheit hat ihren Publizistik-Preis 2005 ausgeschrieben. Die Bewerber sollen gesundheitliches Wissen für Publikum und Patienten anschaulich vermitteln und Zusammenhänge transparent darstellen. Zugelassen sind Beiträge aus Zeitungen, Zeitschriften, Radio, Fernsehen, Multimedia, Internet, aber auch Bücher oder das Gesamtwerk von Publizisten. Die Auszeichnung ist mit 2.500 Euro dotiert. Einsendeschluss: 14. Januar 2005. Die Ausschreibungsunterlagen können direkt angefordert werden bei der Stiftung Gesundheit, Fax: 04 31/88 10 15 55, E-Mail: sg@arztmail.de. Internet: www.stiftung-gesundheit.de.

Private Equity Award

ZÜRICH. Mit dem Private Equity Award sind Wirtschaftsjournalisten aufgerufen, die Bedeutung von Private Equity für die Volkswirtschaft und als Anlageklasse aufmerksam zu machen. Die Texte können sowohl in deutscher, als auch in englischer Sprache eingereicht werden. Der Gewinner erhält 5.000 Euro, der Zweitplatzierte 2.000 Euro und der dritte Platz 1.000 Euro. Einsendeschluss: 10. Januar 2005.

Kontakt: Adveq Management AG, Privat Equity Award, Affolternstraße 56, CH-8050 Zürich, Fon 41 (0)43 288 32 00, Fax: 41 (0)43 288 32 10. E-Mail: info@adveq.com, Internet: www.adveq.com.

Gesund und lecker

BONN. Mit ihrem Medienpreis 2005 will die Deutsche Gesellschaft für Ernährung die Aufklärung fördern. Ausgezeichnet werden Beiträge, die über neueste wissenschaftliche Erkenntnisse in der Ernährung fundiert, sorgfältig recherchiert, originell und zielgruppengerecht die Bevölkerung aufklären. Der Preis wird in den Kategorien Tages- und Wochenzeitungen, Publikumszeitschriften, Hörfunk, Fernsehen und Internet jeweils in Höhe von 2.000 Euro vergeben. Einsendeschluss: 1. Februar 2005. Kontakt: Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., Godesberger Allee 18, 53175 Bonn, Fon: 02 28/377 66 00, Fax: 02 28/377 68 00, Internet: www.dge.de.

Kulturgut Spielen

BERLIN. Mit dem neuen Medienpreis Alex zeichnet die Spiele Autoren Zunft Beiträge aus, die das Erlebnis Spielen und die gesellschaftliche Bedeutung des Spiels auf verständliche Weise darstellen. Zugelassen sind Einsendungen aus den Bereichen Hörfunk, Zeitungen, Zeitschriften und Fernsehen. Der Preis ist mit insgesamt 1.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 31. Januar 2005. Kontakt: Christoph Cantzler, Fon: 040/43 18 42 59 oder Anja Wrede, Fon: 05 11/394 76 31, Internet: www.spieleautorenzunft.de.

Epidemie Diabetes

MARTINSRIED. Diabetes ist längst eine Volkskrankheit, immer mehr junge Menschen leiden daran. Für den Medienpreis der Deutschen Diabetes Stiftung können Beiträge eingereicht werden, die sich um Aufklärung bemühen. Der Preis ist mit 16.666 Euro dotiert. Einsendeschluss: 31. Dezember 2004. Kontakt: Deutsche Diabetes-Stiftung, Reinhart Hoffmann und Adrian Polok, Geschäftsstelle DDS, Am Klopferspitz 19, 82152 Martinsried, Fon 089/579 57 90, Fax: 089/57 95 79 19, E-Mail: info@diabetesstiftung.de, Teilnahmebedingungen: www.diabetesstiftung.de/pmmedienspreis.0.html.

Erfolgsfaktor Zuhören!

TUTZING. Können wir noch bewusst zuhören und uns konzentriert und

ausdauernd auf das gesprochene Wort einlassen? Dieser Frage geht am 13./14. Dezember eine Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing zum Thema „Erfolgsfaktor Zuhören! Politik – Wirtschaft – Medien“ nach. Analysiert werden soll die Bereitschaft und Fähigkeit zum Zuhören in Politik, Wirtschaft und Medien. Anmeldeschluss: 6. Dezember. Programm und Kontakt: Akademie für politische Bildung, Buchensee 1, 82327 Tutzing, Fon 081 58/256 50 (Tagungssekretariat Renate Heinz), E-Mail: R.Heinz@apb-tutzing.de, Internet: www.apb-tutzing.de.

Wildtier und Umwelt

BONN. Auf die Fährte einheimischer Tiere will der Deutsche Jagdschutz-Verband Print-, Hörfunk- und TV-Journalisten mit seinem Medienpreis „Wildtier und Umwelt“ locken. Kritische Berichterstattung ist laut Ausschreibung ausdrücklich erwünscht. Der Sieger erhält einen Geldpreis in Höhe von 5.000 Euro. Kontakt: Deutscher Jagdschutz-Verband, Johannes-Henry-Straße 26, 53113 Bonn, Fon 02 28/949 06 20, <http://djv.newsroom.de/>

Der Traum vom Fliegen

EGELSBACH. Mit dem Hugo-Junkers-Preis der Deutschen Luft- und Raumfahrt-Presse werden herausragende Arbeiten über Themen der Luft- und Raumfahrt in Print, Film, Funk und Fernsehen mit insgesamt 8.000 Euro prämiert. Einsendeschluss: 31. Januar 2005. Luftfahrt-Presse-Club e.V., Martina Klick (Sekretariat), c/o Diamond Air, Flugplatz Egelsbach, 63329 Egelsbach, Fon 061 03/40 47 20, Fax: 061 03/40 47 21, E-Mail: lpcoffice@aol.com, Internet: www.luftfahrt-presse-club.de.

Preis der AOK

MÜNCHEN. Die AOK München verleiht den „Dr. Georg Schreiber Medienpreis“ für herausragende journalistische Arbeiten im Bereich Gesundheit und Soziales. Zugelassen sind Beiträge von Journalisten bis zum Alter von 35 Jahren, die zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2004 in einer in Bayern erscheinenden Zeitung oder Zeitschrift veröffentlicht worden sind. Zusätzlich ist erstmals ein Sonderpreis ausgeschrieben, für den keine Altersbeschränkung gilt. Dafür sind Beiträge aus Printmedien zugelassen, mit bundesdeutschem Verbreitungsgebiet (außer Fachpresse). Der Preis ist mit insgesamt 15.500

Dr. Fritz Michael ist tot. Er wurde 89 Jahre alt.

Er bleibt auch nach seinem Tod das, was er für Generationen Journalistinnen und Journalisten – zumal für gewerkschaftlich engagierte – zu Lebzeiten war: Ein Vorbild.

Dr. Michael war von 1949 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1980 Redakteur bei der Westfälischen Rundschau – in der Lokalredaktion und später auch als Leiter in der Beilagen- und Kulturredaktion.

Engagiert, quer denkend und politisch, Menschen zugewandt und selbst in heftigen Konflikten außerordentlich fair – so erlebten ihn Gesprächspartner, Leser und Kollegen. Und sie erlebten ihn als einen Menschen, der vor dem Hintergrund seiner persönlichen Erfahrungen aus und mit dem Faschismus sehr entschieden mit bauen wollte an der sich entwickelnden Demokratie in Deutschland. An demokratischen Verhältnissen auch und besonders im Betrieb und am Arbeitsplatz. Dr. Michael wurde deshalb Mitglied in der damaligen IG Druck und Papier und unter ihrem Dach natürlich auch der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten Union. Lange Jahre führte er die dju zusammen mit Eckhart Spoo auf Bundesebene und zeichnete dort beileibe nicht nur für ein entschiedenes Eintreten für überfällige Verbesserung der Journalistenausbildung verantwortlich. Ein Engagement im übrigen, das später zum Abschluss des ersten und heute nach wie vor geltenden Volontärsausbildungs-Tarifvertrages führte.

Fritz Michael hat auch mich – wie viele andere – in seine Gewerkschaft gebracht, und er hat mich zur Mitarbeit im Betriebsrat der Westfälischen Rundschau motiviert. Lange Jahre war er dessen unermüdetlich für die Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen streitender Vorsitzender.

Dr. Fritz Michael hat Spuren hinterlassen – Spuren, auf die wir als denkende und politische Menschen leicht und immer wieder stoßen. Und er sollte auch noch einmal selbst zu Wort kommen. So schrieb er im Mai 2001 aus Anlass des 50-jährigen Bestehens seiner dju unter dem Titel „Eine historische Entscheidung“ unter anderem folgende Zeilen: „Es drängt mich – in Gedanken zur Vergangenheit zurückkehrend – eines vor allem mitzuteilen: Meine persönlich wichtigste Erfahrung in den Jahren meiner Mitarbeit im Bundesvorstand der dju war der Schritt aus meiner Privatheit in die Öffentlichkeit. Er war verbunden mit einem tiefgreifenden Lernprozess. Ich musste mir Wissen in bis dahin fremde Sachgebiete verschaffen, um aktiv mitmachen zu können. Das Spektrum war weit gefasst: Tarifrecht, Presse-recht, Betriebsverfassung, Fragen der Organisation, der Ausbildung und Weiterbildung. Daraus ergab sich die Mitarbeit in relevanten Gremien des öffentlichen Lebens und die Begegnung mit vielen Menschen.

In diesem unbezahlten ‚Ehrenamt‘ habe ich eine unbezahlbare Erweiterung meines Lebenshorizontes erfahren. Das möchte ich jungen Kolleginnen und Kollegen vermitteln, weil die Verweigerung der Jugend, Politik mitzugestalten, zu den negativsten Entwicklungen der Gegenwart gehört.“

Als Anerkennung für seine besonderen Verdienste für die Entwicklung eines freien, demokratischen und verantwortungsvollen Journalismus wurde Fritz Michael 1999 mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet.

Malte Hinz ■

Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2005. Kontakt: AOK Bayern, Zentrale, Pressestelle, Carl-Wery-Straße 28, 81739 München, E-Mail: presse@by.aok.de, Internet: www.aok.de/bay/rd/129403.htm.

Deutsche Einheit und der 17. Juni
BERLIN. Zum Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung sind

alle lokalen Themen zugelassen. Ausdrücklich sollen sich nicht nur Großstadtreaktionen, sondern auch kleine Lokalredaktionen mit knapper Besetzung und auch Einzelkämpfer bewerben. Der erste Preis ist mit 5.000 Euro, der zweite mit 2.500 Euro und der dritte mit 1.000 Euro dotiert. Zusätzlich wird ein Sonderpreis zum Thema Deutsche Einheit/

17. Juni vergeben. Der Gewinner erhält 1.000 Euro, vier weitere Teilnehmer je 500 Euro. Kontakt:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Susanne Kophal, Tiergartenstraße 35, 10907 Berlin, Fon 030/26 99 62 16, Fax: 030/26 99 62 61, E-Mail: susanne.kophal@kas.de.

Christopherus-Preis

Hamburg. Die Beiträge für den Medienpreis der Christopherus-Stiftung (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.) sollen sich auf die Verkehrssicherheit beziehen. Zugelassen sind alle regionalen und überregionalen Medien, aber auch Bücher, Magazine und Schülerzeitungen. Der erste Preis ist mit 5.000 Euro und der zweite Preis mit 2.500 Euro dotiert. Einsendeschluss: 15. Januar 2005. Kontakt: GDV-Pressestelle, Yvonne Unger, Christopherus-Stiftung im GDV, Friedrichstraße 191, 10117 Berlin, Fon 030/20 20 51 19, Internet: www.gdv.de/presseservice/3916.htm.

Fotografie

Oskar-Barnack-Preis 2005

ARGENTEUIL-CEDEX. Berufsfotografen können sich um den von der Leica Camera AG ausgeschriebenen Oskar-Barnack-Preis bewerben. Einzuschicken ist eine Serie mit bis zu zwölf Bildern, die in treffsicherer Beobachtungsgabe die Beziehung des Menschen zu seiner Umwelt auf anschaulichste Weise zeigen. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 31. Januar 2005. Kontakt: Leica Camera SARL, Leica Oskar Barnack Preis 2005, 106, boulevard Héloïse, F-95814 Arbonneuil-Cedex.

Fujifilm Euro Press Photo Awards

DÜSSELDORF. Der europäische Fotowettbewerb für Profifotografen ‚Fujifilm Euro Press Photo Awards 2005‘ wird für die vier Kategorien Architektur, Sport, Fashion und Europa ausgeschrieben. Im Finale winken 40.000 Euro Preisgeld. Das große Finale der Fujifilm Euro Press Photo Awards 2005 findet in Lissabon statt. Hier treten die Sieger der nationalen Vorentscheidungen gegeneinander an. Die internationalen Preisträger erhalten jeweils 10.000 Euro und den Titel ‚Fujifilm European Press Photographer of the Year 2005‘. Die Gewinner der deutschen Vorentscheidung erhalten je einen Scheck über 5.000 Euro. Zur Teilnahme sind ausschließlich Berufsfotografen berechtigt. Zugelassen

sind Arbeiten aus dem Zeitraum 1. Januar 2004 bis 1. Januar 2005. Einsendeschluss für die nationale Entscheidung: 10. Januar 2005. Download der offiziellen Teilnahmebedingungen unter: www.fujifilm.de/eppa.html. Kontakt: Fujifilm Euro Press Photo Awards 2005, Heesenstr. 31, 40549 Düsseldorf, Fon 02 11 / 508 90, E-Mail: awards@fujifilm.de.

Illustration

Karikaturenpreis

BERLIN. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger hat den mit 5.000 Euro dotierten Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen ausgeschrieben. Mit dem Wettbewerb soll die Bedeutung der Karikatur für die Meinungssseiten der Zeitungen hervorgehoben und diese wichtige Darstellungsform gefördert werden. Bewerben können sich Karikaturisten, die für deutsche Tages-, Sonntags- und politische Wochenzeitungen arbeiten. Sie sollen ihre Sicht auf die Politik des vergangenen Jahres darstellen. Einsendeschluss: 1. Dezember 2005. Kontakt und Details: BDZV, Anja Pasquay, Fon 030/726 29 82 14, E-Mail: pasquay@bdzv.de, Internet: www.bdzv.de.

Film

Hollywood ruft

MÜNCHEN. Der Fernsehsender 13th Street hat den Kurzfilmpreis Absolut Shocking Shorts Award für die Genres Action, Krimi, Thriller, Mystery und Horror ausgeschrieben. 13th Street ist der Fernsehsender für Action & Suspense der Universal Studio Networks Deutschland. Und auf eine Reise zum Stammsitz des Mutterkonzerns kann sich der Sieger des Kurzfilmpreises freuen. Als Hauptpreis winkt die Teilnahme am Universal Studio Filmmasters Programm in Hollywood, inklusive Flug, Unterkunft und Taschengeld. Einsendeschluss: 29. Januar 2005. Kontakt: 13TH Street GmbH, z. H. Barbara Greska, Theresienstraße 47a, 80333 München, Fon 089/38 19 92 22, Fax: 089/38 19 92 13, E-Mail: barbara.greska@unistudios.com, Internet: www.shockingshots.de.

Die „neuen“ Nachbarn

STUTT GART. Unter dem Titel „Die ‚neuen‘ Nachbarn“ – Aktuelle Tendenzen im Dokumentarfilm der Bei-

trittsländer Mittel- und Osteuropas findet vom 6. bis 8. Dezember eine Konferenz des Hauses des Dokumentarfilms statt. Filmemacher, Filmkritiker, Redakteure und Wissenschaftler stellen eine Auswahl der wichtigen Dokumentarfilme ihrer Länder vor. Die Konferenzsprache ist deutsch/englisch. Anmeldung: Haus des Dokumentarfilms, Königsstraße 1 A, 70173 Stuttgart, Fon 07 11 / 997 80 80, Fax: 07 11 / 99 78 08 20, E-Mail: hdf@hdf.de, Internet: www.hdf.de.

femme totale

DORTMUND. Noch bis 7. Januar läuft der Anmeldeschluss für den Internationalen Spielfilmwettbewerb für die femme totale, die vom 12. bis 17. April in Dortmund stattfindet. Zum ersten Mal wird ein mit 25.000 Euro dotierter Regisseurinnenpreis vergeben. Details auf der Homepage: www.femmetotale.de. Kontakt: femme totale, c/o Kulturbüro der Stadt Dortmund, Küberstraße 3, 44122 Dortmund, Fon 02 31 / 502 51 62, Fax: 02 31 / 502 57 34, E-Mail: info@femmetotale.de.

Drehbuchpreis

KÖLN. Für den Drehbuchwettbewerb „KölnFilm 2005“ werden Beiträge gesucht, die die Stadt nicht nur als Kulisse, sondern als Schauplatz für eine Geschichte einbinden. Zugelassen sind alle Genres. Der Preis ist mit 15.000 Euro dotiert. Einsendeschluss: 1. Februar 2005. Kontakt: Karin Laub, FilmInitiativ Köln e.V., Corneliusstraße 2, 50678 Köln, Fon 02 21 / 469 62 43, Mobil: 01 79 / 510 01 30, Fax: 02 21 / 469 62 48, E-Mail: mail@filminitiativ.de, Internet: www.koeln-im-film.de.

51. Kurzfilmtage Oberhausen

OBERHAUSEN. Vom 5. bis 10. Mai 2005 finden die 51. Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen statt. Beiträge für das Festival müssen bis 15. Januar eingesandt werden. Der Internationale Wettbewerb ist mit insgesamt 24.000 Euro dotiert, der Deutsche Wettbewerb mit 7.500 Euro und der Kinder- und Jugendfilmwettbewerb mit 2.000 Euro. Weitere Informationen: www.kurzfilmtage.de

Varia

Learntec 2005

KARLSRUHE. Vom 15. bis 18. Februar findet der Europäische Kongress und die Fachmesse für Bildungs- und Informationstechnologie Learntec statt.

Neben branchenspezifischen Angeboten zu den Themen Medizin, Öffentliche Verwaltung, Touristik und Hotellerie werden im Kongress neue Anwendungsfelder und -formen von E-Learning vorgestellt. Neu sind die Themen E-Learning in der Pharmaindustrie, Marketing und Vertrieb sowie das Mittelstandsforum. Weitere Informationen: www.learnntec.de

leute

Nikolaus Albrecht, bislang stellvertretender Chefredakteur der Vogue, folgt als Chefredakteur von Glamour auf **Bettina Wüdrich**.

Dr. **Andreas Archut**, Leiter der Presse- und Kommunikationsabteilung der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, übernahm den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der Hochschulpressestellen in Deutschland von **Iris Klauen**, Pressesprecherin der Universität Hildesheim.

Manfred Barth rückte bei Computer Bild vom leitenden Redakteur zum stellvertretenden Chefredakteur auf.

Gabi Bauer, Ex-Moderatorin der ARD-„Tagesthemen“ sowie Talkshow-Gastgeberin, und der ARD-Chefredakteur **Hartmann von der Tann** bilden künftig das feste Moderatoren-Team der Interview-Reihe „Farbe bekennen“ (ARD).

Birgit Baumann, bisher Unterhaltungschefin von Tele 5, schied aus. Für die eigenproduzierten Sendungen ist kommissarisch **Tina Lohmann** zuständig.

Michael Best, bislang beim HR Leiter Wirtschaftsabteilung Fernsehen, leitet künftig die neue Abteilung FS-Aktuelles, der die Fernsehredaktionen „Hessenschau“, „hessen aktuell“, „Mint-tower“, „Wetter“ und „ARD Aktuell“ angegliedert sind. Unterhaltungssendungen gehören zu der von **Ute Janik** geleiteten Abteilung FS Regionale Unterhaltung.

Jürgen Bischoff, zuletzt beim Lufthansa Magazin (G+J Corporate Media) für die Bereiche Luftfahrt und Technologie verantwortlich, hat sich selbstständig gemacht; er wird künftig u.a. für Titel aus der GEO-Gruppe (G+J) tätig sein. Beim Lufthansa Ma-

gazin folgt ihm **Annette Mihatsch** nach, bisher in der Redaktion der Inflight-Magazine von Condor und Sun Express.

Alice Blohmann, bisher Chefredakteurin bei Radio NORA, folgte als Redaktionsleiterin von Radio Schleswig-Holstein auf **Nadina von Studnitz**, die zum NDR wechselte. Neuer Chefredakteur von Radio NORA wurde **Jan Henrik Schmelter**.

Florian Brich, bislang Redakteur bei Xbox-Zone und Playzone (Computec Media), wurde stellvertretender Chefredakteur des Spiele-Magazins Gamepro (IDG Entertainment Verlag, München).

Jürgen Bruckmeier, zuletzt Chefredakteur von Bravo (Verlagsgruppe Bauer), verlässt das Blatt „wegen unterschiedlicher Auffassungen über die redaktionelle Ausrichtung“.

Hans-Martin Burr, bei der Motor-Presse bisher Herausgeber im Geschäftsbereich Unterhaltungselektronik und Telekommunikation, Leiter der Online-Abteilung dieses Geschäftsbereichs sowie Chefredakteur von Connect, trat „wegen unterschiedlicher Auffassungen über die zukünftige redaktionelle Ausrichtung“ von seinen Ämtern zurück. Mit dieser Begründung schied auch **Bernd Beisenkötter** aus, bisher Chefredakteur von Audio, Stereoplay und Autohifi.

Bei der Deutschen Welle wurde ein neuer geschäftsführender Vorstand der ver.di-Betriebsgruppe gewählt. Mitglieder sind **Klaus Haase** (1. Vorsitzender und Sprecher), **Carl-Maria Diebel** (Stellvertreter), **Sybille Golte-Schröder**, **Ursula Koll** und **Ujjwal Bhattacharya**. Aus dem Berliner Betriebsteil werden zu einem späteren Zeitpunkt zwei weitere Mitglieder benannt, von denen eines ebenfalls als Stellvertreter des Vorsitzenden fungiert.

Dieter Dörr, Professor für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht an der Universität Mainz, löste als Vorsitzender der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) Prof. **Peter Mailänder** ab. Stellvertretende Vorsitzende ist **Insa Sjurts**, wissenschaftliche Leiterin des Studiengangs Medienmanagement an der Hamburg Media School.

Christoph Drösser wird Chefredakteur eines Wissensmagazins, das zum Jahresende startet und alle drei Monate erscheinen soll. Herausgeber des Zeit-Ablegers sind **Gero von Randow** und **Andreas Sentker**.

Axel Ehrlich und **Andreas Oppermann**, leitende Redakteure der Tabloid-Tageszeitung 20 Cent (Cottbus), rückten zu stellvertretenden Chefredakteuren auf.

Robert Emich, zuletzt Redaktionsleiter von Elle Girl (Hubert Burda Media), wird Chefredakteur der ab März nächsten Jahres monatlich erscheinenden Zeitschrift. Seine Stellvertreterinnen werden **Verena Hallbauer**, Leiterin des Textressorts von Elle Girl, und **Jina Khayyer**, Beraterin der Chefredaktion.

Festivalleiter **Lars Henrik Gass** ist künftig alleiniger Geschäftsführer der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen GmbH; die bisherige Co-Geschäftsführerin **Ulrike Erbslöh** schied aus. Assistentin der Geschäftsführung wird **Daniela Basse**, zuletzt beim Institut für Moderation und Management (Gelsenkirchen) für die Bereiche Marketing und PR verantwortlich.

Michael Grill, zuletzt leitender Redakteur und Reporter bei der SZ sowie Münchner Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, übernahm die Leitung des Lokalressorts der Abendzeitung (München).

Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände ... oder besse<r durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M“: Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Richard Herzinger, bisher Autor für Die Zeit, wird als Deutschland-Korrespondent und politischer Essayist für die Schweizer Weltwoche tätig sein.

Roger Horne, langjähriger USA-Korrespondent für n-tv in Washington, schied aus.

Patrick Illinger, bei der SZ Leiter des Ressorts Wissen, leitet ein gleichnamiges, eigenständiges Magazin, das unabhängig von der Zeitung vertrieben wird und erstmals im Dezember erscheint.

Birte Karalus wird das werktägliche Infotainment-Magazin „Prompt“ auf ProSieben moderieren.

Klaus-Rüdiger Metzke, stellvertretender Fernseh-Chefredakteur beim HR und Kommentator in den ARD-„Tagesthemen“, wird Fernsehkorrespondent für die Tschechische und die Slowakische Republik im ARD-Studio Prag.

Christa Möller, zuletzt kommissarische Leiterin des Ressorts Kosmetik / Fitness / Wellness bei Brigitte, wurde Ressortleiterin. **Iris Bader** kehrte aus einem einjährigen Sabbatical wieder in die Redaktion zurück.

Margret Müller, Modechefin bei der deutschen Elle sowie den deutschen Ausgaben von Vogue und

Marie Claire, wechselte in derselben Position zu Amica.

NDR-Rundfunkrat: Neue Vorsitzende ist **Dagmar Gräfin Kerssenbrock** (Landesnaturschutzbund Schleswig-Holstein);

1. stellvertretender Vorsitzender:

Volker Müller (Unternehmerverbände Niedersachsen);

2. stellvertretender Vorsitzender:

Helmuth Frahm (SPD-Landesorganisation Hamburg);

3. stellvertretender Vorsitzender: Dr.

Karl-Heinz Kutz (Landessportbund Mecklenburg-Vorpommern).

Roel Oosthout, bisher Musik- und Moderationschef bei FFH, löst als Programmleiter der FFH-Tochter Planet Radio **Klaus W. Becker** ab, der den Sender verlässt. **Thijs Bakker** wird neuer Musikchef von FFH und Harmony.FM.

Elisabeth Plessen, bisher geschäftsführende Redakteurin der Architektur-Fachzeitschrift Baumeister, folgte als Chefredakteurin der Bauzeitung (Konradin Verlagsgruppe) auf **Wilfried Dechau**, der ausschied.

Karin Nink, Berliner Korrespondentin der Financial Times Deutschland, zuvor bei der taz, soll als stellvertretende Sprecherin der SPD die Nachfolge von **Marlies Hirschfeld** antreten, die aus Altersgründen zurücktrat.

Tim Renner, Ex-Chef von Universal Deutschland, jetzt Musikproduzent, startete in Berlin seinen Hörfunksender Motor FM, der ausschließlich Produktionen deutscher und in Deutschland lebender internationaler Künstler ausstrahlt.

Uwe Röndigs, zuletzt Politikredakteur beim Wiesbadener Kurier, folgte als Chefredakteur der Oldenburgischen Volkszeitung (Vechta) auf **Cornelius Riewerts**, der Ende 2003 ausschied.

Elena Rudolph, bisher freie Journalistin, löste als Chefredakteurin von Junge Familie – das Babyjournal (Junior Verlag, Hamburg) **Antje Brunnabend** ab. Stellvertretende Chefredakteurin wurde **Regine Schneider**.

Ralf Schülzke, zuletzt bei Antenne Bayern Programmdirektor für den Aufbau des digitalen Spartenkanals Rock Antenne, wird Programmdirektor bei Gong 96,3 München.

Dirk Steffens löst als Moderator der Sendung „tierzeit“ auf VOX **Helmut Mülfarth** ab.

Carol Warmbrunn, bislang Leiterin des Ressorts Mode bei der Frauenzeitschrift annabelle (Zürich), übernahm diese Position bei Amica (Verlagsgruppe Milchstraße).

Dietmar Wolff, bisher geschäftsführendes Vorstandsmitglied des europäischen Dachverbands der Zeitungsverleger (ENPA, Brüssel), löste als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) Dr. **Volker Schulze** ab.

preise

Antenne Bayern gewann in der Kategorie Musik den OnlineStar 2004 für die beste Website. Der Internet-Publikumspreis wird von der Verlagsgruppe Ebner (Ulm) ausgerichtet.

ARD und ZDF wurden für ihre Berichterstattung über die Paralympics ausgezeichnet. Die Teamchefs **Volker Kottkamp** (ARD) und **Peter Kaadtmann** (ZDF) nahmen den Barmer Paralympic Media Award 2004 entgegen. Die Preise in der Kategorie Print erhielten **Klaus-Peter Witt** (Bild) und die Paralympics Zeitung, ein Zeitungs-

projekt der Deutschen Schule Athen, das u. a. der Tagesspiegel unterstützt hat. Stellvertretend für private Hörfunkstationen nahm **Helmut Schehl** von Radio aktiv Hameln den Preis in der Kategorie Hörfunk entgegen.

Johannes Backes und **Uli Veith** erhielten für den Film „Isoldes letzter Sommer“ (ZDF-Reihe „37“) den undotierten Filmpreis Lebensuhr 2004 der Deutschen Gesellschaft für humanes Sterben.

Der Journalistin **Sihem Bensedrine** (Tunesien), derzeit Gast der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte, und dem Redaktionsteam des gewaltsam aufgelösten Verlags Daily News (Simbabwe) wurde der mit je 10.000 CND dotierte Press Freedom Award der „Canadian Journalists for Free Expression“ verliehen.

Der diesjährige Bild-Kunst-Förderpreis für experimentellen Film, ausgeschrieben von der VG Bild-Kunst und mit 25.000 € dotiert, ging im Rahmen der Kölner KunstFilmBiennale zu gleichen Teilen an den Kurzspielfilm „anna-ottoanna“ von **Clemens Pichler** (München) und an „Die Landschaft, wie sie daliegt“ von **Johanna Hodde**, **Olga Lux** und **Maria Gibert** (Münster). Mit einer besonderen Erwähnung wurde „_grau“ von **Robert Seidel** (Weimar) bedacht.

Katrin Bühlig wurde für ihr Drehbuch zu „Bella Block – Die Freiheit der Wölfe“ mit dem „Goldenen Gong“ ausgezeichnet.

Deutscher Comedy Preis 2004 – beste Live-Comedy-Sendung: **Michael Mittermeier**; beste Schauspielerin in einer Comedy-Serie: **Wolke Hegenbarth** („Mein Leben und ich“); Sonderpreis: „7 Tage – 7 Köpfe“ (RTL); Ehrenpreis: der Schweizer Kabarettist **Emil Steinberger**.

Annette Dittert, von Juli 2001 bis August 2004 ARD-Korrespondentin in Polen, ab 2006 ARD-Korrespondentin und Studioleiterin in New York, wurde der mit 5.000 € dotierte Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus 2004 verliehen. Den erstmals ausgeschriebenen Ideenwettbewerb für junge Journalisten gewannen Volontäre der Schule für Elektronische Medien in Potsdam.

Die vierteilige Dokumentation „Tatort Erde“ („Wunderbare Welt“, ZDF)

wurde auf dem Wildscreen-Festival in Bristol in der Kategorie Serie mit dem „Naturfilm-Oscar“ und für die Folge „Ein Grad zuviel“ mit The Natural History Museum One Planet Award ausgezeichnet.

Katinka Feistl erhielt für die Regie des Films „Bin ich sexy?“ (ZDF-Redaktion „Das kleine Fernsehspiel“ / MFG Baden Württemberg) im Rahmen des 9. Internationalen Filmfestivals für Kinder und junges Publikum in Chemnitz den mit 4.000 € dotierten Förderpreis der DEFA-Stiftung.

Andreas Goerke wurde für seinen Film „Sepsis – Killer im Blut“ (NDR) mit dem Film- und Fernsehpreis des Hartmannbundes/Verband der Ärzte Deutschlands ausgezeichnet.

Steffen Haffner, ehemaliger Leiter der FAZ-Sportredaktion, wurde mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Der Sängerin **Nina Hagen** (Berlin) wurde für ihr Lebenswerk die „Eins Live Krone“ des WDR-Jugendsenders zugesprochen.

Dr. Volker Lilienthal, Redakteur des Fachmagazins epd medien ist der diesjährige Preisträger des „Leuchturms für besondere publizistische Leistungen“, den die Journalistenvereinigung Netzwerk Recherche einmal im Jahr vergibt.

Den diesjährigen Innovationspreis der Filmförderung, mit einer Prämie von jeweils 15.000 € ausgestattet, erhalten die Deutsche Hörfilm GmbH für das Projekt „Audiodeskription im Kino“ zusammen mit der Titelbild GmbH für das Projekt „Kinotag für Hörgeschädigte“ sowie die Freunde der deutschen Kinemathek e.V. für das Projekt „Arsenal Experimental“.

6. Internationale Eyes & Ears Awards Innovation & Effektivität 2004, vergeben von Eyes & Ears of Europe, der Vereinigung für Design, Promotion und Marketing der audiovisuellen Medien. Eine Auswahl der 69 Auszeichnungen, die an 26 Preisträger gingen – Excellence Award: der Fotograf **Anton Corbijn** (Niederlande); Spezialpreis Innovation: Feedmee Design GmbH; Spezialpreis Effektivität: Premiere Creative Services. In den Kategorien TV/Film-Design, Audio Design und Komposition, Medienunternehmen im Internet und Promotion/Werbung/Image schnitt Premiere mit acht er-

sten Preisen am besten ab. Je zwei erste Preise gingen an ZDF, ARTE und VOX. Einen ersten Preis erhielten RTL II, SF DRS, Super RTL, NDR, MDR, BR, WDR und VIVA PLUS.

47. Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm – eine Auswahl der Preisträger. Dokumentarfilme über 45 Min.: Goldene Taube (10.000 €): „Touch the Sound“ von **Thomas Riedelsheimer** (Deutschland / Großbritannien); Silberne Taube (je 1.500 €): „Am seidenen Faden“ von **Katarina Peters** (Deutschland) und „And Thereafter“ von **Hosup Lee** (USA / Republik Korea). Dokumentarfilme bis 45 Min.: Goldene Taube (3.000 €): „Über die Grenze – Fünf Ansichten von Nachbarn“ (Österreich) von **Pawel Lozinski** (Polen), **Jan Gogola** (Tschechien), **Peter Kerekes** (Slowakei), **Robert Lakatos** (Ungarn) und **Biljana Cakic-Veselic** (Slowenien), dieser Film gewann auch den MDR-Film-Preis (3.000 €); Silberne Taube (2.000 €): „Life in Peace“ von **Pavel Kostomarov** und **Antoine Cattin** (Russland / Schweiz). Talent-Taube der Medienstiftung der Sparkasse Leipzig (10.000 €): „Jerusalem My Love“ von **Jepe Ronde** (Dänemark). Discovery Channel Filmpreis (10.000 €): „Berlin Beirut“ von **Myrna Maakaron** (Deutschland). European DocuZone Award: „Illegal in Europa“ von **Andreas Voigt** (Deutschland). Animationsfilme und -videos: Goldene Taube (3.000 €): „Ryan“ von **Chris Landreth** (Kanada); Silberne Taube (2.000 €): „Son of Satan“ von **JJ Villard** (USA). Ver.di-Preis (1.500 €): „Good Times“ von **Alessandro Cassigoli** und **Dalia Castel** (Italien). „Am seidenen Faden“ von **Katarina Peters** gewann auch den Preis der Ökumenischen Jury, den FIPRESCI-Preis und den Preis der Jugendjury. mephisto 97,6-Publikumspreis: „Dying of Love“ von **Gil Alkabetz** (Deutschland). Der ehemalige Festivaldirektor **Fred Gehler** erhielt für sein Lebenswerk eine Goldene Taube ehrenhalber.

21. Internationales Umwelt Film Festival / ÖKOMEDIA 2004 (Veranstalter: Ökomedia-Institut, Freiburg) – die Preisträger. Beste künstlerische Leistung: **Dietmar Höss** für „H€IMAT“ (Italien 2003); beste journalistische Leistung: **Bertram Verhaag** für „Leben außer Kontrolle“ (Deutschland 2004); Naturfilm: **Cornelia Volk**, **Till Ludwig** und **Volker Miske** für „Europas wilder Osten: Der Nationalpark

Zemaitija in Litauen“ (Deutschland 2003 / 04); Kinderfilm: **Barbara Lubich** und **Silke Pohl** für „Wachsende Versprechen – Gentechnik in Mittelamerika“ (Deutschland 2004). Sonderpreis des Bundesumweltministeriums (5.000 €): **Inge Altemeier** und **Reinhard Hornung** für „Die Proteinspiraten“ (Deutschland 2004). Europäischer Fernsehpreis der Ökomedia, als Wanderpreis gestiftet vom WDR: **Frieder Wagner** für „Der Arzt und die verstrahlten Kinder aus Basra“ (Deutschland 2004); lobende Erwähnungen: „Das rote Quadrat: Die Prestige“ von **Georg M. Hafner** (Deutschland / Spanien / Griechenland 2003) und „Biogas – sauberer als man denkt“ von **Robert Jenne**, **Georg Jenne** und **Kristof Franke** (Deutschland 2004). Filmpreis der Erzdiözese Freiburg (1.000 €): **Tibor Kocsis** für „Neues Eldorado“ (Ungarn 2004); lobende Erwähnung: „My Dog Eats Beats“ von Studierenden der German Film School Berlin (Deutschland 2003).

Die Journalistenpreise 2004 des Bundes der Steuerzahler NRW gingen an **Robin Halle** und **Ulrike Sickenberger** (Sport Bild), **Constanze Hacke** (Deutschlandfunk) und **Lutz Polanz** (WDR Fernsehen). Sonderpreise erhielten **Beate Depping** (Lemgoer Zeitung) und **Gitti Müller** (WDR Fernsehen).

Journalistenwettbewerb „Forum Mittelstand“ – die Preisträger. Kategorie Print: 1. Preis (2000 €): **Jochen Siemer**; 2. Preis: **Susanne Kornau** (Lüdenscheider Nachrichten); 3. Preis: **Marcelo G. Crescenti** („Der Handel“). Kategorie Serien und Sonderbeilagen: **Otto Lapp** (Fränkischer Tag) und **Klaus Stark**. Kategorie Hörfunk / TV: 1. Preis (2.000 €): **Sven Herold** („plusminus“, ARD); 2. Preis: **Angela Kothe** und **Holger Beller**; 3. Preis: **Karsten Böhne**. Den Sonderpreis IT-Sicherheit und Mittelstand erhielt **Mathias Rinka**.

Kölner Medienpreis 2004 – Hörfunk (5.000 €): **Beate Hinrichs** für das Feature „Wem gehört die Stadt – Über den Verlust des öffentlichen Raumes“ (WDR 3); Fernsehen (5.000 €): **Katharina Wolff** und **Peter Schran** für die Reportage „Ohne Gang bist du nichts! Überlebenskampf am Stadtrand“ (Reihe „die story“, WDR); Sonderpreis für die Kameraführung (2.500 €): **Sandra Hacker** (Buch und Regie) und **Axel Kindermann** (Ka-

mera) für „Der Madendoktor“ (Reihe „Menschen hautnah“, WDR).

Der Medienförderpreis der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG (Berlin) wird für herausragende Diplomarbeiten zu betriebswirtschaftlichen Themen der Medien-, Film-, Fernseh- und Musikbranche ausgeschrieben. 1. Preis (3.000 €): **Jens-Uwe Bornemann** (Köln); 2. Preis (1.500 €): **Patrick Lithander** (Berlin); 3. Preis (je 375 €): **Felicitas Morhart** und **Barbara Rauscher** (beide München).

Gerhard Midding erhielt für seine Kritik des Spielfilms „Spider“ (Freitag) den diesjährigen Preis für „Visuelle Filmkritik“, der vom Bundesverband Kamera (bvK) und der Fachzeitschrift Film & TV Kameramann vergeben wird.

Der New Entertainment Online Award (NEO) von Hubert Burda Media ging in der Kategorie „beste Website einer TV-Comedy“ an die Show „Genial daneben“ (SAT.1) mit **Hugo Egon Balder**.

Den Niedersächsischen FrauenMedienPreis / Juliane-Bartel-Preis 2004 erhielten **Susanne Babila**, **Dagmar Bredecke**, **Walter Brun**, **Karsten Deventer**, **Eva Schmitz** und **Luc Walpot**. Ein Sonderpreis in der Sparte Hörfunk ging an **Eva Schindele**.

Der fernsehkritische „Preis der beleidigten Zuschauer“ für „die herausragende Unverschämtheit im deutschen Fernsehen“ wird auf Basis einer Publikumsbefragung vom Augustus Hofmann Verlag (Köln) vergeben.

1. Platz: die Comedians **Ruth Moschner**, **Oliver Welke** und **Gaby Köster**; 2. Platz: die ARD-„Tagesschau“; 3. Platz: **Katja Wildermuth** (MDR).

Prix Europa 2004: Bei dem Rundfunk- und Fernsehpreis kamen von den Gewinnern aus acht Ländern drei Produktionen aus den Niederlanden, je zwei aus Frankreich, Norwegen und Schweden und je eine aus Deutschland, Finnland, Großbritannien und Portugal. In der Kategorie Prix Europa Spot „My Europe“ (6.000 €) ging ein Preis an „I'm proud to be your neighbour“ von **Veith Michel**.

Marina Caba Rall gewann mit ihrem Spielfilm „Last Minute“ (RBB / SWR / MDR / HFF Potsdam) den mit 2.500 € dotierten Debütpreis des Kölner

Frauenfilmfestivals Feminale. Der mit 300 € dotierte Publikumspreis ging an den Dokumentarfilm „Double Dare“ von **Amanda Micheli** (USA).

Dr. **Heinz Jürgen Schürmann**, leitender Redakteur des Handelsblatts für die Bereiche Energie, Umwelt und Wettbewerb, erhielt den mit 5.000 € dotierten „Journalistenpreis für die Berichterstattung über energiewirtschaftliche und energiepolitische Fragen“, den die Theodor-Wessels-Stiftung erstmals vergab.

Henning Sußebach wurde für seine Reportage „Wie das Glück nach Straßgräbchen kam“ (Die Zeit) der mit 5.000 € dotierte Mitteldeutsche Journalistenpreis zugesprochen.

Der Filmregisseur **Lars von Trier** (Dänemark) erhielt den mit 5.000 € dotierten Konrad-Wolf-Preis 2004 der Berliner Akademie der Künste.

Die Umweltredaktion „OZON“ des rbb Fernsehens wurde für eine Filmreihe zur Rettung von Feldstein-, Lehm- und Backsteinhäusern mit dem Journalistenpreis 2004 des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz ausgezeichnet.

Klaus Weidmann, Südamerika-Korrespondent der ARD, wurde für die Fernsehreportage „Die Sklavensucherin – Razzia im brasilianischen Regenwald“ in Brasilien der Embratel Pressepreis 2004 zuerkannt.

Dorothee Wenner, Filmregisseurin, Novelistin, Journalistin und Organisatorin von internationalen Kulturveranstaltungen, Berlin, wurde mit dem vom Indischen Rat für Kulturbeziehungen (ICCR) im Jahre 1996 gestiftete Gisela Bonn Preis 2004 ausgezeichnet.

Der Wirtschaftsbuchpreis wird von der Financial Times Deutschland und dem Buchmarketing-Unternehmen getAbstract AG vergeben. Die Preisträger 2004 – Kategorie Finanzmärkte: „The (Mis)Behavior of Markets“ von **Benoit B. Mandelbrot** und **Richard L. Hudson**; Kategorie Reformen: „Wozu noch Gewerkschaften?“ von **Oskar Negt**; Kategorie Wirtschaftsbiographien: „Die Flicks“ von **Thomas Ramge**; Sonderpreis: „StatustAngst“ von **Alain de Botton**.

Der Filmregisseur **Sönke Wortmann** wird mit dem NRW-Landesmedienpreis 2004 ausgezeichnet.